

Horn
Roman Briller,
Hintergasse 19.
Waidhofen a.d.Y.

Unter vers

Nach der Konfiskation: Zweite Auflage!

V. b. b.

Geheimworte



Wochenzeitung für die Gerichtsbezirke Umstetten, Garing, Haag, Scheibbs, St. Peter, Waidhofen und Ybbs

Redaktion und Verwaltung: Umstetten, Adtaggerstraße 28. Kleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Umstetten. Bezugspreise: Im Abonnement bei Zustellung durch den Kolporteur 25 Groschen, bei Postzustellung S 1.30 im Monat. Einzelnummer 30 Groschen

Jahrgang 6

Freitag, den 22. Dezember 1933

Nummer 51

„Friede den Menschen auf Erden!“

Evangelium Lukas II, 14.

Singe es wirklich nach dem Bibelwort, so müßte die ganze Welt zur Weihnachtszeit ein irdisches Paradies sein. Wären wir aber nüchtern denkend um uns, so müssen wir mit tiefer Betrübnis das gerade Gegenteil feststellen. Die halbe Welt steht sich, zum Kampfe bereit, lauernd gegenüber. Im Fernen Osten Asiens tobt ein fürchterlicher, blutiger Kampf um den Besitz und um die Macht in diesem Erdteil. Das große Chinesische Reich droht in Selbstzerfleischung unterzugehen. Generäle bekämpfen einander, suchen diktatorische Alleinherrschaft über das zahlreichste Volk der Welt zu erlangen. Japan hat mit ungeheurem militärischen Kraftaufwand den Norden und Osten von China in einem opferreichen Eroberungszug besetzt. Die japanischen Heerführer haben die ganze Mandschurei geraubt und sind daran, die Grenzen des sibirischen Rußland zu bedrohen.

Amerika und England stehen kampfbereit, Gewehr bei Fuß, diesen Ereignissen gegenüber. Ein unvorhergesehenes Etwas kann von heute auf morgen

einen ungeheuren afrikanischen Krieg entfesseln.

Schon bluten in den eiserstarrten Weiten Ostasiens hunderttausende Menschen, Millionen und aber Millionen hungern und erfrieren. Unendliche Opfer werden dem imperialistischen Machtwahnsinn dargebracht. Die Scheinheiligen aber lehren:

Friede den Menschen auf Erden!

Aber auch in Europa nimmt ein unheimliches Wettrüsten seinen unseligen Fortgang. Frankreich baut mit den blutigen Groschen der deutschen Reparationen und mit den letzten Steuergroschen des eigenen Volkes seine Militärmacht aus, befestigt seine Grenzen gegen Deutschland mit einem Ring von neuen Festungsbauten und rekrutiert aus seinen afrikanischen Kolonien zehntausende Negersoldaten für seine Nordostgarnisonen. Selbst Belgien zieht seinen Festungsring an der deutschen Grenze immer fester und läßt sich im Parlament neue Rüstungskredite bewilligen. Ähnliche Vorkehrungen haben auch die kleinen Staaten allenthalben getroffen. Überall bemerkt man fieberhaften Rüstungswahnsinn.

Die Nordwaffenindustrie überbietet sich in immer neuen Erfindungen. Neue Maschinengewehre, neue Flugzeugwaffen und neue Kriegsschiffe werden erfunden und gebaut, wie triumphierend hier und da gefällige Zeitungsnachrichten zu melden wissen.

Friede den Menschen auf Erden!

Mißtrauisch steht ein Staat dem anderen, steht eine Nation der anderen gegenüber. Bündnisse werden gesucht, Konventionen werden abgehalten, „Ententen“ gebildet. Alles angeblüh zur Erhaltung des Friedens, in Wirklichkeit zu seiner höchsten Gefährdung. Aber auch innerhalb der einzelnen Staaten tobt ein fürchterlicher

Kampf um die Macht.

Der Weltfaschismus erfaßt immer neue Gebiete. Die Völker werden entrechtet, in einem Land im Namen der Nation und ihrer Ehre, im anderen Land im Namen der Volkswirtschaft, stets aber handelt es sich überall darum, die Demokratie zu entmachten und die sozialen Rechte außer Kraft zu setzen. So vollzieht sich unter unendlichen Opfern der innere Kampf in fast allen europäischen Staaten. Die Formen des Kampfes wechseln ab zwischen offenem Bürgerkrieg, gewalttätiger faschistischer Diktatur und schleichendem Faschismus. Überall fordert diese reaktionäre Entwicklung schwere Opfer. Die schwersten selbstverständlich von den breiten Massen des Volkes, von der Arbeiterklasse.

Diese Entwicklung wirkt kulturzerstörend, tötet langsam die Wirt-

schaft und führt allmählich zu einem latenten, unterirdischen, nichts desto weniger opferreichen Kampf der Bürger eines Landes gegeneinander.

Friede den Menschen auf Erden!

Zu all diesen Kämpfen kommt noch der furchtbarste Kampf, unter dem am allermeisten diejenigen leiden, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Die Weltwirtschaftskrise, nicht zuletzt eine unmittelbare Folge der Kriege und inneren Umwälzungen, hat alle Länder in einen schweren

Kampf um Arbeit und Brot

gestürzt. Eine furchtbare Welle von Arbeitslosigkeit, Hunger und Wirtschaftsnöten wälzt sich durch die ganze Welt. Mit ihrer schwersten Wucht trifft sie die Klasse der arbeitenden Menschen. Heute versucht man, den gepeinigten Menschen einzureden, daß an all den drückenden Erscheinungen, an all diesen fürchterlichen Krisenzuständen der „Marxismus“ schuld trage. Geschicht benutzend die kapitalistischen und imperialistischen Mächte diesen Umstand, um auf dem Schlachtfeld der Weltwirtschaft, das durch die Unfähigkeit eben dieser Mächte so unfäg-

lich groß geworden ist, die Rolle der Reichenfliederer zu spielen. Politische Quacksalber und versteckte Liebdiener der kapitalistischen „Ordnung“ versuchen nun, sich in Szene zu setzen und verneinen, daß die kranke Welt und ihre Wirtschaft gelunden wird, wenn sie ihre Eisenhart- oder Gesundheitskur an ihr versuchen. Sie glauben, durch Abbau von politischen und sozialen Rechten Wunderkuren vollbringen zu können. Sie werden sich früh oder später davon überzeugen müssen, daß ihr Glaube ein Irrtum war.

Wenn sie nun dieser Lage, vor dem Weihnachtsfest, noch so sehr schreien: Friede den Menschen auf Erden! Lehnen Endes wird es sich erweisen, daß der wahre Frieden nie und nimmer geboren wird aus Kapitalismus, Faschismus und Diktatur.

Der wahre Frieden kann nur erwachsen und dauernd gewahrt werden durch: Arbeit, Recht und Sozialismus. Haben die Völker und Staaten diese Erkenntnis einmal endgültig gewonnen, dann erst können sie mit Recht rufen: Friede den Menschen auf Erden!

Die Bauern sind keine Faschisten — das ist eine erfreuliche Tatsache. Sie kann es ermöglichen, aus dem ausweglos scheinenden politischen Wirrwal einen Weg ins Freie zu finden. Sie kann auch alle auf dem gemeinsamen Boden der Demokratie einen, die sich bisher dieser grundlegenden Gemeinsamkeit nicht bewußt waren.

Gemeinsame Abwehr des Faschismus.

Wir denken dabei nicht etwa an das russische Vorbild, wo unter ganz anders gearteten sozialen und wirtschaftlichen Umständen Arbeiter und Bauern ein beispielloses neues Staatswesen geschaffen haben. In Rußland herrscht eine Diktatur über Arbeiter und Bauern. Das oder Ähnliches wäre in einem Land mit politisch geschulter Arbeiterklasse und Bauernschaft wie Österreich weder möglich noch wünschenswert. Hier haben Arbeiter und Bauern gute Schulen besucht. Sie brauchen unter keiner Zuchttrute zu stehen, sie wollen ihre Angelegenheiten selbst bestimmen; darum sind sie eben Demokraten und lehnen jede Diktatur ab. Über den Inhalt der Demokratie gehen die Ansichten auseinander, das braucht nicht verhehelt zu werden. Die Bauern wünschen eine berufsständische Demokratie, die Arbeiter eine soziale Demokratie. Das ist der wichtigste Gegensatz. Die politische Grundlage ist jedoch für beide Staatsformen dieselbe — die Demokratie. Da sie dies einmal erkannt haben,

sollten sich die demokratischen Gruppen in dieser kleinen Republik, die Arbeiter und die Bauern, nicht zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamer Verteidigung der Demokratie gegen faschistische Angriffe von innen und von außen zusammenschließen können?

Man hat den Sozialdemokraten immer entgegengehalten, die Regierung brauche in dieser außerordentlichen Zeit außerordentliche Vollmachten! Einer demokratischen Arbeiterpartei lehnte es aber ab, Vollmachten zu geben, die gegen die Demokratie benützt werden könnten: In Österreich war nicht das parlamentarische System selbst schlecht. Schlecht war aber, daß die Regierungsparteien im Parlament nur über eine Mehrheit von ein bis zwei Stimmen verfügen konnten und trotzdem, ohne Zwang, Ansichten durchsetzen wollten, die man in demokratisch regierten Ländern nur getragen von einer unbestreitbaren Mehrheit Gesetz werden lassen kann. Neuwahlen wollten die Regierungsparteien nicht, weil sie zu unterliegen befürchteten. So kam, was nicht hätte kommen sollen: die Ausschaltung des Parlaments! Die christlichsozialen Bauern waren damals unter jenen, die darüber gejubelt haben. Viel später erkannten sie, daß ihre Bundesgenossen mit dem Fahnensturz den befehrbaren Fehler in der demokratischen Maschinerie benützen wollten, um die vorzügliche Maschine „Demokratie“ überhaupt unter alte Eisen zu werfen und an ihre Stelle die neu gestrichene, aber gar nicht bewährte Maschine „Faschismus“ zu setzen. Wir Sozialdemokraten meinen: Lassen wir die demokratische Maschine, mit der die Arbeiter und die Bauern im Grunde sehr zufrieden sind, herrichten und verbessern, damit sie den Anforderungen dieser Zeit vollends entsprechen kann. Der Bundespräsident hat wiederholt den Wunsch ausgesprochen, daß die Krise „baldmöglichst im Geiste der Verfassung“ entwirrt wird. Er hat davon gesprochen, daß „das öffentliche Leben wieder normalisiert“ werden muß. Die Verständigung zwischen Arbeitern und Bauern wäre der rechte Weg dazu.

Wer kann bezweifeln, daß Arbeiter, Angestellte und Bauern weitaus die Mehrheit in diesem Staate bilden. Sie wollen die Demokratie, sie wollen keinen Faschismus. Möge der Weg der Verständigung betreten werden, den die Faschisten den Arbeitern wie den Bauern nur allzu gern verrammeln möchten.

Das Verbreitungsverbot.

Wie wir schon in unserer letzten Nummer kurz mitgeteilt haben, hat das Bundeskanzleramt am 10. Dezember über vier niederösterreichische Parteipressezeitungen das Verbreitungsverbot für die Dauer von drei Monaten verhängt. Von diesem Verbot sind die Zeitungen „Neunkirchner Bezirksbote“, „Marchfeldbote“, „Volkspost“ und „Eisenwurzen“ betroffen. Diese Verfügung des Bundeskanzleramtes bedeutet, daß diese Zeitungen den Abonnenten nur mehr durch die Post zugestellt werden dürfen und daß für diese Zustellung die doppelten Versandgebühren zu entrichten sind. Wie Landesrat Schneidermaß während der Budgetdebatte im Landtag ausführte bedeutet dieses Verbreitungsverbot für die vier Zeitungen eine harte Strafmaßnahme und eine schwere finanzielle Belastung. Die Verhängung des Verbreitungsverbotes wirkte allgemein überräuschend, weil diese Zeitungen zum letztenmal vor mehr als vier Wochen konfisziert wurden. Die amtliche Begründung für dieses Verbreitungsverbot kennen wir nicht, weil diese Zeitungen bis heute vom Bundeskanzleramt noch keine Verständi-

gung über die Verhängung des Verbreitungsverbotes erhalten haben. Trotzdem wurde das Verbreitungsverbot amtlich in Wirklichkeit geleistet und die Post hat bereits für die letzte Nummer dieser Zeitungen die doppelten Versandgebühren eingehoben. Obwohl das Verbreitungsverbot das Bundeskanzleramt erst am Mittwoch, den 13. Dezember, durch das Radio bekanntgegeben ließ, ist es den Verwaltungen der Zeitungen am Donnerstag, den 14. Dezember, doch gelungen, an alle Abonnenten die Zustellung einzeln ins Haus flaglos abzufertigen. Welche gewaltige Mehrarbeit der Verwaltung durch das Verbreitungsverbot erwachsen ist, läßt sich daraus ermaßen, daß bisher fast alle Abonnenten die Zeitungen durch unsere Vertrauensmänner zugestellt erhielten. Immerhin aber ist es möglich, daß der eine oder andere Abonnent die letzte Nummer unserer Zeitung nicht erhalten hat. In diesem Falle bitten wir diese Abonnenten, uns dies bekanntzugeben, damit wir die fehlende Nummer nachsenden können. Wir werden trotz des Verbreitungsverbotes weiterhin unsere Pflicht erfüllen und rechnen dabei auf die Unterstützung aller Leser.

Arbeiter und Bauern sind Demokraten.

Die Leser dieser Zeitung konnten in ihren letzten Nummern die Beratungen im niederösterreichischen Landtag verfolgen. Die heutige Nummer enthält einen Bericht über die Verhandlungen des Landtages in der vorigen Woche. Es verlohnt sich sehr, ihn genau zu lesen. Man erfährt da Dinge, die man sonst in österreichischen Zeitungen nicht zu lesen bekommt. Die Verhandlungen im niederösterreichischen Landtag sind deshalb besonders beachtenswert, weil man die wahre Volksstimmung aus ihnen heraus hört.

Wie die Arbeiterschaft über die politische Lage denkt, brauchen wir hier nicht darzulegen. Wir können es auch nicht wegen des Herrn Pressestaatsanwaltes. Wie die andere große Bevölkerungsklasse, die Bauernschaft, gefinnt ist, hat man im Landtag erfahren.

Nicht weniger als drei christlichsoziale Bauernvertreter sind aufgestanden und haben sich im Landtag offen als Gegner des Faschismus bekannt. So wie diese drei denken aber fast alle christlichsozialen Bauern. Die letzte Nummer der Zeitung des Tiroler Bauernbundes schreibt: „Unsere Vorfahren mühten sich im Grabe umdrehen, wenn sie sehen müßten, daß wir das Erbe tirolischer Freiheit und

Selbstregierung leicht hin wegen der faschistischen Mode preisgeben.“ Die Bauern wollen — das ist unbestreitbar — eine demokratische Regierungsform.

Doch in Österreich gibt es einen „Seimatblock“, der in der Politik eine große Rolle spielt. Der Seimwehrmann Fey ist ja sogar Vizelandtag. Am vorigen Donnerstag waren die Seimwehrführer versammelt. Sie haben sehr nachdrücklich erklärt, daß sie fest entschlossen seien, „die Durchsetzung des österreichischen Faschismus gegen jeden Widerstand zu erreichen“.

Hinter den christlichsozialen Bauernrednern im niederösterreichischen Landtag steht der Großteil der Bauernschaft des Landes. Hinter den Seimwehrführern stehen die adeligen Großgrundbesitzer, die „Nachkommen der Bauernschinder“, wie der christlichsoziale Landeshauptmann Reither im Landtag gesagt hat. Die christlichsozialen Bauern wollen eine berufsständische Demokratie in Österreich, ähnlich wie die Schweiz sie hat. Die Fahnenstanzler verlangen den hundertprozentigen Faschismus, wie er in Italien besteht. Wie die Bauern in Niederösterreich denken und sprechen, so denken sie auch in den anderen Bundesländern.

AUS DEM LANDHAUS

Die Landtagsitzung vom 16. Dezember.

Nach der Genehmigung des Landesparlamentarischen Ausschusses für 1934 wurde in der Landtagsitzung am 16. Dezember noch eine umfangreiche Tagesordnung erledigt.

Abgeordneter Kieber berichtet über einen Antrag des Verfassungsausschusses, bei der Bundesregierung vorzulegen zu werden, daß im Lande Niederösterreich ehestens

eine Volkszählung

vorgenommen werde. Diese im Landtag wiederholt besprochene Angelegenheit ist für Niederösterreich von wirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung, da beispielsweise auch die Zuweisung der Abgabenertragsanteile von der Bevölkerungszahl abhängt. Letztere dürfte sich infolge der starken Siedlungsbewegung in Niederösterreich sehr geändert haben. Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.

Nach einem Bericht des Abgeordneten Pächler (Sozialdemokrat) wird der Antrag des Bauauschusses, die Durchführung der

Regulierung des Fische- und Frauenbaches

in die Wege zu leiten, ohne Wechselrede angenommen. Diese Regulierung ist wegen der drohenden Verschumpfung landwirtschaftlich wertvoller Grundstücke notwendig und soll zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitragen. — Pächler berichtet auch über einen Antrag des Bauauschusses wegen

Übernahme von Bezirksstraßenwärttern in die Bundesstraßenverwaltung.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Mentast, Pächler, Kaminger, Reitmaier und Genossen haben die Übernahme seinerzeit beantragt, weil sie anlässlich der Übergabe von Durchzugsstreifen in die Bundesverwaltung in den Jahren 1931 bis 1932 unterblieb. Die Bezirksstraßenwärtter wurden vom Bund lediglich als Tagelöhner in Verwendung genommen, ihre Pensionsansprüche sind ungeklärt. Der Bauauschuss beantragt, daß die Landesregierung bei der Bundesstraßenverwaltung die Übernahme jener Bezirksstraßenwärtter, welche auf den übernommenen Straßen Dienst versehen haben, als Bundesstraßenwärtter mit Anrechnung der beim Bezirksstraßenwärtteramt zurückgelegten Dienstzeit betriebe. Auch in Zukunft soll bei der Überführung von Bezirksstraßen die Übernahme des Personals mit Anrechnung ihrer Dienstzeit als Bundesstraßenwärtter erfolgen. Auch dieser Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.

Abgeordneter Mentast (Sozialdemokrat) berichtet über drei Anträge des Wirtschaftsausschusses, betreffend die

Hollierung der Verordnung über die Haltung und Aufsicht von Schweinen

beziehungsweise betreffend die Regelung des Fideikommissgesetzes Mitterau und die Verlängerung des Pächterabgabengesetzes. Der Berichterstatter beruft auf seine Ausführungen im Laufe der Bundestage und bittet um Annahme der Anträge, die ohne Debatte erfolgt. Die Landesregierung wird dadurch aufgefordert, beim zuständigen Referenten der niederösterreichischen Landesfideikommissstelle die Regelung des Fideikommissgesetzes Mitterau zu urgieren und der ehestens Durchführung zuzuführen; bei der Bundesregierung vorzulegen zu werden und die sofortige Verlängerung des bestehenden Pächterabgabengesetzes zu fordern. Der Antrag der Abgeordneten Mentast, Pächler, Kaminger und Genossen betreffend die Novellierung der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Haltung und Aufsicht von Schweinen wird entsprechend dem Antrag des Wirtschaftsausschusses der Landesregierung zugewiesen.

Kurzgeschichte

Eine geisterhafte Geschichte in der Thomasnacht.

Es ist mir auf meiner Weihnachtsreise gelungen, durch die Projektion des Dorfhaltes von Innerirdning Augen- und Ohrenzeuge, genauer gesagt, mehr Ohrenzeuge, da sich nachfolgend berichtete Geschichte in tiefer Mitternachtsstille abspielte, eines recht gruseligem Ereignisses zu werden. Wie jeder halbwegs gebildete Mensch, der nicht ein rettungsloser „Stadtfad“ ist, weiß, haben in der heiligen Thomasnacht (21. Dezember) die Tiere die Gabe und auch das Recht, zwischen 12 Uhr und 1 Uhr nachts reden zu können. Wie mir nun mein besagter Gewährsmann, nämlich der Dorfhalter von Innerirdning, der biedere Sebastian Hofreiter, insgesamt der Galtewastl genannt, bei einem guten Tropfen Schlicher (Rotwein) feierlich versicherte, haben die Viecher von Innerirdning von dieser einstuündigen Redefreiheit pro Jahr auch stets Gebrauch gemacht. Das wisse er, der Wasil, ganz sicher.

Auf meine Bitte, mich in dieses sonderbare Parlament doch mitzunehmen, da ich gar zu gern hören möchte, was denn die Tiere in der Thomasnacht sich zu erzählen hätten, schüttelte der Dorfhalter mit seinem vorfügen Haupte ein energisches Nein!

Erst beim fünften Viertel, und, nachdem ich noch ein paar Silberlinge in seine schmelzige Rechte gedrückt hatte, war der Handel abgeschlossen. Ich durfte Zeuge dieser etwas unwahrscheinlichen „tierischen“ Unterhaltung werden.

Über die Abänderung der niederösterreichischen Bauordnung

berichtet Abgeordneter Dr. Veirer (Christlich-sozialer). Bei der Verbauung bestehender Orte ist es vom Standpunkt der Volkswirtschaft wichtig, daß die Verbauung in Bahnen gelenkt wird, welche eine ruhige Fortentwicklung der örtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse sichern. Dies ist besonders dann geboten, wenn durch Abteilung von großen Grundkomplexen auf Baupläze in einer Ortsgemeinde entweder im Anschluß an bestehende Orte oder neue Ortsteile geschaffen oder wenn abgegrenzt von bestehenden Orten ganze neue Orte errichtet werden sollen. Die Bauordnungsnovelle wird hierauf ohne Wechselrede angenommen.

Abgeordneter Ernst (Christlichsozialer) berichtet über den Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 26. April 1923 über die

Einhebung der Fremdenzimmerabgabe

durch die Gemeinden Niederösterreichs. Dieses Gesetz wurde in der Inflationszeit beschlossen; es gab den Gemeinden die Möglichkeit, den Fremdenverkehr zu besteuern. Die Höhe der Steuern konnten die Gemeinden selbst bestimmen. In der Folgezeit ist aber diese Inflationssteuer zu einer schweren Belastung des Fremdenverkehrs geworden. Obendrein ist die Abgabe in den verschiedenen Gemeinden ganz verschieden, so daß schon deshalb eine einheitliche Festsetzung der Fremdenabgabe, solange auf sie selbst nicht ganz verzichtet werden kann, notwendig geworden ist.

Ohne Debatte wird im Sinne des Antrages beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, dem Landtag ehestens einen Gesetzentwurf über die Novellierung der Fremdenzimmerabgabe vorzulegen.

Abgeordneter Pächler (Sozialdemokrat) berichtet über einen Antrag, den seinerzeit die Abgeordneten Pächler, Gelmer, Dittelsbach und Genossen wegen der

Aufforstung des Föhrenwaldes auf dem Wiener-Neustädter Steinfeld

eingebracht haben. Die Erhaltung des Föhrenwaldes ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung, der Wald schützt die ohnehin trockenen Gebiete gegen den Wind. Die große Sturmkatastrophe im November 1930 hat dem Wald großen Schaden zugefügt. Mit der Wiederaufforstung wurde bereits begonnen. Im nächsten Jahr soll diese Aufforstung in verstärktem Maße durchgeführt werden.

Ohne Debatte wird beschlossen, die Landesregierung im Sinne des Antrages aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß zur Aufforstung auf dem Wiener-Neustädter Steinfeld aus den Mitteln der Krefzeranleihe entsprechende Beiträge sichergestellt werden.

Abgeordneter Pächler (Sozialdemokrat) legt dann noch den seinerzeit von den Abgeordneten Pächler, Dittelsbach, Pöschl und Genossen eingebrachten Antrag auf

Errichtung eines Güterweges vom Geieregg zur Rosalienkapelle im Rosaliengebirge.

Im Sinne dieses Antrages wird beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, den Ausbau dieses Güterweges zu betreiben und die notwendigen Mittel dafür sicherzustellen.

Abgeordneter Hein (Sozialdemokrat) legt dann einen Antrag des Schulausschusses vor, in dem verlangt wird, daß das Lehrerbienstandsgesetz verlaublich wird, da die vielen Novellierungen dieses Gesetzes in den letzten Jahren den Text des Gesetzes unübersichtlich gemacht haben.

Die Vorlage wird ohne Debatte beschlossen.

Abgeordneter Gasser (Christlichsozialer) berichtet namens des Schulausschusses über die nebenamtliche Entlohnung von Fortbildungsschullehrern und eine Abänderung des gewerblichen Fortbildungsschulgesetzes, welche nach einem Abänderungsantrag des Landesrates Prader, der eine kurze Geschäftsordnungsdebatte auslöst, zum Beschluß erhoben werden.

Landeshauptmann Reither ersucht, dem Antrag der Landesregierung auf Abänderung des Normales für die Bezirksstraßenwärtter die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Nach Annahme des Dringlichkeitsantrages stellt Landeshauptmann Reither den Antrag, den niederösterreichischen Bezirksstraßenwärttern im Falle einer unverzüglichen Erteilung die Entlohnung auf die Dauer von zwölf Monaten zuzuerkennen.

Hierzu spricht Abgeordneter Mentast (Sozialdemokrat), welcher in einem Resolutionsantrag eine endliche

Regelung des Entlohnungssystems des Straßenspersonals

wünscht. Der Antrag des Landeshauptmannes wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der Resolutionsantrag Mentast wird der Landesregierung zur Beratung und Antragstellung an den Landtag zugewiesen.

Präsident Fischer bringt nunmehr den Rücktritt des Landeshauptmannstellvertreters, Res-

gierungsrates Sturm, zur Kenntnis des Hauses und dankt demselben für seine dem Lande in dieser Stellung geleisteten Dienste. Leider war er nur kurze Zeit in unserer Mitte. (Lebhafter Beifall)

Der neue Landeshauptmannstellvertreter.

Der Landtag nimmt dann sofort die Wahl eines Landeshauptmannstellvertreters vor. Bei der Wahl wurden 44 Stimmzettel abgegeben. 25 Stimmzettel entfielen auf den bisherigen Landesrat Dr. Leopold Barisch, die übrigen Stimmzettel sind leer. Dr. Leopold Barisch ist somit zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt; er erklärt, die Wahl anzunehmen.

Durch den Rücktritt des Landeshauptmannstellvertreters Sturm ist ein Landesregierungsmandat freigeworden. Auf Grund der Verfassung gebührt das Mandat der Christlich-sozialen Partei, die dafür den Landtagsabgeordneten Johann Gasser namhaft macht.

Bei der Wahl wurden 45 Stimmzettel abgegeben; 25 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Johann Gasser, 20 Stimmzettel sind leer. Abgeordneter Johann Gasser ist daher zum Landesrat gewählt; er erklärt, die Wahl anzunehmen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt, Präsident Fischer entbietet den Abgeordneten frohe Weihnachten und Neujahrsgrüße. Der Tag der nächsten Sitzung wird schriftlich bekanntgegeben.

Wie die Landwirtschaftskammer die Schweineverordnung auslegt.

Wir haben in der vorletzten Nummer unseres Blattes über eine Verordnung des Bundeskanzlers Dollfuß berichtet, mit der die Haltung und Aufsicht von Schweinen eingeschränkt wird. Wir gaben in unserem Artikel eine kurze Darstellung über den Inhalt dieser Verordnung und kritisierten, daß die Bestimmung über die Schweinehaltung der Kleinbetriebe so unklar ist. Wie gefährlich es ist, daß gerade eine so wichtige Bestimmung nicht sehr klar formuliert wurde, beweist die Tatsache, daß die niederösterreichische Landeslandwirtschaftskammer nun diese Verordnung in einer Weise auslegen will, die schärfstens abgelehnt werden muß. Der Obmann des Verbandes der Freien Arbeitsschauer, Abgeordneter Mentast, hat nämlich den Präsidenten der Landeslandwirtschaftskammer, Landeshauptmann Reither, schriftlich um nähere Aufklärung über diese Schweineverordnung ersucht. Die Kammer hat dieses Schreiben beantwortet. Sie sagt, daß diese Verordnung nicht die Kleinbauern treffen, weil Landwirte bis zu 100 Schweine halten dürfen. Dann aber heißt es in diesem Briefe wörtlich:

„Voraussetzung ist jedoch, daß der Kleinbauer eine Wirtschaft betreibt, und zwar im Hauptberuf... Gewerbetreibende oder Angestellte, die, wie es häufig vorkommt, nur ein oder zwei Töchter bewirtschaften, jedoch aus ihrem Gewerbe oder aus ihren Bezügen im wesentlichen leben, im Hauptberuf also Gewerbetreibende oder Angestellte sind, werden von der Verordnung infolge der getroffenen Bestimmungen bis zu zwei Stück Schweine mästen oder halten dürfen.“

So also legt die Landwirtschaftskammer die Bestimmung über die Schweinehaltung der Kleinbetriebe aus! Wir erheben gegen diese Auslegung schärfsten Protest! Die Kammer liest aus dieser Verordnung Bestimmungen heraus, die gar nicht drinnen stehen! Die Verordnung sagt: „Betriebe, mit denen keine landwirtschaftliche Produktion geeigneter Futtermittel in Verbindung steht, dürfen nur zwei Schweine halten.“ Wenn Worte noch einen Sinn haben, so kann

dies nur bedeuten, daß nur jene Betriebe zwei Schweine füttern dürfen, die überhaupt keine Futtermittel produzieren. Diese Bestimmung richtet sich also nur gegen jene Schweinezüchter, die die Schweinezucht gewerbsmäßig betreiben. Die Landwirtschaftskammer aber behauptet, daß nur jene Kleinbauern mehr als zwei Schweine halten dürfen, die hauptberuflich Landwirte sind! Das ist eine ganz unrichtige Auslegung, die dem Wortlaut der Verordnung völlig widerspricht!

Die Herren der Landwirtschaftskammer, die diese „Erläuterung“ der Schweineverordnung gegeben haben, müssen sich doch als Fachleute darüber klar sein, welche Folgen diese Auslegung hätte! Das würde bedeuten: Zehntausende Eisenbahner, Pensionisten, Eisenbahnerwitwen, Arbeiter und Angestellte, tausende Straßenwärtter, Handwerker und Gewerbetreibende, die eigenen Grundbesitzer, dürften sich ab 1. März 1934 nur mehr zwei Schweine füttern!

Das wäre für zehntausende dieser kleinen Leute eine unerhörte, drückende Zwangsbestimmung, von der in der Verordnung nichts steht!

Man sehe sich doch die wirtschaftliche Lage dieser Leute an! Da ist ein pensionierter Eisenbahner. Er hat zwei erwachsene Söhne, die nirgend Arbeit finden können und zwei kleinere Kinder. Seine Pension beträgt 120 S monatlich. Von diesem geringen Einkommen kann die sechsöpfige Familie nicht leben. Der Mann betreibt daher eine kleine Landwirtschaft. Er hat ein paar Töchter Eigengrund und einige Bachtäler. Bisher fütterte sich dieser Kleinbesitzer fünf Schweine. Vier davon gingen in eigenen Haushalt aus — ein Schwein verkaufte er, damit etwas Geld ins Haus komme. Die Schweinehaltung lieferte auch den Dünger für seine Acker. Wenn die „Auslegung“ der Bauernkammer aufrecht bliebe, so wäre es ab 1. März 1934 mit dieser Art der Wirtschaftsführung vorbei! Da dieser Kleinbesitzer im Hauptberuf Pensionist ist, so dürfte er nur mehr zwei Schweine halten. „Lieber Mann“, sagen die Herren der Landwirtschaftskammer, „du hast bis jetzt mit deiner

Zwischen war es auch Zeit geworden, den Schauplatz der nächsten Geschichte aufzusuchen. Nachdem ich dem Wasil noch mit einer schwörenden Feste versprochen hatte, „dö Goch'n“ zu halten, schickte mir uns zur Mitternachtsstunde in das Stalgebäude des „Untergmoaner“, eines Großbauern von Innerirdning.

Außer einer fast ägyptischen Finsternis umging uns nun auch der warme Stalldunst und das Ohr erfüllte ein leises, plätscherndes Geräusch, das, wie mir der Wasil flüsternd erklärte, daher rührte, daß „dö Ritah an Budel machen“ (beim Urinieren).

Nun folgt, wie alle Zeitungsberichterstatter es nachdrücklich erklären, ein „wahrheitsgetreuer“ Bericht. Ich hoffe, meine Leser werden keine ungläubigen Thomase sein und werden mir glauben, was ich Erlauschtes aus der Thomasnacht hier erzähle. Sie können es auch weiter erzählen, denn sie haben nicht, wie ich, dem Wasil versprochen, „dö G... ufn“.

Den Vorfall führte also das Pferd. Es war ein sehr welterfahrenes Tier und fast so geschick wie ein Mensch. Ein ziemlich stark erzogener Schimmel.

„Meine tiabn Viecher!“ sagte es, „i tuir ent hiazt z'scherz mittein, daß i ent a Resolation vorlegen wir, indem, daß mir Viecher a Recht habn wollen und weil mir eh nur amol im Jahr derjn redn, so wolln mir dös Recht kriagn, daß mir, so wie dö Menschen, holt a im Radio reden dürfn.“

„J—, a, wohl, 's is eh a sol“ moant drauf der Esel.

„Hah!“ macht der Vorstehende, „eh a so is tod nit. A jeder Esel derf aod a nit a Red holtin im Radio. Mir da dös — du Esel du!“

Do schnobert auf amol vo hint füra dö Gans: „I hob g'hört, daß dö Menschen hiazn soviel gern marschieren toan. Mir Gänse toan dös scho längst, scho seit uralte Zeitt, daher beantrag ich, daß mir Viecher ein Aufmarschrecht beama toan, g'zod wie dö Menschen, wo doch a nit anders mochn, als oana nochn ondan dohi marschieren.“

„Wird am Schluß ogstimmt“, sagt dös Roß. Do schnobert scho wieder dö Gans wos daher. „Wirf nit stad sei! Du red, wann dö Gans br...“ schreit gifti da Goch'n. „Bitte, parlamentarisch“, brüllt die Gans. „Mir san toane Menschen nit. Schämts ent!“ Der Vorstehende verflucht: „Dös Wort hot no immer dö Gans!“

„Und weil jekt“, sagt dös Federviech, „ggr so viel von aner Rettung des Vaterlandes bei dö Menschen dö Red is und weil holt a jeder Politiker moant, er hätt's gerettet, so will i bloß no mittein, daß meine Ur-Ur-Ur-Urnen seinerzeit a gewisses Kapital im alten Rom g'rettet hobn. Oba einbildn toan ma uns zwoegen bera Ketterei net so an Trumm Roßn, damit hätt i ausgredt“, moant dö Gans und schaut in der Verjammung stolz unadum. „Heil! Goch!“ schrein gonz hinten a poot Schof als wiar narriß.

Auf amol meldt sie dar Fischotter, a recht a draber Wochthund, zum Wort und bringt den Antrag herfür, daß ma möcht petitionieren, damit er und seine Kollegen, dö wos förmliche vollstädtig unbescholt'n san, bei dertzer hundsmiserablen Zeit in an Existenzkriber verwendet werdn solln.

Der Vorstehende verspricht, daß er sich für dös bei sein Herrn, dem Großbauern, einsetzen wird und der soll dös dann dem Herrn Abgeordneten weidafojn.

Do gibts auf amol an Mordspetaktel. Da Wochthund is voller Zorn nachdem er der Gans oani mit seiner recht'n Spornhagen aufn

Schnobl ghaut hot, aufn Misthaufen gesprungen und hot fideritit, er lossat si dö Vornehmteerei von aner blödn Gans mit ihre Ur-Ur-Ur-Urnen nimmer falln. Erstens war er von ollerschit da geborene Führer und zum zwoaterschten moant täm seine Urnen noch älter sein als wie dö tepperie Kapital, denn sei Uratne wa scho dabei gwesen und hätt fleißi kratt, wie da Petrus unsern Herrn verrot'n hot.

Auf amol schreit der Vorstehende: „Silentium! Goch'n holt'n! Stad sei!“ Ollas schaut auf eahm hin und locht. Auf da rech'n Ochsel vom Pferd siht a kloane Maus und piepst zurnig und nicht in dö Versammlung ein!

Da Vorstehende oba schreit: „aufhödn mitn Loch! Dö Körpergröß'n von an Viech soll und derf ma nit verspötteln. Es gibt got gnua kloane Menschen a und dö hobn 's a zu wos brocht. Do gibts olsa gor nit zum lochn.“

„Mithürger!“ piepst grad no dös Mausferl, do bloßt draucht da Nochtwochta sei Stundenhörndl und reahrt: „Oll meine Christen locht ent sogn, dar Gomma hot oans gschlojn!“

Aus woar dö Remasuri. Grod no dar olki Stondochs hot Muß...! gmoacht und dö Gans hot no an verschlofnen Schnodderer toa.

Der „Galtewastl“ hat mir am Heimweg, das heißt, auf dem Wege ins Wirtshaus zurück, mit festem Glauben versichert, daß in der Thomasnacht des nächsten Jahres über die Resolution bestimmt „ogstimmt“ wird. Ich glaube es nicht. Obwohl mein Protektor und Dolmetsch (er hatte mir nämlich immer während der „Gesetzstunde“ im Reichstall, die verschiedenen Mundartausdrücke verdolmetscht) ernsthaft mit seinem Kopfe nickend lallte: „s wird gwiß a no ogstimmt!“

J. Ch.

Familie vier Schweine aufgefressen. Das ist zuviel! Ihr lebt zu üppig. Das viele Fleisch, das ihr konsumiert, ist, muß sich auflösen! In Zukunft müßt du mit zwei Schweinen dein Auslangen finden."

So oder ähnlich würde sich nach der Auslegung der Kammer diese Verordnung für zehntausende Familien auswirken. Kann es der Sinn der Verordnung sein, den Kleinbesitzern vorzuschreiben, wieviel Fleisch sie essen dürfen? Das wäre eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, die ihrsgleichen suchte! So weit geht nicht einmal unsere wahrhaft engherzige und zünftlerische Gewerbeordnung. Es ist einem Kleinbauern wohl verboten, für andere Leute gegen Entgelt gewerbliche Arbeiten zu ver-

richten — aber für sich selber kann der Kleinbauer erzeugen, was er will und kann. Jeder Kleinbauer darf sich selber seinen Hadermittel machen, seine Möbel anstreichen, sein Zimmer ausmalen, seinen Gartenzaun herstellen und seinen Schweinestall bauen. Für seinen eigenen Gebrauch darf der Kleinbauer alles machen — nur eines darf er nach Ansicht der Bauernkammer nicht: sich mehr als zwei Säue füttern! Gerade die für ihn wichtigste und selbstverständlichste Tätigkeit würde nach dieser Auffassung durch diese Verordnung beschränkt!

Wir wiederholen darum: Wenn die niederösterreichische Landeslandwirtschaftskammer sagt, daß nur jene Kleinbesitzer mehr als zwei Schweine halten dürfen, die im

Hauptberuf Landwirte sind, so ist das eine ganz und gar unrichtige Auslegung der Schweineverordnung! In der Verordnung steht davon kein Wort. Im Gegenteil: Nach dem Wortlaut der Verordnung dürfen alle Betriebe, die Eigengrund besitzen und Futtermittel erzeugen, bis zu 100 Schweine halten. Die Auslegung der Landwirtschaftskammer wäre für zehntausende Menschen ein schwerer wirtschaftlicher Schaden und eine unerträgliche Einschränkung der persönlichen Freiheit. Wir Sozialdemokraten werden deshalb gegen diese unrichtige Gesetzesauslegung der Landwirtschaftskammer den leidenschaftlichsten Kampf führen!

E. W.

Der Bauernbündler und der Marxismus.

Von Dr. Rudolf Weiß.

Der „Bauernbündler“ hat sich seine Erwiderung auf den Artikel „Antwort auf einen Kampf“ leicht, für ein ernst zu nehmendes Blatt, das er ist, allzu leicht gemacht. Er meint, den Marxismus damit abtun zu können, daß er auf die „Segnungen des Marxismus in Rußland“ verweist, „wo Millionen Bauern verhungern“. Wenn man aber einen kleinen historischen Rundgang macht, in eine gar nicht weit zurückliegende Zeit, da ergeben sich ganz eigenartige Resultate.

Nach dem Angeführten ist es erklärlich, wenn als Folge aller dieser Umstände im Frühjahr 1907 die so blutige Bauernrevolte ausbrach, die selbst die Existenz des rumänischen Staates in ihren Grundfesten zu erschüttern drohte. Die Erbitterung, die dabei zum Ausdruck kam, läßt sich auch aus dem Umstand erklären, daß in einigen Ortschaften die Truppen gezwungen waren, die aufständischen Bauern mit Geschützfeuer zu bekämpfen.

Das ist keine marxistische Wirtschaft gewesen und keine marxistische Darstellung, das steht in dem Werke „Rumänisches Agrarverhältnisse“ des Dr. Michael Serban de Cerneşti, der die Glendrevolte der rumänischen Bauern im Jahre 1907 schildert.

Im Jahre 1888 berichtet Mr. Little für die Royal Commission of Agriculture über die Lage der Landwirtschaft in England, daß es ihm leid tue, besichtigen zu müssen, daß „die Notlage eine große und tief eingreifende sei, so daß sogar fruchtbarer Boden unbebaut brach liegenbleibt...“. Über die gleiche Zeit berichtet Dr. Stille in seinem Werke „Die englische Agrarfrage“, daß „die Freifassen (die englischen Bauern) zusammenbrachen und verarmten. Drei Viertel von ihnen, so wird aus Suffall berichtet, haben jetzt keinen Fennig mehr“. Das war England. Und jetzt kommt Irland.

Der größte Teil dieser Bevölkerung saß... auf seinem kleinsten Erbe und hatte als fast einzige Nahrungsmittel die Kartoffeln. 1845 begann nun eine Katastrophe, die bei derartigen Verhältnissen geradezu unersetzlich wirken mußte; es trat eine mehrere Jahre anhaltende Kartoffelmisere und in ihrem Gefolge eine große Hungersnot ein. Obwohl große Hilfsfonds aufgebracht wurden, wirkte das Unglück doch überaus stark. 1853 lebten nur noch 6.199.000 Menschen in Irland. In der Zeit von 1845 bis 1853 sind wohl über 600.000 an Hunger erkrankt gestorben, mehr als 1.400.000 sind ausgewandert.“ (Geinrich Martens: „Die Agrarreformen in Irland.“)

Ähnliche Agrarverhältnisse haben Preußen-Deutschland, Dänemark, Holland durchgemacht. Gerade die Agrarfrage in Dänemark und Holland war die Ursache der Umstellung auf die Viehproduktion. Von den furchtbaren Hungersnöten in China und Indien soll hier nicht weiter gesprochen werden. Und gerade Rußland, das immer ein Getreideexportland war und zusammen mit dem argentinischen Getreide die europäischen Getreidebauern in die schwerste Krise stürzte, ist auch das Land traditioneller Hungersnöte.

Es treten seit den sechziger Jahren alle Anzeichen einer ungeordneten Volkswirtschaft auf: die ländliche Bevölkerung gerät in eine verzweifelte Lage. Immer häufiger schwächen Missernten und in ihrem Gefolge Hungersnöte den Wirtschaftsförderung; diese nahmen allmählich einen chronischen Charakter an. Völlige oder teilweise Missernten hat Rußland gehabt in den Jahren 1891, 1892, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1905, 1906, 1907, 1911. Immer stärker macht sich der relative Rückgang der Saatfläche fühlbar. Er betrug im Verhältnis zur steigenden Bevölkerung im Schwarzgebirge (einem der fruchtbarsten Teile Rußlands) 49 Prozent. Und zwar betrug die Verminderung der Getreideernte im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung durchschnittlich 27 Prozent, der Kartoffelernte 33 Prozent.“ (Dr. Jürgen Ceranphin: „Die ländliche Besiedlung Westsibiriens durch Rußland.“)

Es sind also die Hungersnöte in Folge Versagens der Agrarwirtschaft

nicht Erscheinungen des Marxismus, sondern Erscheinungen, die einerseits in absolut fruchtbarsten und andererseits in kapitalistisch durchgebildeten Ländern auftraten, in Rußland aber geradezu regelmäßig gewesen sind. Die Ursache, speziell in Rußland, ist die Rückständigkeit der Bauernwirtschaft gewesen. Der russische

Bauer hatte keine Maschinen in seinem Betrieb und nur ganz primitive Werkzeuge verwendet. Gewiß hat der Bolschewismus die Agrarverfassung in Rußland gewalttätig geändert. Aber das ist auch in Österreich geschehen, wie 1848 die Bauernbefreiung durchgeführt wurde. Und ebenso hat auch in Österreich die aus dem Grundherrschaftsverband gelöste Bauernschaft schwere Krisenjahre durchmachen müssen, bevor sie langsam ihre eigenen Wirtschaftsformen fand. Daß aber die österreichische Bauernschaft die wirtschaftlichen Nöte sehr genau kennt und einen ungemein schweren, krisenreichen Lebenskampf führt, das weiß der „Bauernbündler“ wohl genau. Der Hinweis auf die Hungersnot in Rußland ist daher als Argument gegen den Marxismus verfehlt, da es sich

gerade in Rußland um seit Jahrzehnten periodisch wiederkehrende Krisen- und Hungersnöte handelt.

Inzwischen aber hat sich die Agrarverfassung und die Agrarwirtschaft in Rußland in einer geradezu gewaltigen Weise geändert. Der alte Großgrundbesitz, der ungeheure Ländermassen beherrschte, ist verschwunden, der Bauer hat jetzt das Land und lernt jetzt erst, dieses Land modern mit Maschinen bewirtschaften. Die Fehler, die die bolschewistische Agrarpolitik begangen hat, sind nicht Fehler des Marxismus, sondern Fehler der bolschewistischen Taktik und die unvermeidlichen Mängel, die mit dieser wohl größten Agrarumwälzung der Weltgeschichte unvermeidlich verbunden sein müssen, wenn ein absolut rückständiger Bauer zu einer zeitgemäßen Bodenbewirtschaftung gebracht werden soll. Die große wertvolle Errungenschaft aber, die

Umwandlung des herrschaftlichen Landes in Bauernland,

die Umwandlung des Bauern aus einem Analphabeten, aus einem primitiven Mensch in einen modernen Landwirt, das sind trotz aller Mängel und Fehler und gelegentlicher Rückschläge gewaltige Fortschritte, die nie mehr verlorengehen können und die der russischen Landwirtschaft für die Zukunft eine Überlegenheit zu geben versprechen, der gegenüber die Landwirtschaften einen sehr schweren Stand haben werden, die sich schon früher gegen die Konkurrenz der noch primitiv produzierenden russischen Landwirtschaft kaum behaupten konnten. Es droht den europäischen und damit auch der österreichischen Landwirtschaft eine unüberwindliche Konkurrenz, wenn neben den amerikanischen „Getreidefabriken“ dann auch die russischen Getreidefabriken treten

werden, eine Entwicklung, die offenkundig die russische Landwirtschaft jetzt nimmt. Es wäre notwendig, dieses Problem zu beobachten und zu seiner Bewältigung die

organisatorischen Vorbereitungen

zu treffen. Ob die primitiven Mittel von Zöllen, Einfuhrverboten, Kontingenten, Subventionen da ausreichen werden, ist wohl mehr als fraglich. Vielleicht sollte doch der „Bauernbündler“ objektiver und gründlicher die Frage überprüfen, ob das gegenwärtig zur politischen Mode gewordene Schlagwort Antimarxismus wirklich inneren Gehalt hat und ob nicht gerade der Marxismus, die Partei der Arbeiterschaft, auch für die Bauernschaft Bedeutung hat. Eine solche Überprüfung würde ihren Wert haben. Sie würde zum Beispiel verhindern, daß der „Bauernbündler“, offenbar unüberlegt, die Forderung aufstellt, daß die Regierung, damit der Roggenbau für den Bauern rentabler wird, den Kollektivvertrag der Bäckerarbeiter aufheben und einen neuen schließen soll, wo „die Lohn- und soziale Quote ein Drittel des Laibbrotes nicht übersteigen dürfe“. (Der „Bauernbündler“ vom 25. November 1933: „Eiset Roggenbrot!“) Eine Forderung, die sich gegen eine schwer arbeitende Arbeiterschaft wendet, die aber über diese Schicht hinaus die ganze Arbeiterklasse gefährdet, weil eines Tages eine andere Erzeuger- oder Händlergruppe genau die gleiche Forderung gerade mit Hinweis auf den „Bauernbündler“ aufstellen könnte, um ihre Existenz durch Schmälerung des Lohnes der Arbeiterschaft, durch Schmälerung der sozialen Notwendigkeit der Arbeiterschaft, also durch Schmälerung der Existenz der Arbeiter zu sichern. Gerade der Kapitalismus hat ja dieses Ziel, seinen Gewinn auf Kosten des Arbeitslohnes und der Sozialversicherung der Arbeiterschaft zu erhöhen. Der Marxismus aber will nicht dem Bauern, den er auch als Arbeiter versteht, den Ertrag seiner Arbeit schmälern, sondern sein Programm ist, durch

Ausschaltung des Zwischenhandels und des Kapitalismus

die Existenz des Bauern und des Arbeiters zu sichern. Nur die Arbeit schafft Werte und nur die Arbeit soll die Existenz schaffen. Aber die Arbeit soll ihren vollen Wert erhalten und nicht einseitig durch eine einseitige Regierungsmaßregel zugunsten einer anderen Gruppe, welche immer es sei, in ihren Lebensnotwendigkeiten verkürzt werden. Das ist der Inhalt des Marxismus und dem könnte der „Bauernbündler“, wenn er objektiv prüft, nicht widerstreben.

Vor dem Urteil im Reichstagsbrandprozeß.

(Von einem Sonderberichterstatter.)

Am Samstag vormittags wird das Urteil im Reichstagsbrandprozeß verkündet werden. Wie wird es ausfallen, fragt man sich hier im Reich, nicht minder gespannt als im Ausland. Werden jene wenigen recht behalten, die von diesem Reichsgericht eine wirkliche Wahrheitsfindung erwarten oder jene vielen, die das höchste Gericht als besondere Form des nazifaschistischen Machtapparats ansehen?

Am 14. Dezember hat der Oberreichsanwalt seine große Anklagerede gehalten. Wenige Tage vorher hatte der Reichstagspräsident und preußische Ministerpräsident Göring öffentlich die Bestrafung der Angeklagten wegen eines „gemeinen politischen Verbrechens“ laut drohend gefordert. So frei ist das Reichsgericht! Die Anklagerede des Oberreichsanwaltes war danach. Er fand auf einmal, daß das Anklagematerial gegen die drei angeklagten bulgarischen Kommunisten nicht zu einem Schuldspruch ausreichte. Er forderte aber das Todesurteil für den angeklagten deutschen Kommunistenführer Torgler und den angeklagten holländischen Wirrkopf van der Lubbe. Das hat überreicht. Der Oberreichsanwalt will seinen schärfsten Gegner in diesem monatelangen Prozeß, den Bulgaren Dimitroff, nicht hauneln sehen und ist plötzlich von seiner Unschuld überzeugt? Nein, die Sache ist anders. Der Oberreichsanwalt und seine hohen Auftraggeber wollen, daß man an die Unbefangtheit dieses Reichsgerichtes glauben soll. Das soll mit dem Frei-

spruch der Bulgaren erreicht werden. Die Nazirichter sagen sich: „Man muß uns für ein anständiges Gericht halten, wenn selbst der Oberste Staatsanwalt den Freispruch von Angeklagten fordert. Wenn nun dieses Gericht einen Angeklagten schuldig spricht, dann muß er es sein.“ Der Freispruch der Bulgaren ist der Preis, den das Reichsgericht für den Kopf Torglers zahlt.

Es verlohnt sich nicht, die dummfrechen Anschuldigungen zu wiederholen, die der Oberreichsanwalt gegen Torgler vorbringt. Sie sind genau so erlogen, wie es die preisgegebenen Anschuldigungen gegen die Bulgaren waren. Der endlos lange Prozeß hat nicht einen Schatten eines Beweises gebracht, daß Torgler irgend etwas mit der Brandstiftung zu tun hatte. Man hat Torgler seinen anderen Verteidiger als einen Naziadvoakaten gestattet. Am 16. Dezember hielt dieser Anwaltverteidiger Torglers, Dr. Sad, seine Verteidigungsrede und selbst dieser Nazi forderte den Freispruch Torglers, weil Torgler an dem Brand völlig unschuldig sei.

Auch van der Lubbe hat einen Naziverteidiger. Er verlangte, daß die Anklage wegen Hochverrates und aufrührerischer Brandstiftung fallengelassen werde, und daß van der Lubbe nur wegen gewöhnlicher Brandstiftung verurteilt wird. Weihnachten steht vor der Tür. Wird der Senfer einen Tag vor dem Fest des Friedens und der Freude Arbeit bekommen?



In Zürich haben drei Massenkundgebungen gegen die Verurteilung Torglers stattgefunden. Romain Rolland, der berühmte französische Dichter, hat einen Aufruf dagegen erlassen, daß Torgler dem Senfer ausgeliefert wird. Es werden auch Stimmen laut, daß für die drei bulgarischen Kommunisten Lebensgefahr besteht, selbst wenn sie freigesprochen werden. Man befürchtet, daß die SA-Banden die drei, trotz des Freispruches, am Leben bedrohen werden.

Richtigstellung der Wählerverzeichnisse für die Bauernkammertwahlen.

Nach der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern sind jährlich mit dem Stichtag vom 31. Dezember die Wählerverzeichnisse für die Bauernkammertwahlen richtigzustellen und dann vom Bürgermeisteramt für das Einspruchs- und Berufungsverfahren öffentlich aufzulegen.

Wir machen die Wahlberechtigten auf diese Auflegung aufmerksam und empfehlen, in der Zeit vom 1. bis 10. Jänner 1934 in das Wählerverzeichnis Einsicht zu nehmen und wenn notwendig Richtigstellungen vornehmen zu lassen. Wahlberechtigt ist jeder Besitzer eines landwirtschaftlich genutzten Grundes von über ein Hektar, ohne Rücksicht auf seinen Hauptberuf. Außerdem sind wahlberechtigt alle Bäcker und Weinhauer, wenn sie die Landwirtschaft im Hauptberuf ausüben, ohne Rücksicht auf die Größe des bewirtschafteten Grundes. Von einem Grundbesitz können in das Wählerverzeichnis auch alle Miteigentümer eingetragen werden, doch darf von jedem Besitz nur eine Person das Wahlrecht ausüben.

Die Zukunft der Arbeiterkammern.

Vorige Woche hat unsere Zeitung berichtet, was die Regierung Döllfus mit den Arbeiterkammern vor hat. Die Tätigkeitszeit der Arbeiterkammern läuft am 31. Dezember ab. Der christlichsoziale Minister Schmitz hat am Dienstag den Präsidenten und den Ersten Sekretären der Arbeiterkammern die Absichten der Regierung mitgeteilt. Sie will aus den Arbeiterkammern berufsständische Einrichtungen der Industrie, des Gewerbes und des Handels machen. Eine eigene Kommission, die ein hoher Beamter leiten wird, soll die berufsständische Umgestaltung der Arbeiterkammern ausarbeiten. In diesen Ausschuss sollen Vertreter der Unternehmer, der Arbeitnehmer und der Regierung entsendet werden. Das wird längere Zeit dauern. Für die Zwischenzeit will die Regierung für jede Arbeiterkammer eine Verwaltungskommission einsetzen und deren Mitglieder nach ihrem Ermessen ernennen.

Man weiß nach dem Beispiel der Post, wie solche ernannte Kommissionen zusammengesetzt werden. Mit Recht verwies der Präsident der Wiener Arbeiterkammer, Nationalrat Weigl, auf die Wichtigkeit einer gewählten (nicht ernannten) Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Weigl brachte gegen die geplante Änderung des Systems bei den Arbeiterkammern schwere Bedenken vor.

Mit Beforgnis sieht man, daß der Aufbau der Arbeiterkammern grundsätzlich geändert wird. Bisher waren die Arbeiterkammern Mittelpunkte des wirtschaftlichen und sozialen Säugens der österreichischen Arbeiterschaft. Die Arbeitnehmer selbst haben ihre Vertreter in die Kammern gewählt. Auch in schiedlichen Ländern, wie in Italien und Deutschland, gibt es Einrichtungen, die den Namen Arbeiterkammer oder Arbeitskammer tragen. Dort werden aber die Mitglieder der Kammern nicht von den Arbeitern und Angestellten gewählt, sondern von der Regierung ernannt. Ähnliches ist, nach den Worten des Ministers, in Österreich geplant.

Die Bedenken, die Präsident Weigl gegen solche Änderungen vorgebracht hat, teilt die weitaus größte Zahl aller österreichischen Arbeiter und Angestellten.

WELTGESCHEHEN

Internationale

Staatsmänner auf Reisen.

Unter den europäischen Staatsmännern ist das Reisefieber ausgebrochen. Der englische Außenminister Simon und der Ministerpräsident MacDonald waren kürzlich in Paris. Einige Tage vorher hat der tschechoslowakische Außenminister Beneš die französische Regierung in Paris besucht. Der deutsche Reichswirtschaftsminister Nazi Schmitt verhandelte in London mit der englischen Regierung. Die Staatsmänner verhandeln über das künftige Los des Völkerbundes und über die Zukunft der Donaustaaten, zu denen auch Österreich gehört. Die Fenster der europäischen Politik treffen mündliche Abmachungen — das läßt auf wenig Gutes schließen.

Osterreich

Die Beschlagnahme der „Arbeiter-Zeitung“.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in der vorigen Woche wieder zweimal beschlagnahmt worden. Das erstmal erfolgte die Beschlagnahme fünf Stunden nach der Vorlage an den Staatsanwalt. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte nämlich eine Bemerkung an die neueste Regierungsanordnung geknüpft, daß die Zeitungen über die Nazilausbereitungen nur das berichten dürfen, was die amtliche Nachrichtenstelle mitteilt. Die zweite Beschlagnahme wurde wegen sechs Stellen aus der Rede verfügt, die der sozialdemokratische Landesrat Schneider im niederösterreichischen Landtag gehalten hatte. Der Oberste Gerichtshof der Republik hat entschieden, daß Berichte über die Verhandlungen parlamentarischer Körperschaften, entsprechend der Bundesverfassung, „von jeder Verantwortung frei“ sind. Trotzdem wurde das Hauptblatt der österreichischen Sozialdemokratie wegen des Abdruckes der Rede des sozialdemokratischen Mitgliedes des niederösterreichischen Landesregierung Schneider beschlagnahmt.

Der staatsgefährliche Novemberruf.

Vor dem 12. November erließ der sozialdemokratische Parteivorstand einen Aufruf, in dem dargelegt wurde, warum die Arbeiter die Republik heuer nicht gefeiert haben. Dieser Aufruf verfiel der Beschlagnahme. Sie wurde mit dem Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe begründet — so furchtbar staatsgefährlich war der Aufruf! Vorige Woche wurde aber das Strafverfahren gegen den Schriftleiter des Aufrufes eingestellt, da der Staatsanwalt jetzt keine Störung der öffentlichen Ruhe mehr darin findet. Österreichische Ruhe wäre also durch den Aufruf doch nicht verbrecherisch gestört worden!

Eingestellte Hochverratsverfahren.

In der vorigen Woche sind in Wien und anderen Orten wieder einige Arbeiter, bei denen man ausländische, aber in Österreich verbotene sozialdemokratische Zeitungen gefunden hatte, enthaftet worden. Die gegen sie eingeleiteten Strafverfahren wegen Hochverrats sind eingestellt worden.

Die Angeberei.

Jeder gemeine Lump kann anständige Menschen durch erlogene Anzeigen in den Kerker und ins Unglück bringen. Gegen diese jetzt blühende Angeberei wendet sich der Sicherheitsdirektor von Vorarlberg. Er beschwert sich darüber, daß solche Anzeigen meist nicht den Namen des Anzeigers enthalten und droht, daß er gegen solche angeberische Lumpen scharf vorgehen werde.

Arbeitslose beim Sozialminister.

Am Montag wollten sechs Wiener Arbeitslose dem Sozialminister Schmitz (Christlich-sozial) die dringendsten Beschwerden der Arbeitslosen über die jetzige Handhabung in Arbeitslosenfragen vorbringen. Der Minister ließ ihnen sagen, er habe keine Zeit und wies sie an einen höheren Beamten. Diesem konnten die Arbeitslosen dann ihre Beschwerden vorbringen. Die Klagen der Arbeitslosen betreffen die Unterstützung der jugendlichen Arbeitslosen und der Saisonarbeiter, die Anrechnung des Einkommens naher Angehöriger, die Zoneneinteilung und die jetzt üblichen Strafen. Es geht um das Los von Zehntausenden Menschen. Die Beseitigung der größten Härten und rasche Hilfe sind dringend notwendig.

Die Verlängerung der Notstands-aushilfen.

die sonst am 31. Dezember abgelaufen wären, ist von der Regierung beschlossen worden. Die Bestimmungen über die Notstandsaushilfen gelten bis Ende nächsten Jahres weiter.

Faschismus = Ständestaat?

Die Führertagung des österreichischen Heimatschutzes hat am 15. Dezember neuerlich die Durchsetzung des österreichischen

Faschismus gegen jeden Widerstand“ als ihr Ziel erklärt. Die Heimwehrführer hatten dann Besprechungen mit dem Bundeskanzler Dollfuß. In der christlichsozialen Regierungszeitung „Reichspost“ wurde am Sonntag dargelegt, daß „österreichischer Faschismus“ eigentlich dasselbe sei, was die Regierung Dollfuß wiederholt als ihr Ziel verkündet habe. Der andere Name sei belanglos. Das wird man sich merken müssen.

Heimwehren und christlichsoziale Sturmjäger.

haben einen gemeinsamen Führer-ausschuß gebildet, an dessen Spitze der Heimwehrführer Starbemberg und der christlichsoziale Minister Schuschnigg stehen. Die Österrückstürmer haben Dollfuß zum „Obersten Führer“ ernannt.

Landeshauptmannstellvertreter Sturm zurückgetreten.

Die österreichischen Bischöfe haben den vorderen Reiben der Politik zurückgezogen. Darum hat der Weltgeistliche Sturm erst seine Stelle als Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes und nun auch das Amt des Landeshauptmannstellvertreter niedergelegt. Der niederösterreichische Landtag hat den christlichsozialen Landesrat Dr. Barsch zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt. Für Dr. Barsch wurde der christlichsoziale Abgeordnete Gallner Landesrat.

Die Doppelverdienerverordnung

ist nun erschienen. Danach werden weibliche Bundesangestellte abgebaut, wenn ihr Gatte in einem aktiven, pensionsberechtigten Dienstverhältnis steht und — je nach der Vorbildung des Gatten — 340 bis 460 S. Einkommen hat. Wenn jetzt eine Bundesbeamtin heiratet, muß sie aus dem Dienst austreten. Lebte sie aber mit einem Mann zusammen, gilt das als Dienstvergehen und sie wird straffrei entlassen.

Die Wiener Kinokapitalisten freuen sich.

Die Bundesregierung hat durch kriegswirtschaftliche Verordnung die Lustbarkeitsabgabe der Wiener Kinokinos um ein Fünftel herabgesetzt. Die sozialdemokratische Wiener Stadterwaltung befreit bisher mit der Lustbarkeitsabgabe der Kinokinos ihre Fürsorge für die Armen. Selbst der christlichsoziale Stadtrat Kunzschak mußte im Wiener Gemeinderat erklären, daß „hier ein schwerer Mißgriff geschehen sei, weil ein paar Tugendreiche Großkinobesitzer die letzten sind, die sich um Steuerherabsetzungen rühnen dürfen“.

Aus aller Welt

Elf Tote für einen.

Im Juni 1932 wurde bei einem Zusammenstoß in Erkath bei Düsseldorf ein SA-Mann getötet. Deshalb sind bereits zehn Arbeiter zum Tode verurteilt worden und das Leipziger Reichsgericht hat das Todesurteil bestätigt. Es hat aber auch noch einen elften Arbeiter, den das Reichsgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt hatte, nachträglich zum Tode verurteilt. Elf Arbeiter werden hingerichtet, weil ein SA-Mann bei einem politischen Zusammenstoß ums Leben kam! Knie tief wadet die Nazi-„arbeiter“-partei im Blute der deutschen Arbeiter.

Minister Hirtfelder angeklagt.

Vor dem Bochumer Gericht steht der frühere preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder als Angeklagter. Er gehörte der katholisch-klerikalen Zentrumspartei an. Das Nazigericht beschuldigt ihn der Bestechlichkeit und es parteiischen Vorgehens. Die Anklage ist ein Machwerk gegen einen der Führer des Zentrums. Die österreichischen Christlichsozialen könnten daraus lernen, wie es ihresgleichen unter dem Faschismus geht.

O'Duffy vor dem Militärgericht.

General O'Duffy, der Führer der irischen Faschisten, ist nach Irland zurückgekehrt. Hier wurde er verhaftet und soll wegen Tragens des verbotenen blauen Faschistenhemdes vor das Militärgericht gestellt werden.

die neue spanische Regierung

hat der radikale Lerroux gebildet. Es gehören ihr nur Bürgerliche an. Die Sozialisten sind Gegner der neuen Regierung. Der anarchistische Aufstand in Spanien, dessen Geldgeber anscheinend einige reiche Kapitalisten waren, ist zusammengebrochen. Das gibt den Bürgerlichen die willkommenen

Gelegenheit zu neuen Verfolgungen der Arbeiter.

Schwehla gestorben.



In Prag ist der frühere tschechoslowakische Ministerpräsident Schwehla gestorben. Der kluge Mann war ein richtiger Bauer. Einfach, wie er gelebt, ist er auch einfach als Bauer begraben worden.

Sozialdemokratische Wahlerfolge

haben unsere Genossen in der schweizerischen Stadt Thun erreicht.

Das sind die Förderer der Nazi!

In Deutschland gehören die Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu den eifrigsten Förderern und Geldgebern der Nazipartei. Jetzt hat sich auch einer der reichsten ungarischen Großgrundbesitzer, Graf Festetics, als Nationalsozialist bekannt. Die Kapitalisten wissen ja, warum sie ihr Geld in der Faschistenbewegung anlegen.

acht rumänische Wahlen

werden vorbereitet. Die rumänischen Sozialdemokraten wurden in vielen Orten gehin-

dert, ihre Kandidatenliste einzureichen. Sozialdemokratische Kandidaten sind verhaftet worden.

Japan führt Krieg.

In Japan werden drei riesen Luftschiffe gebaut, die eine große Last Bomben mitnehmen können. Die japanischen Truppen haben in der chinesischen Provinz Scharhar neuerlich den Vormarsch aufgenommen. In Lungjon (China) ist ein Frauenelement aus 2000 jungen Mädchen gebildet worden. Sie sollen im Verteidigungskampf Chinas gegen den japanischen Einbruch Hilfsdienste leisten.

Kaiserreich Mandschurei?

Die japanischen Militaristen wollen die Absicht haben, in den nächsten Tagen den von ihnen geschaffenen Mandschureistaat als Monarchie auszurufen. Der bisherige mandschurische Präsident von Japans Gnaden ist der frühere Kaiser von China, Pu-Zi (Wilh.). Pu-Zi wollen die japanischen Generale zum Kaiser der Mandschurei machen.



Agrarpolitische Rundschau

Nicht das Pferd beim Schwanz aufzäumen!

Das Pferd hat einen Kopf, einen Rumpf, Gliedmaßen und einen Schwanz. Welcher ist der wichtigste Teil des Pferdes? Sicherlich nicht der Schwanz! Insbesondere aufgezäumt werden soll ein Pferd nicht beim Schwanz!

Auch ein Brief, ein gewöhnlicher Schreibebrief, hat einen Kopf, einen Hauptinhalt und aus dem Hinterteil des Briefes ragt die Grußformel heraus „Gernlichst grüßt...“ oder dergleichen. Dieser Schwanz ist sicher nicht der wichtigste Teil des Briefes. In der Deutschen Arbeitsfront aber, dem letzten Überbleibsel, das von den gleichgeschalteten Gewerkschaften Deutschlands übriggeblieben ist, ist es anders. Die Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront schreibt nämlich:

Im Dezember werden sie und da Entlassungen nicht zu vermeiden sein. Daß aber vorweihnachtliche Kündigungsbescheide, wie es in einzelnen Betrieben geschehen ist, mit „Heil Hitler“, also unter mißbräuchlicher Verwendung des Namens des Mannes unterzeichnet werden, unter dessen Führung Millionen werktätiger Volksgenossen Lohn und Brot wieder erhielten, hat in weiten Kreisen nicht nur der Betroffenen und der Öffentlichkeit, sondern auch bei den zuständigen Behörden und Organisationen mit Recht Argernis und Aufstoß erregt. Eine Kündigung, noch dazu vor Weihnachten, kann man jedenfalls nicht im Namen des Führers aussprechen!

Dagegen aber, daß überhaupt Kündigungen ausgesprochen werden, nicht ein Wort des Protestes.

Aber im nationalsozialistischen Deutschland ist es jetzt üblich geworden, die Äpfel beim Schwanz aufzuzäumen. Auch in der Agrarpolitik. Für die Erhaltung der deutschen Bauernwirtschaften wäre es notwendig, ihnen einen rentablen Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern und sie von der übergroßen Verschuldung (800 Schilling je Hektar) zu entlasten. Beides ist bisher nicht geschehen. Durch das Reichserbhofgesetz ist bloß die Neuverschuldung verboten worden. Damit ist den Bauern nicht gebietet. Denn größer als irgendein Vorteil ist dabei der Nachteil.

daß kein Bauer Kredit bekommt

und nicht weiß, wie er seinen Betrieb weiterführen soll. Mag man nun der Meinung sein, daß das Reichserbhofgesetz in gewisser Beziehung eine Grundlage für die Bauernpolitik abgibt, wir sind dieser Meinung nicht — dann aber doch bestimmt erst, nachdem die Rentabilität durch Abschärfung und kluge Entschuldungspolitik halbwegs gewährleistet ist. Und keinesfalls umgekehrt!

Aber auch die österreichische Agrarpolitik geht nicht der Reihe nach vor. Denn die Rentabilität der Bauernwirtschaften ist durch Preiserhöhungen allein nicht zu gewährleisten. Da müßte man sich doch wohl auch die nicht auf modernster Höhe stehende Produktion ein wenig hernehmen. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte hat am 14. Dezember darüber beraten und die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Monate gelenkt.

Im vermeintlichen Interesse der Landwirtschaft ist wurde ein Preisstopp- und Kundenschutzvereinbarung der Molkeereien und der Milchhändler begründet und durch behördliche Maßnahmen gestützt; dieses

Milchkartell

hat den Milchpreis in Wien von 42 auf 47 Groschen erhöht, was allein eine Mehrbelastung der

Wiener Bevölkerung um 13 1/2 Millionen Schilling jährlich bedeutet. Der hohe Milchpreis führt einerseits zu einer wenigstens zehnprozentigen Senkung des Konsums, andererseits verleitet er zur Steigerung der Milchproduktion. Die Überschüsse der Milch werden zu Käse und Butter verarbeitet. Die Überproduktion an Butter und Käse, die dadurch entstanden ist, wird zunächst mittels Exportprämien bekämpft, die der Milchausgleichsfonds gewährt; die Abgaben an den Fonds, die von den Verbrauchern der Frischmilch getragen werden, sind von zwei auf drei Groschen je Liter erhöht worden. Die österreichische Butter wird auf diese Weise tief unter dem Inlandpreis im Ausland abgesetzt. Andererseits führt der Milchausgleichsfonds die Buttermischaktion durch, um die unerkäufliche Butter halber zu machen, wobei 2 bis 2 1/2 Schilling je Kilogramm daraufgezahlt werden. Schließlich wird die Überproduktion an Molkeerzeugnissen auch durch die zwangsweise Abgabe von Käse an die Arbeitslosen bekämpft. Da trotz diesen Maßnahmen die Überproduktion der Butterpreis gedrückt hat, wurde

auch für Butter ein Kundenschutz- und Preisstopp

begründet, das den Preis der Qualitätsbutter in Wien um 60 bis 80 Groschen für das Kilogramm emporgetrieben hat. Da aber dieser Preis den Butterkonsum neuerlich senkt, wird jetzt gar erwogen, durch künstliche Drosselung der Produktion der Margarine, durch Preiserhöhung der Margarine oder durch zwangsweise Butterbeimischung zur Margarine auch die Margarine und die Pflanzenfette zu verteuern. Da überdies die starke Butterproduktion den Anfall von Magermilch außerordentlich vermehrt und im Zusammenhang mit den niedrigen Futtermittelpreisen zu bedeutender Vergrößerung der Schweineerzeugung geführt hat, hat man schließlich auch durch behördliche Kontingentierung der Schweineerzeugung den Rückgang der Schweinepreise zu verhüten versucht.

Dieser ganze Vorgang beweist, daß alle Versuche, durch künstliche Hochhaltung von Preisen die Interessen der Produzenten zu fördern, an der geringen Konsumkraft der Bevölkerung scheitern, sofort zu einer Überproduktion in den geschützten Waren führen, zu weiteren Preissteigerungen bei anderen Lebensmitteln zwingen und so, ohne den Produzenten wirklich nachhaltig helfen zu können, die Kosten der Lebenshaltung der berechneten städtischen und industriellen Bevölkerung in gefährlicher Weise erhöhen.

Wie das Pferd und der Brief hat auch die Landwirtschaft einen Kopf — aus ihm entspringen die Ideen —, einen Rumpf — das ist die Produktion — und einen Hinterteil mit dem Schwanz — das ist der Verkauf mit dem Preis. Die Agrarpolitik mit dem Hochhalten der Preise beginnt, heißt aber nichts anderes als: das Pferd beim Schwanz aufzäumen!

Ministerpräsident Brüning

Keine Festigung des Dollarwertes.

Der amerikanische Staatspräsident Roosevelt strebt eine Wertverminderung der amerikanischen Dollarwährung an, um dadurch die Verkaufsfähigkeit amerikanischer Waren auf dem Weltmarkt zu heben. Roosevelt gab bekannt, daß er noch gar nicht daran denke, das Sinken des Dollarwertes aufzuhalten.

Der Landbote

Beilage zu den sozialdemokratischen Zeitungen Niederösterreichs

1. Jahrgang

22. Dezember 1933

Nummer 1

Not lehrt denken.

Nach einer dreitägigen ernsten und sehr sachlichen Beratung hat der niederösterreichische Landtag den Voranschlag für den „Landeshaushalt 1934“ beschlossen. Wie die Redner der christlichsozialen Mehrheit des Landtages selbst feststellen mußten, gibt der Inhalt des Landesvoranschlages keinen Anlaß zur Freude. Es ist ein Budget der Armut, sein Motto könnte lauten: „Sparen und nicht verzweifeln“. Es wird nach diesem Voranschlag im kommenden Jahr auch bei solchen Ausgaben noch mehr als schon bisher gespart werden, wo Sparen buchstäblich „Verzweiflung ins Haus bringen“ bedeutet.

Nach mehr als der politische Debatte im Landtag ein Spiegelbild der Wirtschaft und der Politik. In den Wechselreden wurden alle Fragen behandelt, die in Österreich größere Bedeutung haben. So verschieden auch die Reden der einzelnen Abgeordneten waren, konnte man doch genau den Kreislauf der Probleme beobachten, die heute die ganze Welt berühren: die Wirtschaftskrise vermindert die Steuereingänge, die kleineren Einnahmen zwingen zum Sparen bei allen Personal- und Sachausgaben und öffentlichen Arbeiten, das Sparen schwächt die Konsumkraft und verschärft die Agrar- und die Not der Bauern verschärft wieder die Wirtschaftskrise.

Neben diesen allgemeinen Fragen nahmen die speziellen österreichischen Fragen einen breiten Raum in der Beratung ein. Wir wollen hier nur aufzählen: Länderautonomie und Übergänge der Bezirkshauptmannschaften, Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe, Schul- und Lehrerfragen, Pressefreiheit und Zeitungsverbreitungsverbote. Wir empfehlen, die in diesem Blatte an anderen Stellen wiedergegebenen Reden der Abgeordneten aufmerksam zu lesen.

Wenn auch zwischen den Christlichsozialen und Sozialdemokraten in den Fragen der Weltanschauung und in manchen Fragen der Wirtschaft Meinungsverschiedenheiten bestehen, die auch in der Wechselrede während der Voranschlagsberatung im Landtag deutlich zum Ausdruck kamen, in einer augenblicklich sehr wichtigen politischen Frage aber hat sich die Möglichkeit einer Verständigung gezeigt. Es handelt sich um die sicher sehr bedeutungsvolle Frage, ob Österreich demokratisch oder faschistisch regiert werden soll.

Es war für jeden Kenner der politischen Verhältnisse in Österreich ein Erlebnis, zu sehen und zu hören, wie zur gleichen Zeit, als eine Führertagung der Heimwehr erklärte, daß die Heimwehr fest entschlossen sei, die Durchsetzung des österreichischen Faschismus gegen jeden Widerstand zu erreichen, die niederösterreichischen Bauern aufstanden und feierlich erklärten, daß sie für die Demokratie und gegen den Faschismus sind, weil sie erkannt haben, daß der Faschismus weder mit der Freiheit, noch mit dem Christentum vereinbar sei.

Diese Erklärung ist das wichtigste politische Ergebnis der Budgetberatungen im Landtag. Es ist gewissermaßen ein gegenseitiges Versprechen, daß Bauern und Arbeiter in den Tagen der Gefahr auf dem Boden der Demokratie zusammenstehen werden, wenn die von den Aristokraten kommandierte Heimwehr es versuchen sollte, den Faschismus in Österreich durchzusetzen. Daß sich neben den sozialdemokratischen Arbeitern nunmehr auch die christlichsozialen Bauern offen und eindeutig gegen den Faschismus und für die Demokratie ausgesprochen haben, ist ein Zeichen dafür, daß sich die politische Krise in Österreich zu entwirren beginnt. Not lehrt denken und die politischen Fronten richtig ziehen. Diese lauten: Hier Bauern und Arbeiter für die Demokratie, dort Aristokraten und Heimwehr für den Faschismus. Im Entscheidungskampf wird keinem Denkenden die Wahl schwer fallen.

Wahrheitsgetreuer Bericht über die Budgetverhandlungen.

Der niederösterreichische Landtag trat am 13. Dezember unter dem Vorsitz seines Präsidenten Alois Fischer in die Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1934 ein. Im Einlauf der Sitzung befand sich eine Anfrage der Abgeordneten Dittelbach, Püchler, Junfer, Paupill und Genossen (soz. dem.) betreffend

Die Durchführung der Winterhilfsaktion.

Die gesteigerte Notlage der Bevölkerung erfordert die rascheste Durchführung der Winterhilfe. Die Notlage der Bevölkerung wurde bis jetzt durch die Winterhilfsaktion des Landes und der Bezirke einigermaßen gelindert. Diese Hilfsaktion wurde durch das Eingreifen der Bundesregierung (welche nun die Winterhilfsaktion zentral leitet), unterbrochen. Der Öffentlichkeit wurde mitgeteilt, daß der Bund für die Winterhilfe einen Zuschuß von 36 Millionen Schilling leisten würde. Während aber im vorigen Jahr um diese Jahreszeit bereits ein Betrag von 400.000 S überwiegen und die Winterhilfsaktion im vollen Gang war, ist

bis heute für die Winterhilfe überhaupt noch kein Betrag eingeklossen.

Die Bezirks- und Gemeindefomitees stehen ohne Geld da. Die Situation wird auch dadurch noch erschwert, daß die allgemeinen Sammlungen im Vergleich zu den früheren Jahren einen wesentlich geringeren Erfolg bringen.

Die Gebefreudigkeit der Bevölkerung hat nicht nur infolge der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung nachgelassen, sondern sie ist auch in Anbetracht der fortwährenden offiziellen Ankündigungen, daß die Bundesregierung einen Betrag von 36 Millionen Schilling widme, geringer geworden. Weihnachten aber steht vor der Tür, ohne daß die Mittel sichergestellt erscheinen, um die hungernden und frierenden arbeitslosen Menschen des Landes unterstützen zu können.

Angeichts dieser Notlage wird an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage gestellt:

1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, über den Stand der Winterhilfsaktionen einen Bericht zu geben?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung und allen verantwortlichen Stellen dahin zu wirken, daß die erforderlichen Mittel im Mindestmaß des vorigen Jahres zur Verfügung gestellt werden, damit mit der Durchführung der Winterhilfsaktion sofort eingeleitet werden kann?

Bevor der Landtag in die Budgetverhandlungen eintritt, beantwortet der Landeshauptmann Reither einige Anfragen.

Landeshauptmann Reither über den Voranschlag.

Der Landeshauptmann setzt sodann fort: Das heutige Budget des Landes Niederösterreich ist durch die herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse und durch den Umstand gekennzeichnet, daß die Geldmittel nicht nur in den privaten, sondern auch in dem öffentlichen Haushalt sehr rar geworden sind. Im öffentlichen Haushalt zeigen sich eben erst die finanziellen Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Der Ausgleich gegenüber den verringerten Einnahmen konnte aber nicht einfach dadurch gefunden werden, daß die Ausgaben mechanisch gekürzt wurden. Denn unter diesen Ausgaben gibt es solche, die wie die Aufwendung auf sozialem Gebiet in Zeiten der Not steigende Tendenz haben. Wenn es trotzdem gelungen ist, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben in diesem Budget annähernd herzustellen, so drückt sich darin der ernste Wille zur Sparsamkeit aus. Wir haben die bereits im Vorjahr beschlossenen Gehaltskürzungen zwar beibehalten müssen, von neuen Notopfern der Beamten und Lehrer aber in diesem Voranschlag absehen können. Dieser Voranschlag gibt gewiß zu Freudeausbrüchen keinen Anlaß. Immerhin aber ist es gelungen, ihn mit der allgemeinen Wirtschaftslage in Einklang zu bringen. Wenn der Bund für die Durchführung unseres Arbeitsbeschaffungsprogramms ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, wenn alle aufbauwilligen Kräfte im Lande Niederösterreich zusammenarbeiten, wenn besonders der hohe Landtag und die in ihm vertretenen Parteien sich hinter diese Aufbauarbeit stellen, so braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein.

Wollen Sie diese meine Worte als einen ernststen und aufrichtigen Appell auffassen, daß

wir in der jetzigen Gefahrenstunde treu zusammenstehen, wenn es gilt, unserem Volk unserer Heimat und vor allem auch dem heranwachsenden Geschlecht, unserer Jugend, nach besten Kräften zu helfen. (Beifall.)

Es wird nun in die Tagesordnung eingegangen und Abgeordneter Klieber (chr.) leitet die Budgetdebatte ein und bemerkt, die außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen der Voranschlag für das Jahr 1934 erstellt werden mußte.

Dann wird

Die Generaldebatte

eröffnet. Als erster Redner spricht Landesrat Prader (chr.), der einen Überblick über die finanzielle Lage und über die Entwicklung der Steuern gibt. Prader sagt unter anderem:

Bei den Vergleichsziffern mit den früheren Jahren können wir vier Gruppen ersehen. Einmal das Bundespräzidium, aus welchem die beim Lande Dienst tuernden Bundesbeamten bezahlt werden müssen. Von dieser Post nimmt sich der Bund 40 Millionen Schilling gleich vorweg. An dieser Ziffer können wir nichts ändern. Dann kommen die Ertragsanteile. Vom Finanzministerium wurde uns mitgeteilt, daß wir diese Post mit 24 1/2 Millionen Schilling in den Voranschlag einstellen können. Wir haben keinerlei Sicherheit, daß dieser Betrag erreicht wird. Als dritte Gruppe kommen die Landesabgaben (Lohnabgabe, Stromabgabe, Biersteuer usw.) in Betracht. Wir haben auch auf diese Steuern keinerlei Einfluß, wir müssen nehmen, was kommt. Die Bierabgabe hat einen katastrophalen Rückgang zu verzeichnen. Ich komme nun zur vierten Gruppe unserer Einnahmen, die aus den Realsteuern (der Landesgrundsteuer und der Landesgebäudesteuer) besteht. Sie scheinen mit rund 15 Millionen Schilling im Budget auf. Der Einfluß, den wir auf die Gestaltung dieser Steuern haben, läßt sich infolge der wirtschaftlichen Lage unserer Bevölkerung nicht geltend machen. Dazu ist diese Post zu klein, als daß wir sie ausgleichend benutzen könnten. Wenn wir das

Verhältnis zwischen Bund und den Ländern

ins Auge fassen, müssen wir erkennen, daß zwar seit dem Jahre 1922 vielfache

Änderungen der Abgabenteilungsgesetze vorgenommen haben, daß diese aber fast niemals — man könnte das Wörtchen fast eigentlich

Die Kritik der Sozialdemokraten.

Der zweite Redner in der Generaldebatte ist der sozialdemokratische Landtagspräsident Leopold Rehner. Dieser legt in einer sehr eindrucksvollen Rede die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum Landesvoranschlag und zur Politik im Land und Bund dar.

Abgeordneter Rehner:

Für Uneingeweihte erscheint der Voranschlag günstiger, als er in Wirklichkeit ist. Der Abgang von 593.000 S erscheint im Vergleich zu dem Erfordernis von mehr als 75.000.000 S nicht so groß, als daß er nicht eingepart werden könnte. Derjenige aber, der die Finanzlage des Landes kennt und der in die Geheimnisse des Voranschlages einzudringen weiß, sieht, daß der geringe Abgang künstlich konstruiert ist. In Wirklichkeit ist er viel größer. Der Finanzreferent manipuliert mit Einnahmeposten, von denen er nicht weiß, ob er sie bekommen wird; er rechnet mit Versprechungen des Bundes, obwohl er weiß, daß es gar nicht so sicher ist, daß der Bund diese Versprechungen auch tatsächlich halten wird. Der Finanzreferent hat besonders bei den Straßen- und Wasserbauten gewaltige Abstriche gemacht, in der Voraussetzung, daß der Bund für diese Zwecke die notwendigen Mittel aus seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm beistellen wird. Was geschieht aber, wenn der Bund nicht zahlt? In dem Voranschlag ist auch das Notopfer wieder eingebaut, das wir den Beamten und Lehrern im vorigen Jahre aufgelegt haben unter der ausdrücklichen Zusicherung, daß dieses Opfer nur für 1933 gilt. Es wäre aufrichtiger, wenn man gleich sagen würde, daß das Land auf Jahre hinaus nicht in der Lage sein wird, die alten Gehaltsverhältnisse wiederherzustellen. Wir haben im vergangenen Jahre einen starken Lehrer- und Beamtenabbau durchgeführt, und schon hört man wieder, „daß der Lehrkörper nicht weiter verringert werden soll“. Das Land Niederösterreich konnte einmal

streichen — zugunsten der Länder ausgefallen sind. Entscheidend ist, daß unser Steuerrecht im Laufe der Zeit wesentlich eingeschränkt wurde. Es ist eine ganze Reihe von Steuern, an denen die Länder früher einen Anteil oder ein Zuschlagsrecht hatten, mit der Zeit ins ureigenste Gebiet der Bundesverwaltung übergeben worden, was sich für die Verwaltung der Länder höchst ungünstig auswirkte.

Wir haben schon 1922 dafür auf verschiedene Steuern verzichten müssen, die damals ausschließlich zu Bundesabgaben geworden sind. Ich nenne nur die Ausfuhrabgabe, die Eßigsteuer, die Verbrauchsabgabe für künstliche Süßstoffe, die Raß- und Freischurfgeldern. 1924 sind uns die Warenumsatzsteuer, die Bezugssteuer, die Syndikats- und die Vermögenssteuer entgangen, obwohl letztere nach einer zu erlassenden Verordnung des Bundes auch den Ländern Anteile abwerfen sollte. Zu dieser Verordnung ist es aber nicht gekommen und die Vermögenssteuer blieb ausschließlich Bundessteuer, wozu sie auch ausdrücklich später erklärt wurde. Zu den schon genannten Steuern kommen noch die Besoldungs- und die Kräftesteuer, die Kraftwagenverkehrssteuer, die Steuer für den Verbrauch von Zigarettenhüllen und Zigarettenpapier. Bei der Warenumsatzsteuer haben wir ja einen Anteil. Als sie aber das letzmal vom Bund erhöht wurde, ist diese Erhöhung ausschließlich zugunsten des Bundes gegangen. Über auch bei Funktionen, die sich der Bund gelegentlich der letzten Novellierung des Verfassungsgesetzes angenommen hat, sind

die Länder benachteiligt

worden. Für das Schulwesen zum Beispiel, das ausschließlich zur Bundesfahde erklärt wurde, sind wir noch immer zur Zahlung verpflichtet und der Bund schuldet uns bereits mehr als 400.000 S. Ebenso müssen wir die nach dem Budgetsanierungs-gesetz auf die Beamten der politischen Verwaltung entfallenden Beträge in der Höhe von 400.000 S an den Bund noch abführen. Da die Basis, auf der sich unsere Einnahmen bewegen, sehr eng begrenzt ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als auf der anderen Seite durch Sparmaßnahmen den Voranschlag auszugleichen. Wir haben auch Darlehen für das laufende Jahr genommen. Die Zinsen, die das Land für seine Schulden zu zahlen hat, sind eine überaus leidige Tatsache. Diese 24 Millionen sind ungefähr daselbe, was das Notopfer der Beamten und Lehrer (26 Millionen) ergibt. Anders ausgedrückt heißt das, daß wir dieses Notopfer den Angestellten des Landes nicht zumuten müßten, wenn das Land keine Schulden hätte.

auf seine Schule stolz sein. Heute haben wir längst keine Veranlassung mehr dazu, denn unser Schulwesen liegt heute bereits sehr im argen, die Wirkungen dieses verhängnisvollen Lehrer- und Klassenabbaues bei gesteigerter Schülerzahl werden sich erst in einigen Jahren im ganzen Umfang zeigen.

Das Land wird im nächsten Jahr auch sein Sacherfordernis um 6 1/2 Millionen Schilling droffeln. Diese 6 1/2 Millionen Schilling werden der Wirtschaft fehlen, denn wenn die öffentliche Hand spart, wächst die Arbeitslosigkeit.

Der Finanzreferent muß sich also auf Versprechungen des Bundes verlassen, so ist der Voranschlag das Eingeständnis, daß das Land seinen gesetzlichen Verpflichtungen aus eigenem nicht mehr nachkommen kann. Die Ursache liegt darin, daß wir bei den Novellierungen der Abgabenteilung immer mehr hintergangen wurden. Während sich der Bund seine Steuern sichergestellt und neue Einnahmequellen erschlossen hat, verdarren die Länder. Die Länder müßten sich daran erinnern, daß

dieser Staat ein Bundesstaat

ist und daß die Länder das Primäre sind.

Die Länder haben in den letzten zehn Jahren aber auf so viele ihrer Rechte verzichtet, daß sie ganz unter das Diktat der Zentralbürokratie geraten sind. Sie müssen sich ihrer Stellung in diesem Staate wieder bewusst werden und sie müssen auch darauf dringen, daß die Abgabenteilung neu geregelt wird, und zwar zugunsten der Länder.

Wir haben in den letzten Jahren eine weitere furchtbare Schrumpfung unserer Industrie erlebt, die Arbeitslosigkeit ist furchtbar gestiegen, die Bauern sind wieder ungeheuer verelendet, die Gewerbetreibenden sind nicht mehr imstande, ihren Ber-

pflüchtungen nachzukommen. Vor einigen Tagen sind in einer einzigen Gemeinde, im Viertel unter dem Wiener Wald, in einem kleinen Ort 217 Exekutionen ausgeführt worden. Das bedeutet am besten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden durch die politische Situation noch gewaltig verschärft.

Seit neun Monaten haben wir eine Regierung der Autorität. Ein Zufall hat das Parlament ausgeschaltet und diesen Zufall benützt die Regierung, das Land autoritär zu beherrschen. Wir können die Budgetverhandlungen nicht vorübergehen lassen, ohne daß wir — und ich meine damit alle, die noch demokratisch fühlen und denken — zu dem Kurs, der heute in Österreich herrscht, Stellung nehmen.

Die Verfassung gilt nichts mehr, sie kann auf eine kurze Formel gebracht werden, das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz ist die Verfassung Österreichs geworden. Es wäre Aufgabe der Landtage, die Bundesregierung in die Schranken ihrer Rechte zurückzuweisen.

Unter der Berufung auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz sind die Freiheitsrechte der Bevölkerung eingeschränkt worden, die Presse, die der Ausdruck der öffentlichen Meinung ist, ist auf das stärkste geknebelt worden. Erst gestern wurde die Pressefreiheit in Österreich neuerlich in weitestgehendem Maße eingeschränkt. Die Regierung ließ die Zeitungen wissen, daß sie über Nazizwischenfälle nur mehr das schreiben dürfen, was amtlich darüber ausgeht. Wahrscheinlich will die Regierung damit bezwecken, daß das Ausland nicht erfährt, daß es in Österreich außerhalb der Vaterländischen Front noch weite Kreise der Bevölkerung gibt, die mit der Vaterländischen Front nichts zu tun haben. Es liegt uns ganz fern, für die Nazi irgendwie Reklame machen zu wollen, aber damit wird man die Nazi-Bewegung nicht unterdrücken, daß man über sie nichts mehr schreiben läßt. Aber die Regierung ist noch viel weitergegangen. Sie hat ebenfalls die Zeitungen wissen lassen,

daß über das Elend in Österreich nichts mehr geschrieben werden darf.

(Aufse bei den Sozialdemokraten: Hört, Hört!)

Glaubt die Regierung wirklich, daß das Elend behoben und die Wirtschaft gebessert wird, wenn die Zeitungen darüber nichts mehr schreiben dürfen, daß tausende und tausende Menschen in diesem Staate hungern, daß sie der Verzweiflung anheimfallen? Die Öffentlichkeit und vor allem das Ausland soll darüber getäuscht werden, daß bei uns die Arbeitslosigkeit steigt, daß furchtbare Not und schreckliches Elend herrscht. Die Bevölkerung und das Ausland sollen nur die täglichen Radiomeldungen, die von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit erzählen, hören. Diese Radiomeldungen sind erstunken und erlogen.

Die Regierung hat auch gar keine gesetzliche Handhabe, den Zeitungen diese neue Knebelung aufzuerlegen.

Die österreichische Bevölkerung lehnt von Haus aus die Gewalt ab.

Glauben Sie nicht, daß die Bevölkerung auf die Dauer es ertragen wird, daß sich in diesem Österreich Privatgewalt und Privatarmeen ausbilden. Österreich ist leider schon zu einem Balkanstaat herabgesunken und die Rolle der Komitadschi spielt bei uns die Heimwehr. Das erleben wir unter dem Motto: Die Regierung schützt die Freiheit und die Unabhängigkeit Österreichs! Wir verstehen unter der Freiheit und unter der Unabhängigkeit Österreichs etwas anderes. Wir kämpfen für diese Freiheit und diese Unabhängigkeit und wir haben daher auch zugestimmt, daß in diesem Saale die Plätze leer geworden sind, auf denen die Nationalsozialisten gesessen sind, denn wer die Demokratie verweigert und sie bekämpft, hat kein Anrecht auf Demokratie. Wir wollen in Österreich einen Hort deutscher Kultur schaffen, in dem die aus dem barbarischen Deutschland von heute vertriebene Kultur eine Zufluchtsstätte hat, wo sie sich weiter entwickeln und von wo aus sie einmal in ein befreites Deutschland zurückkehren kann. Daher lehnen wir in Österreich auch alle den Nazi abgeschauten Methoden ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten!) Der Regierung und ihren Wortführern aber gefällt es,

bei uns die gleichen Methoden anzuwenden wie in Deutschland und auch die gleichen Begründungen dafür anzuführen.

So wird gelagt, daß die Verfassung geändert werden müsse, da man die Arbeiter-schaft doch endlich einmal aus den Fesseln des Marxismus befreien müsse. Unter dem Titel „Antimarkismus“ bekämpft die Regierung die ganze Arbeiterklasse, unter diesem Titel will sie ihre erworbenen Rechte bringen. Die Regierung meint, wenn sie ein Gesetz schafft, dessen erster Paragraph lautet: Der Klassenkampf

ist abgeschafft! wird sofort Glück und Zufriedenheit in Österreich herrschen. Ich will hier keine Geschichten der Klassenkämpfe geben, ich will hier nicht weiter darauf eingehen, daß schon der Kampf zwischen den Patriziern und Plebejern ein Klassenkampf war.

daß der Bauernkrieg nichts anderes als ein Klassenkampf war,

ich will nur die alte Wahrheit wiederholen, daß es, solange es Klassegegensätze geben wird, auch Klassenkämpfe geführt werden. Den Klassenkampf werden Sie nicht beseitigen, wenn Sie die Ständeverfassung einführen. Auch wenn die Parteien aufhören, wird der Klassenkampf nicht aufhören.

Sie mögen noch so viele Ständegruppen schaffen, Sie werden aber nicht erreichen, daß die Unternehmer auf ihre Profite verzichten und daß sie den Gewinn schon gemeinsam mit den Arbeitern teilen werden. Mussolini arbeitet nun schon solange an seinem Ständestaat und ist doch noch zu keinem Ergebnis gekommen. Unser Herr Bundeskanzler eifert ihm nach. Er beruft sich dabei auf die päpstliche Enzyklika Quadragesimo anno. Ich glaube, er hat diese Enzyklika nicht genau studiert, sonst hätte auch er darauf kommen müssen, daß sie eigentlich nichts anderes ist als eine Polemik gegen den faschistischen Staat, gegen denselben faschistischen Staat, den manche Kreise in Österreich anstreben.

Die Heimwehr will den faschistischen Staat. Es ist die Tragik der Christlichsozialen Partei, daß Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der aus der Christlichsozialen Partei hervorgegangen ist und immer noch an ihren Traditionen hängt, auf der anderen Seite glaubt, er könne nur regieren, wenn er die Heimwehr in der Regierung hat. Dieser Heimwehr ist es aber gar nicht darum zu tun, Österreich frei und unabhängig zu erhalten, sie strebt nur die volle Macht im Staat an, ohne ihr letztes Ziel auszusprechen. Sie besorgt die Geschäfte derer, die sie bezahlen. Wir alle wissen, woher der Herr Starheimberg das Geld zur Ausrüstung seiner Armeen nimmt. Die Heimwehr ist aber auch jederzeit bereit, mit den Nazi-Frieden zu machen, die Fäden zwischen dem Herrn Grafen Alberti und den Nazi werden weitergesponnen, denn die Heimwehr will die Brücke nicht abbrennen, sie will nur ihr letztes Ziel erreichen, gleichgültig, mit welcher Hilfe.

Wer sind denn die Heimwehrführer?

Das sind keine Bauern! Das sind die Aristokraten, die Großgrundbesitzer, die Vertreter der alten Herrenklasse. Und wer steht in den Heimwehrführern? Wir haben in der letzten Landtagsitzung aufgezeigt, welche Leute sich dort drinnen befinden; es sind dort auch

Menschen, die wegen gemelter Verbrechen, wegen Diebstahls, Notzucht und anderen Verbrechen mit dem Kerker Bekanntheit gemacht haben. Solche Menschen wurden in Uniform gesteckt und der Herr Graf Alberti und der Herr Fürst Starheimberg und andere Aristokraten kommandieren sie und der Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß kann sich von ihnen nicht trennen, weil er meint, die Heimwehr sei noch eine große Macht.

Die anständigen Teile der Bevölkerung halten sich vor der Heimwehr fern. Die Heimwehr droht offen mit dem Putz, wenn Herr Dr. Dollfuß ihre Forderungen nicht erfüllt. Anstatt diese Menschen hinter Schloß und Riegel zu setzen, werden sie in der Regierung geduldet oder sie gehen, obwohl sie Privatpersonen sind, ins Ausland und treffen dort Abmachungen über Österreich. Wir können es nicht verstehen, daß gegen diese Herren nicht so vorgegangen wird, wie es die Befehle erfordern. Ich muß aber auch einige Worte über die Vaterländische Front sagen. Es gibt

freiwillige und gezwungene Mitglieder der Vaterländischen Front.

Die freiwilligen Mitglieder sind in erster Linie die Juden (Aufse bei den Christlichsozialen: Dhol). Wir verstehen es schon, daß die Juden in die Vaterländische Front gehen, weil sie meinen, daß der Kampf, den die Regierung gegen die Nazi führt, sie vor dem Schicksal der deutschen Juden bewahrt. Wenn sie aber nur keine Enttäuschung erleben! Also diese Leute tragen offen und stolz den „Pour le semite“ (Geiterkeit!). Weiter sind freiwillige Mitglieder die Unternehmer, weil sie hoffen, daß sie nun aller sozialen Lasten entledigt werden. Auch Kleingewerbetreibende in großer Zahl sind freiwillig drinnen. Von diesen Menschen verstehen wir es am besten, denn sie glauben ernstlich, daß der autoritäre Kurs ihnen eine wirtschaftliche Besserstellung bringen wird. Sie könnten allerdings wissen, daß Notverordnungen nicht die Wirtschaftskrise beseitigen können. Und dann haben wir natürlich als freiwillige Mitglieder in der Vaterländischen Front die Hausherren, denn sie hoffen, daß nun wieder die Mietzinsen in die Höhe gehen werden.

Abgeordneter Lowatschel (chr.): Nein, sie wollen nur, daß das Unrecht, das ihnen angetan wurde, aufgehoben wird.

Abgeordneter Feynel fortfahrend:

Also der Herr Abgeordnete Lowatschel ist, wie aus seinem Zwischenruf hervorgeht, als Hausherr in der Vaterländischen Front. Ich finde es nur bezeichnend, daß der erste ernste Widerspruch gegen meine Ausführungen erhoben wurde, als ich von den Hausherren sprach. Mit einem Wort, Unternehmer und Hausherrn sind freiwillige Mitglieder der Vaterländischen Front, weil sie sehen, daß es gegen die Arbeiter geht.

Abgeordneter Lowatschel: O je, wie viele Arbeiter sind drinnen!

Abgeordneter Feynel: Ja, die Arbeiter bilden eben die zweite Gruppe, sie sind gezwungen bei der Vaterländischen Front, wir können Ihnen das bei der Post, bei der Eisenbahn und bei den anderen öffentlichen Angestellten nachweisen. Zwischen der Vaterländischen Front und der Heimwehr befindet sich also der Herr Bundeskanzler, er glaubt, ein sehr volkstümlicher Mann zu sein und die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben.

Nun, es gibt eine sehr einfache Probe: er möge doch Neuwahlen machen, dann wird man ja sehen, wie wenig hinter ihm stehen. Er könnte auch einmal die Leute zu einer Versammlung einberufen, die gegen seinen Kurs sind. Wir würden dann in Wien allein mehrere Stadien brauchen. Leider erkennen noch immer viele Christlichsoziale nicht den vollen Ernst, der hinter diesen Dingen steckt. Wir Sozialdemokraten haben seinerzeit die bolschewistische Diktatur abgelehnt, wir lehnen auch die braune und grünliche Diktatur ab und wir werden uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen, wenn das System, das das

Da der Budgetreferent auf das Schlüsselwort verzichtet, ist damit die Generaldebatte beendet. Der Landtag beschließt dann, in

die Spezialdebatte

eingegangen. Abgeordneter Klieber (chr.) leitet nunmehr die Verhandlung über das Kapitel I. Landesverwaltung, ein. Dieses Kapitel weist ein Erfordernis von 13.185.700 Schilling aus, dem eine Bedeckung von 1.658.800 Schilling gegenübersteht. Das Erfordernis dieses Kapitels beträgt 17 Prozent des Gesamtverordnungs.

Abgeordneter Dittlacher:

(soz.-dem.) führt als erster Redner in der Spezialdebatte aus: Von welcher Seite wir immer uns diesen Voranschlag ansehen und von welcher Richtung unsere Wünsche und Forderungen in dieser Debatte getragen sind, eines müssen wir an die Spitze unserer Betrachtungen stellen: die herrschende große Not unserer Landesbürger. Wir haben im vorigen Jahre

die Winterhilfe

organisiert, einen Apparat aufgebaut, welcher durch die Tätigkeit der Beamten, die ressortmäßig mit der Durchführung der Winterhilfsaktion betraut waren, und durch die Funktionäre der Bezirksfürsorgeämter und Komitees bis in die kleinste Gemeinde hinaus ausgezeichnete funktionierte und auch imstande war, eine gewisse Verbundenheit mit den Bedürftigen herzustellen. Wie flaglos dieser Apparat arbeitete, beweist, daß in einer Gemeinde bloß zwei Reklamationen waren, wovon nur eine als stichförmig anerkannt werden konnte. Im Lande, in den Bezirken und in den Gemeinden wurden große Komitees gebildet, denen alle Weltanschauungen und alle Bevölkerungsschichten vertreten waren. Die Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Industriellen, der Gewerbetreibenden, der Arbeiter, der Bauern und der einzelnen Genossenschaften haben alle zusammengewirkt im Geiste wahrer Menschlichkeit.

Nun müssen wir uns fragen, wie das jetzt aussieht. Die Komitees sind zerstört, die Erfahrungen und sachkundigen Menschen, Beamte und Funktionäre sind ausgeschaltet. Die Landesregierung hat neuer wieder einen Aufruf erlassen, sie wollte darangehen, die Winterhilfe wie im Vorjahr in Angriff zu nehmen. Nun hat die Regierung erklärt, die Winterhilfe selbst durchzuführen. Bis jetzt verspüren wir wenig davon, freilich im Radio und in der Presse wird viel von der Winterhilfe geredet. Der gute Apparat ist weg und die einzelnen Körperschaften haben noch keinen Groschen bekommen.

Zur gleichen Zeit war im Vorjahr — ohne Mitwirkung der Presse und des Mikrophons — durch das Land ein Betrag von 400.000 S den einzelnen Körperschaften zugewiesen. Dieser Betrag erhöhte sich bis Ende des Jahres auf 600.000 S. Bis jetzt wurde nichts zugewiesen. Zu gleicher Zeit schon waren Holz und Kohlen draußen. Heuer hört man, daß sich das Handelsministerium erst damit beschäftigt, den Holzpreis festzusetzen, und weiter wünscht das Ministerium, daß

in die Holz- und Kohlenaktion der Zwischenhandel eingeschaltet

werden soll. So sieht die zentrale Regelung der Winterhilfsaktion aus! Die Fürsorgeämter brauchen können sich aber der Armen nicht mehr erwehren. Die Bürgermeister, die Bezirksfür-

Ziel einer Gruppe politischer Freiberger ist, in Österreich eingeführt werden sollte.

Auch wir sind der Meinung, daß Verfassungen nicht für die Ewigkeit geschaffen werden. Jede Verfassung kann abgeändert werden, und man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob unsere gegenwärtige Bundesverfassung die wahre Demokratie zum Ausdruck bringt. Aber eine Verfassung kann nur mit verfassungsmäßigen Mitteln abgeändert werden, ein Verfassungsoffizier ist unmöglich. Wir können uns auch vorstellen, daß man einer Regierung für die Zeit des Notstandes eine entsprechende Ermächtigung gibt, aber nicht einer Regierung, die von der Heimwehr kommandiert wird, sondern

nur einer demokratischen Regierung. (Zustimmung.)

Abschließend möchte ich noch zu bedenken geben, ob wir in diesem Österreich überhaupt noch verwalten können, wenn wir nicht die Gefahren bananen, die uns, wie ich aufgezeigt habe, drohen. Ich möchte mich dem Appell anschließen, den der Herr Landeshauptmann heute an den Landtag gerichtet hat, den Appell zur Zusammenarbeit. Wir alle, die für die Freiheit und Unabhängigkeit dieses Staates sind, müssen zusammenstehen. Wir haben 15 Jahre in guten und schlechten Tagen zusammengearbeitet.

Wir haben immer das notwendige Verständnis für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufgebracht. Was hier möglich ist, muß auch andernwärts möglich sein. Sie können unsere Mitarbeit immer haben, wenn die Freiheit des Volkes gewährleistet ist. Ohne diese Freiheit gibt es keinen Frieden und keine friedliche wirtschaftliche Entwicklung, wir alle aber wollen den Frieden, wir alle aber wollen Arbeit, und zwar Frieden und Arbeit in einem demokratischen Staat. (Stürmischer Beifall.)

forgeräte und die Bezirkshauptmannschaften wollen ja helfen, können es nicht, weil der Apparat zerstört und der Bund noch keinerlei Mittel, die er versprochen hat, zur Verfügung stellte. Und nun zur Sammel-tätigkeit. Diese ist aus drei Gründen rückläufig. Zunächst, weil ungewissheit die Wirtschaftslage sich verschlechtert hat gegenüber dem Vorjahr, weiter durch die stete Ankündigung der Regierung, daß 36 Millionen zur Verfügung stehen. Die Leute sagen, die Regierung soll das Geld hergeben, dann werden wir spenden. Die Gebefreudigkeit hat dadurch eine Einbuße erlitten. Aber auch aus politischen Gründen ist der Ertrag der Sammel-tätigkeit ziemlich eingeeignet. Jetzt, wo die günstige Zeit für eine Sammel-tätigkeit ist, ist nicht einmal die Hälfte dessen erreicht wie im Vorjahr. Die Regierung hat den Auftrag gegeben, daß in den Zeitungen über das Elend nicht geschrieben werden darf. Eine Zeitung ist aus diesem Grunde konfiszieren worden. Zeitungen kann man konfiszieren, aber das Elend nicht. (Lebhafter Beifall.)

Auch die christlichen Bauern sind gegen den Faschismus.

Abgeordneter Johann Fischer (chr.): Im Vorjahr wurde der Antrag gestellt, vier Bezirks-hauptmannschaften im Lande abzubauen. Bis jetzt wurde eine einzige aufgelassen, und zwar Lillienfeld. Es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, wenn das Land den Betrag, denn es durch die Auflösung dieser Bezirks-hauptmannschaften einspart, der bedrängten Bevölkerung zukommen lassen würde. Der Herr Präsident Feynel hat mich vormittag gefragt, warum die christlichsozialen Bauern den autoritären Kurs der Regierung Dollfuß unterstützen. Er meinte, die Regierung brähe die Verfassung und die Arbeitslosigkeit habe ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Wenn der Herr Präsident Feynel meint, wir seien für einen Faschismus, so greift er gründlich daneben. Ich möchte folgendes sagen:

Die christlichsoziale Partei in ihrer Gesamtheit und insbesondere die Bauernschaft ist eine demokratische Partei. Wir stehen und fallen mit der Demokratie. Unser Führer, Landeshauptmann Reither, hat dies wiederholt auch in diesem hohen Hause erklärt. Uns schwebt eine Demokratie vor, wie sie die Schweiz sich zurechtgelegt hat. Wir wollen ein freies Österreich!

Abgeordneter Popp

(soz.-dem.): Die Ersparungsmaßnahmen und die Gehaltskürzungen müssen eine Grenze haben. Man kann das Lebensniveau der Angestellten nur bis zu einer gewissen Grenze herabsetzen. Die festgesetzten Ersparungsmaßnahmen bedeuten aber auch eine bedeutende Verab-sicherung der Konsumfähigkeit der Bevölkerung. Einige Worte sind auch über die Art und Weise, wie die Pensionierungen vorgenommen werden, zu sagen. Man darf den Personalabbau nicht allein nach momentanen Scheinerfolgen durchführen. Es ist falsch, dienstjunge und dienstfähige Angestellte abzubauen, während man dienstältere Angestellte noch im Dienste läßt. Dadurch wird vielleicht ein Augenblickserfolg erzielt, in Wirklichkeit aber wird der Pensionsetat übermäßig stark belastet.

Bei dem Kapitel „Landesverwaltung“ müssen wir auch einiges über die Sicherheitsverhältnisse in Österreich, über

die Objektivität der öffentlichen Verwaltung

sagen. Wie schaut diese Objektivität aus? Die Versammlungen sind verboten. Ja, die Versammlungen der Arbeiter. Aber wir brauchen nur die „Reichspost“ oder die amtliche „Wiener Zeitung“ lesen, da finden wir Berichte über große politische Kundgebungen, über öffentliche Aufmärsche, an denen — es muß nicht immer wahr sein, es wird aber so gemeldet — zehntausende Menschen teilnehmen. An S-2-Versammlungen der Arbeiter, die im allgemeinen nicht verboten sind, dürfen aber höchstens zweihundert Personen teilnehmen. Und wie steht es mit den Presseverhältnissen? Wir können es rundweg herausfagen.

Die Arbeiterpresse wird brutal verfolgt.

Ich will Ihnen das nur an drei Beispielen zeigen.

In der „Reichspost“ vom 8. Oktober d. J. stand auf der ersten Seite in fetten Lettern ein Bericht über die Tagung der Gewerkschaftsinternationale. Die Entschlieung wurde im Wortlaut gebracht. Am selben Tage erschien in der „Arbeiter-Zeitung“ auf der ersten Seite auf der gleichen Stelle ein weißer Fleck. Hier stand in denselben Lettern derselbe Wortlaut der Entschlieung. In der „Arbeiter-Zeitung“ wurde er aber konfisziert.

Da kann man zu keiner anderen Meinung kommen, als zu der, daß man eben willkürlich konfisizieren will, um die Arbeiterpresse zu schädigen.

In den Innsbrucker Zeitungen waren im November Berichte über Heimwehrübergriffe in Innsbruck enthalten. Die Heimwehr griff auf der Straße Menschen, die ihr als Gegner bekannt waren, auf, brachte sie in ein Auto, verprügelte sie draußen auf freier Felde und zwang sie, Autoöl zu trinken. Die „Arbeiter-Zeitung“ druckte die Berichte der Innsbrucker Zeitungen nach, während aber die Berichte in Innsbruck unbeanstandet blieben, wurde der Bericht in der „Arbeiter-Zeitung“ konfisziert. Schließlich noch ein Fall, der sich erst vor kurzem ereignet hat. Aus einem Linzer Blatt druckte die „Arbeiter-Zeitung“ eine Rede ab, die im oberösterreichischen Landtag gehalten wurde. In der „Arbeiter-Zeitung“ wurde diese Rede konfisziert.

Was ist Willkür, wenn nicht das?

Die sozialdemokratische Partei gibt seit langem eine Wandzeitung heraus. Diese Wandzeitung wird ganz willkürlich konfisziert, obwohl nichts anderes darin enthalten ist als Mitteilungen, die in den Zeitungen unbeanstandet erschienen sind. Die Wandzeitung aber wird unter den wichtigsten Begründungen konfisziert.

In Rabensburg forderte ein Gendarmeriebeamter den Obmann der dortigen sozialdemokratischen Lokalorganisation auf, die Wandzeitung zu entfernen, da sie Argernis erzeuge. Auf die Frage, bei wem sie Argernis erzeuge, erwiderte der Gendarmeriebeamte: „Bei den Nationalsozialisten!“ Als der Sozialdemokrat erstaunt entgegnete: „Ja, die Nationalsozialisten gibt es ja nicht mehr, die Partei ist ja verboten“, sagte der Gendarmeriebeamte: „Aber gehen Sie, ich bin doch selbst ein Nationalsozialist!“

Es gibt viele öffentliche Beamte, die geboren in der Vaterländischen Front sind, in Wirklichkeit aber Nazi geblieben sind. Wir leben jetzt in der Zeit des Weihnachtsfriedens. Ich habe schon im Finanzauschuß an verschiedenen Beispielen, besonders aus dem Bereich der Bezirkshauptmannschaft Brud an der Leitha, gezeigt, wie dieser Weihnachtsfrieden den Arbeitern gegenüber gehandhabt wird, wie da selbst Kleintierzuchtungen und Krampusfeiern verboten werden. Auf meine Rede im Finanzauschuß hin wurde eine solche Krampusfeier doch noch gestattet, aber unter starker staatlicher Beteiligung. (Heiterkeit.) Die Gendarmeriebeamten mußten selbst die kleinen Überraschungspakete, die der Krampus verteilte, öffnen und nachschauen, ob nicht staatsgefährliche Dinge darin sind.

Während man so die Arbeiterschaft schikanieren, ist es gestern in dem Bereich derselben Bezirkshauptmannschaft nach einer Heimwehrversammlung, die offenbar nicht unter den Weihnachtsfrieden fällt, zu schweren Ausschreitungen der Heimwehr gekommen, und zwar war das in Schwachat.

Wenn die Bevölkerung sieht, wie auf der einen Seite harmlose gesellige Zusammenkünfte verboten werden, während auf der anderen Seite öffentliche politische Kundgebungen abgehalten werden dürfen, muß das Vertrauen zu der Objektivität der öffentlichen Verwaltung schwinden.

Ich möchte noch einiges über die ungläublichen Strafen

sagen, die jetzt in Österreich verhängt werden. Jugendliche Sportler wurden wegen Teilnahme an einer Radsternfahrt bestraft. Im Bezirk Baden ist ein Arbeiter verurteilt worden, weil er „Freiheit“ gerufen hat. In Solle nau bekam ein Arbeiter 12 Stunden Arrest, weil er die Wofschürze einer Arbeiterkammer „Wie komme ich zu meiner Arbeitslosenunterstützung?“ verteilt hat. In einem anderen Orte machten 30 Leute einen Ausflug. Ein Arbeiter bekam deswegen drei Tage Arrest. Am 1. Mai fuhr ein Wädhchen mit einem rot geschmückten Fahrad. Sie mußte die kleine Fremde mit sechs Tagen Arrest büßen. In Wiener Neustadt bekam eine Frau wegen eines Psitticus in einer Versammlung 30 Schilling Geldstrafe. In Brud an der Leitha wurden im Juli vor einer väterländischen Kund-

gebung fünf Arbeiter ohne jede Begründung festgenommen und 24 Stunden in den Arrest gesteckt. Bis heute wurde ihnen nicht gesagt, warum sie festgenommen wurden. Ich könnte die Fälle noch fortsetzen. Es ist jeht

eine Blütezeit des Nadererlums.

Die einen werden zu Angebern, weil sie sich persönlich an jemand rächen wollen, die anderen, weil sie sich Liebling machen wollen. Mir sind auch Fälle bekannt, in denen Leute die Anzeige erstattet haben, um einen Vordermann zu beseitigen. Es gibt da Erpressungen sonder Zahl.

ein politisches Strauchrittertum tut sich auf, wie man es bisher in Österreich nicht gewohnt war. Die Bevölkerung verliert das Vertrauen an der öffentlichen Verwaltung, an diesem Vertrauen zu rütteln, heißt aber auch an den Grundfesten des Staates rütteln. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Frendinger (chr.) wendet sich gegen die Angriffe, die von sozialdemokratischer Seite gegen die Bundesregierung wegen Durchführung der Winterhilfe gerichtet wurden. Ihn antwortet Abgeordneter Pächter (soz.-dem.), der sagt, es sei gleichgültig, unter welchem Namen die Winterhilfe fegelt, aber sie muß funktionieren, und daß dies vorläufig nicht der Fall ist, ist die Schuld der Bundesregierung. Viel kostbare Zeit ist verloren gegangen, weil der Apparat, der im Vorjahre durch das Land aufgebaut wurde, zerstört wurde. Außerdem scheint kein Geld da zu sein, was mit der Verzarmung der Bevölkerung zusammenhängt. Vielleicht werden ja die Leute noch einmal zu ihrer Winterhilfe kommen, aber es fragt sich nur wann. Die Stadtgemeinde Wiener Neustadt hat vor zwei Tagen 10.000 S zugesprochen, weil sonst die Winterhilfe schon am dritten Tage hätte eingestellt werden müssen. (Beifall.)

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird hierauf Kapitel I im Erfordernis und in der Bedingung einstimmig angenommen. Abgeordneter Klieber leitet dann die Verhandlungen zu Kapitel II, „Öffentliche Sicherheit“, ein. Die Hauptpost in diesem Kapitel ist die Landesberziehungsanstalt in Korneuburg. Die zur Anstalt gehörige Anstalt „Reuhof“ wird auf Selbsthaltung gestellt. Das Kapitel II schließt mit einem Erfordernis von 1.175.700 S (1 1/2 Prozent des Gesamterfordernisses), und mit einer Bedingung von 399.500 S.

In der Wechsellrede spricht Abgeordneter Bäschl (chr.), der sich mit dem Sicherheitswesen des Bundes befaßt. Leider ist die Exekutive infolge der Untriebe der Nationalsozialisten zu sehr von ihrem eigentlichen Dienst abgezogen worden, so daß sich

die Unsicherheit im Lande vergrößert

hat. Die Einbrüche mehren sich auf dem Lande, weil die Gendarmereiposten verringert und geschwächt worden sind. Wo früher drei Gendarmereibeamte postiert waren, sucht man heute vielfach mit einem auszukommen. Auch die Weitelei und Bagabundage nimmt draußen überhand.

Das Kapitel II wird dann unverändert angenommen. Nunmehr gelangt das Kapitel III, Sanitäts- und Humanitätswesen, mit einem Erfordernis von 19.889.000 S und einer Bedingung von 3.709.600 S zur Verhandlung. Es sprechen dazu die christlichen Abgeordneten Latzberger, Anna Holzer, Palmberg und Nacho, dann wird die Landtagsitzung auf den nächsten Tag verschoben.

Die Budgetverhandlungen im niederösterreichischen Landtag wurden am 14. Dezember fortgesetzt. Im Verlauf befindet sich ein Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, Schritte zu unternehmen, daß der Bezirksstrafenzug Amstetten-Badhofen an der Pöb in die Bundesverwaltung übernommen wird. Ein zweiter Antrag verlangt, die Landesregierung möge sich mit der Bundesregierung ins Einvernehmen setzen, damit in Amstetten eine ständige Garnison des Bundesheeres errichtet wird. Dann wird die Spezialdebatte über das Kapitel „Sanitäts- und Humanitätswesen“ fortgesetzt. Es spricht

Abgeordneter Kissinger

(soz.-dem.): Vielfach ist die Anschauung verbreitet, daß dieses Kapitel hauptsächlich die Jugendfürsorge betrifft. Das ist aber ganz falsch. Für das Sanitätswesen allein werden von diesem Kapitel, dessen Erfordernis mehr als 19 Millionen Schilling beträgt, über 10 Millionen Schilling ausgegeben. Von der zweiten Gruppe dieses Kapitels, von der Gruppe Humanitätswesen werden mehr als 6 1/2 Millionen Schilling für Kostenausgaben und für die Altersfürsorgenden verwendet. Für die Jugendfürsorge ist ein ganz geringer Betrag eingesetzt, mit dem lange nicht das gemacht werden kann, was auf diesem Gebiet gemacht werden sollte.

Die beste Fürsorge wäre Arbeit,

Leider finden wir aber gerade in den Kapiteln des Voranschlages, die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten enthalten, heuer starke Abstriche. Die Arbeitsbeschaffung wird so gut wie ganz dem Bund überlassen.

Bisher merkt man aber von dieser Arbeitsbeschaffung des Bundes nicht viel. Wie ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Statistiken zustande kommt, wurde im Verlauf der Budgetdebatte im Finanzauschuß und im Landtag bereits gesagt. Im Radio und in der der Regierung freu ergebene Presse wird viel Klame für die Arbeitsbeschaffung des Bundes gemacht. Wir alle wären herzlich froh, wenn das, was da angekündigt wird, auch tatsächlich durchgeführt würde. Tausende und tausende Menschen haben sich auf diese Ankündigungen hin bei den Arbeitsämtern gemeldet, in der Hoff-

nung, nun doch Arbeit zu bekommen. Ein ganz verschwindend kleiner Bruchteil aber ist nur untergekommen und die große Masse steht wieder ohne Arbeit da.

Sie hätten heute früh nur sehen sollen, wie sich in meiner Gemeinde, in Berndorf, und auch in anderen Gemeinden die Arbeitslosen angeheilt haben, um Schnee schaufeln zu dürfen. Wir müssen alle Kräfte im Lande zusammensuchen, damit wir den Arbeitslosen und Ausgesteuerten wirkliche Hilfe bringen. (Beifall.)

Abgeordneter Steinböck (chr.) wünscht die Erriehung einer selbständigen Sanitätsgemeinschaft in Bernegg im politischen Bezirk Horn. Dann spricht

Landesrat Schneidmahl

(soz.-dem.): Im Verlauf der Budgetdebatte ist von meinen Freunden auf die Rechtsunsicherheit hingewiesen worden. Gestern erst wurde hier im Landtag über die Verfolgung der Arbeiterpresse gesprochen und abends, bald

nach Schluß der Sitzung wurde über vier niederösterreichische sozialdemokratische Blätter, über den „Marchfeldboten“, den „Neunkirchner Bezirksboten“, die „Eisenwurz“ und über die „Volkspost“ das Verbreitungsverbot verhängt. Diese Zeitungen dürfen also nur mehr mit der Post zugestellt werden. Das bedeutet für diese Blätter, die zum großen Teil von Arbeitslosen gelesen werden, eine schwere finanzielle Belastung.

Warum wurden diese Verbreitungsverbote verhängt?

Die niederösterreichischen Blätter wurden am 10. November, vor mehr als einem Monat also, konfisziert, und zwar vielfach der Beschlagnahme ein Artikel, der von der Feier des 12. November, des Staatsfeiertages, handelt. Auf Grund der Beschlagnahme wurde die Untersuchung eingeleitet. Am 7. Dezember wurde vom Landesgericht das Verfahren eingeleitet.

Damit wurde also bestätigt, daß die Konfiskation zu Unrecht erfolgt ist, auf Grund dieser zu Unrecht erfolgten Konfiskation wurde aber jetzt das Verbreitungsverbot über diese vier Blätter verhängt. Glauben Sie wirklich, daß die Konfiskation der wahre Grund für diese Maßnahme war?

Ich bin überzeugt, daß da ein anderer Grund, ein politischer Grund, vorliegt.

Der niederösterreichische Landtag ist beispielgebend vorangegangen, als es notwendig war, den braunen Faschismus, der die Unabhängigkeit und Freiheit der österreichischen Republik bedrohte und auch heute noch bedroht, mit verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen. Der niederösterreichische Landtag hat damals den Beweis geliefert, daß es gar nicht notwendig ist, die Verfassung außer Kraft zu setzen, wenn man den braunen Faschismus bekämpfen will. Diese beispielgebende Einhaltung der Verfassungsbestimmungen ist manchem nicht angenehm.

Abgeordneter Kaiser (chr.) stellt fest, daß in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Fürsorge etwas zu viel geschehen ist. Sie hat auch Kreise erfahrt, die es nicht so notwendig gehabt hätten.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird Kapitel III des Voranschlages einstimmig angenommen. Hierauf wird Kapitel „Landeskultur“ verhandelt. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß in diesem Kapitel die Aufwendungen für die landwirtschaftlichen Lehranstalten einen besonderen Raum einnehmen. Zu den bisherigen 13 Anstalten ist mit November dieses Jahres die neue Anstalt in Amstetten hinzugekommen. Das Gesamterfordernis des Kapitels Landeskultur ist 2.948.200 S, es macht 4 Prozent des Gesamterfordernisses aus. Die Bedingung beträgt 1.805.700 S, daher das Nettoerfordernis 1.142.500 S, um 628.000 S mehr als im Vorjahre.

Die Wechsellrede eröffnet

Abgeordneter Mentastl

(soz.-dem.), der zunächst die unzureichende Höhe der Beträge für das Veterinärwesen, für das Meliorationswesen, für die Fürsorge der landwirtschaftlichen Dienstboten und für die Unterstützungen bei Elementarschäden bemängelt. Über die Verwendung der Tierärzte und über das Feuerlöschwesen sollte dem Landtag einmal ein ausförender Bericht vorgelegt werden. Das Gesetz über die obligatorische Unfallversicherung in der Landwirtschaft hat sich wohlwendig ausgewirkt, doch wäre eine Verbesserung notwendig, weil die kleinen Grundbesitzer, die zu Beitragsleistungen herangezogen werden, von der Versicherung selbst ausgeschlossen sind. In diesem Zusammenhang wäre die alte Forderung der Sozialdemokraten nach der

Selbständigen-Versicherung in der Landwirtschaft

zu erneuern. Auch die sozialdemokratischen Anträge, für Elementar Katastrophen besser vorzuzufahren, harren noch der Erledigung. Der Redner beschäftigt sich dann sehr eingehend mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen und ruft in Erinnerung, daß schon im Vorjahre, als der Plan der Übergabe dieser Anstalten an die Landwirtschaftskammer auf tauchte, Ersparnisse in der Höhe von

200.000 S ins Auge gefaßt waren. Er hält eine Umorganisierung des landwirtschaftlichen Schulwesens für erforderlich und tut an Hand von Ziffern dar, daß das Verhältnis zwischen der Gesamtzahl der (739) und dem Aufwand für diese Schulen ungesund ist. Auf durchschnittlich 200 landwirtschaftliche Besitzer kommt nur ein Schüler. Sechs oder sieben Gemeinden bringen nur einen einzigen Schüler auf. Diese geringe Schülerzahl ist nicht auf Fernschulheit, sondern auf Geldschwierigkeiten zurückzuführen. Der Aufwand des Landes pro Kopf und Jahr beträgt im landwirtschaftlichen Schulwesen bei den verschiedenen Anstalten zwischen 367 und über 1000 S. Die teuerste Schule ist in Mitterbach, wo bei einer Zahl von 25 Schülern zu den 161.800 S Erfordernis ein Landeszuschuß von 26.800 S notwendig ist, so daß auf den Schüler im Jahr 1052 S entfallen. Das günstigste Verhältnis ist in Pyhra mit 398 S und in Kirchschlag mit 367 S. Wenn man dem gegenüberhält, daß der Aufwand des Landes in der Volksschule nur 140 S pro Kind und Jahr beträgt, ergibt sich von selbst, daß im landwirtschaftlichen Schulwesen einschneidende Veränderungen notwendig sind. Die Sozialdemokraten können diesbezüglich auf ihre alte Forderung nach Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes verweisen. In diesem Zusammenhang ist ein Wort über die landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in Mödling zu verlieren. Sie ist in mehr als einer Beziehung reformbedürftig. Sie hat namentlich keinen Wirtschaftsbetrieb, denn die Schüler müssen zum praktischen Unterricht nach Mündendorf gehen. In dieser Hinsicht wäre viel von den Schuleinrichtungen in Dänemark zu lernen, die für die dortigen Bauern so segensreich geworden sind.

Der Redner berichtet dann die in der Landwirtschaft herrschenden

Abgabeverhältnisse,

die sich in letzter Zeit grundlegend verändert haben. Während im Kriege die Zwangswirtschaft eingeführt wurde, weil zu wenig Lebensmittel da waren, ist heute das umgekehrte der Fall, man versucht der überproduktion durch Zwangsmaßnahmen Herr zu werden.

Man muß zu reglementieren versuchen, um eine Überschwemmung des Marktes zu verhindern. Dabei vergißt man ganz, daß die gesteigerte Produktion im Inland unterzubringen wäre, wenn die Kaufkraft der Konsumenten mit der Produktion Schritt gehalten hätte. Wer die Landwirtschaft fördern will, muß daher die Forderung nach Arbeitsbeschaffung erheben.

Es ließe sich statistisch nachweisen, wie stark der Verbrauch an Lebensmitteln zurückgegangen ist. Wir Sozialdemokraten haben schon seinerzeit auf diese Gefahren aufmerksam gemacht und haben darauf verwiesen, daß man der Landwirtschaft nur durch Planwirtschaft helfen kann. Weil man sich aber auf den Standpunkt der Freizügigkeit stellte, waren alle unsere Vorschläge vergebens. Wie die Verhältnisse liegen, geht aus der Mitteilung des Ministers Stodinger hervor, der 6000 Gesuche von Gewerbeanmeldungen abgewiesen hat, Anmeldungen, welche von Arbeitslosen und Ausgesteuerten stammen.

Die am 8. November dieses Jahres erschiene Verordnung über die Schweinemast und Schweinehaltung bringt neuerdings einschneidende Einschränkungen für viele kleine Existenzen.

Die Verordnung besagt, daß niemand, der nicht die entsprechende Futtermittelbasis hat, mehr als zwei Schweine mästen und halten dürfe. Pächter werden auch bei Vorhandensein der Futtermittelbasis nur dann berücksichtigt werden, wenn sie nicht Teilpächter sind. Nach den Richtlinien der Landwirtschaftskammer zu dieser Verordnung muß jeder, der mehr als zwei Schweine züchten will, über eine Zustimmung des Ministeriums nach einem Gutachten der Kammer verfügen. Auch die Bezirksbauernkammern haben im eigenen Wirkungsbereich Richtlinien herausgegeben, denen zufolge auch solche Leute, welche die Landwirtschaft als Nebenberuf betreiben, wie Eisenbahner usw., nicht mehr als zwei Schweine halten dürfen. Nach einer Äußerung des Herrn Landeshauptmannes und Präsidenten der Landwirtschaftskammer werden davon Ausnahmen nur in ganz berücksichtigungswerten Fällen gemacht werden. Diese Verordnung besagt sehr viele Härten für diejenigen, die seit vielen Jahren nebenberuflich die Schweinezucht betreiben, um alljährlich zwei bis drei Schweine zu verkaufen und sich dadurch ihre traurige Lage zu erleichtern. Sie werden in Zukunft davon ausgeschlossen sein, schon deswegen, weil die Verordnung noch eine Reihe anderer unerfüllbarer Bedingungen enthält. Ich erachte die Aufrechterhaltung dieser Forderung für ungesund und verweise auf meinen Antrag, der den Landeshauptmann auffordert, bei der Bundesregierung eine Novellierung durchzusetzen. Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als der Auftrieb von ausländischen Schweinen laut den Marktberichten noch immer sehr groß ist.

Auf dem Gebiet der Milchwirtschaft liegen die Absatzverhältnisse ebenfalls ungünstig. Die Mehrerzeugung aus Niederösterreich allein beträgt täglich 40.000 bis 50.000 Liter. Aus Österreich werden täglich 120.000 bis 150.000 Liter zu viel geliefert. Dieser Überschuss wirkt sich besonders in den Alpenländern aus, wo man namentlich nicht weiß, was man mit dem vielen Käse und der vielen Butter anfangen soll. Die Milchhändler und Produzenten unterbieten einander trotz der gesetzlich eingeführten Mindestpreise. Was sich im Zwischenhandel da abspielt, entzieht sich der Kenntnis des Publikums. Die Situation ist durch die Ausfuhrbeschränkungen nach Deutschland sehr verschärft worden. Für Butter allein ist sie von 200 auf 50 Waggon zurückgegangen.

Österreich ist also ungefähr dort angelangt, wo das Ausland schon früher gewesen ist, als wir gelesen haben, daß viele Schiffsladungen Baumwolle ins Meer versenkt oder daß Kaffee zu Bricketts gemacht wurde, obwohl auf der Erde Millionen von Menschen hungern und Hungers sterben. In unserem kleinen Land gehen wir nun jetzt denselben Verhältnissen entgegen.

Auf der einen Seite Einschränkung der Milch- und der Schweineproduktion und auf der anderen Seite Tausende von Menschen, die kaum Krant und Kartoffeln haben.

Wir müssen auch heute wieder die Forderung nach einer

Durchgreifenden Bodenreform

erheben. Gerade die Großgrundbesitzer, die Förderer des Antifaschismus, haben die größten Steuerrückstände. Von den 164 Fideikommissgütern befinden sich 115 in Händen von Österreichern, die übrigen gehören Ausländern. 900.000 S ist uns der ausländische Großgrundbesitzer von Mitterau an Steuern schuldig.

Es ist ganz unverständlich, warum man die Fideikommissgüter noch immer schont, insbesondere jene Güter, die Ausländern gehören, wie das Gut Mitterau, das dem italienischen Grafen Montecuccoli gehört. Vor einem Jahr hat der niederösterreichische Landtag einstimmig beschlossen, dieses Fideikommiss aufzuheben. Bis heute ist aber die Sache nicht vorwärtsgesgangen. Ein großer Teil des Gutes ist verpachtet, 300 Pächter hängen mit ihrer Existenz an diesem Gute und erwarten, daß endlich dieses Fideikommiss aufgehoben wird. Am 31. Dezember dieses Jahres läuft übrigens das Pächterfuhrgesetz ab, tausende bäuerliche Existenzen hängen in der Luft, wenn das Gesetz nicht verlängert wird.

Der Landtag muß auch heuer wieder seine Stimme für den bedrängten Pächter erheben. (Beifall.)

Abgeordneter Scharmiker (chr.) bedauert, daß die Sparmaßnahmen des Landes auch beim Kapitel IV nicht haltgemacht haben.

Eine treffende Antwort an das „Neue Wiener Journal“.

Abgeordneter Johann Fischer (chr.) bespricht die Not der Gebirgsbauern, die namentlich infolge des Kataitropenjahres 1931 in Schulden geraten sind. Meine gestrigen Ausführungen, fährt der Redner fort, haben in der Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Ein Blatt wollte mir die Berechtigung absprechen, im Namen der Bauern zu reden. Ich bin aber selbst Bauer und halte mich für durchaus befugt, die Wünsche der Bauern auszusprechen. Wir Bauern lassen uns unter gar keinen Umständen in unsere Unternehmungen etwas hineinreden.

In Deutschland haben wir gesehen, daß das faschistische und diktatorische System sich auch in die wirtschaftlichen Betriebe einmischt. Wir Bauern wollen, damit wir bestehen können, auch in der Politik etwas zu reden haben und deshalb sind und bleiben wir Demokraten.

(Lauter Beifall im ganzen Hause.)

Wir lassen uns von keinem ausländischen Juden führen und wenn der Jude Lippowitz daherkommt und meint, er könne die Länderparlamente zerbrechen, so wird er bei uns Bauern auf Granit stoßen. Das will ich diesem Zeitungsjuden gesagt haben. (Neuerlicher allgemeiner Beifall.)

Abgeordneter Widmayer

(soz.-dem.): Die Schweine-Notverordnung der Regierung trifft nicht nur die Bauern hart, sie trifft auch die Landarbeiter. Wir haben in Niederösterreich in den landwirtschaftlichen Großbetrieben 20.000 Landarbeiterfamilien beschäftigt. Der Landarbeiter bezieht einen sehr kleinen Reallohn, der andere Teil des Lohnes besteht in Deputaten; unter anderem darf der Landarbeiter sich Schweine halten. Durch die Fütterung von Schweinen verdient er ein paar Schilling, die er für Kleider, Schuhe usw. braucht. Die Notverordnung der Regierung schränkt nun diese Möglichkeit sehr ein und bringt auf diese Weise den Landarbeiter um einen Teil seines Lohnes.

Die Wahrheit über das Rothschild-Geschenk.

Ich möchte bei diesem Kapitel auch über eine Angelegenheit sprechen, die vor einigen Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt hat. In den Zeitungen und im Radio hat man von einer großzügigen Schenkung des Herrn Rothschild an den Bund vernommen. Rothschild besitzt 45.000 Gektar Gründe. Der allergrößte Teil, 90 Prozent, ist Forstbesitz. Von diesem Besitz hat Rothschild 14.000 Gektar dem Bund geschenkt. Das wurde als ein großer Erfolg der Bundesregierung ausposaunt. Es wurde davon gesprochen, daß dort tausende neue Existenzen durch Ansiedlungen geschaffen werden können.

Wie schaut es mit dieser Schenkung in Wirklichkeit aus?

Da müssen wir zunächst einmal nachforschen, wie Rothschild zu diesem Besitz gekommen ist. Die Familie Rothschild hat im Laufe der Jahrzehnte Hundert von Bauernstellen aufgekauft, wofür die Bauern auf dem kümmerlichen Boden nicht weiterwirtschaften konnten. Wie soll man da jetzt Menschen ansiedeln, wo doch schon eingesehene Bauern nicht weiterkommen? Mit der Siedlungsmöglichkeit ist es also in diesem Gebiet nichts. Das Gebiet ist für Ausflügler und Sommerfrischler sehr schön, aber jeder Fachmann weiß, daß dieses Gebiet keinen Nutzen abwirft. Das Holz kann aus diesem Forst nicht weggebracht werden, weil keine Straßen und Wege vorhanden sind. Die Bringungskosten sind weit höher als die Holzpreise selbst. Dieses Gebiet hat einen jährlichen Zuwachs von 18.000 Festmeter Holz, die geschlagen werden können. Das bedeutet eine Einnahme im Höchstfalle von 270.000 S. Rothschild hat aber für dieses Gebiet allein 300.000 S an Steuern und Abgaben zahlen müssen. Er hat also mehr Steuern bezahlt, als er bei einer vollständigen Schlägerung des jährlichen Zuwachses verdient hat. Rothschild hat durch die Schenkung sein Budget entlastet, während das Budget der Bundesforste damit belastet wurde. Anlässlich eines Lohnkonfliktes vor neun Jahren wurde von einem Komitee die Ertragsfähigkeit des Rothschild'schen Grundbesitzes festgestellt; dabei stellte es sich heraus, daß die Betriebsabgänge gerade von den zwei Revieren Gaming und Groß-Sollentstein herrühren, die jetzt Rothschild dem Bund geschenkt hat.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wird der Vorschlag dieses Kapitels genehmigt. Abgeordneter Klieber leitet dann die Verhandlungen über das Kapitel V, „Unterrichtswesen“ ein. Das Gesamterfordernis beträgt 26.287.700 S, die Bedeckung macht nur 8500 S aus.

In der Wechselseite befaßt sich Abgeordneter Lewatschek (soz.) mit der Neueinrichtung der Probelehrer. Der Grund für diese Einführung war nicht so sehr die finanzielle Notlage des Landes, als der Wunsch, der Junglehrerschaft Beschäftigung zu geben. Dann spricht

Abgeordneter Hein

(soz.-dem.): Es ist nicht uninteressant, daß wir in Niederösterreich das größte Schulwesen im ganzen Bundesgebiet haben, sowohl in der Schülerzahl, als auch, was die Anzahl der Klassen anlangt. Wir zählen in Niederösterreich 206.000 Schüler in 2247 Klassen. Die Bundeshauptstadt Wien zum Beispiel hat bloß 145.000 Schüler in 2288 Klassen. Wien hat also um 61.000 Schüler weniger, aber um 41 Klassen mehr. Diese Ziffer beweist uns, daß in Niederösterreich ruhig von einem Lehrermangel gesprochen werden kann.

Der Herr Landeshauptmann hat gestern eine Anfrage von uns über die Beschäftigung von Probelehrern beantwortet. Die Antwort entspricht wohl in ihrem Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen, aber sie entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Mehrzahl der Probelehrer wird, wenn auch nicht immer ständig, so doch fallweise zur unentgeltlichen Erstellung des Unterrichtes herangezogen. Was die Schulbehörde auch gesetzlich gedeckt sein, moralisch ist sie nicht gedeckt. Mancher Ortschulrat sucht sich im eigenen Wirkungskreis zu helfen und gewährt den Probelehrern eine kleine Unterstützung. Das ist aber doch ein unerträglicher Zustand, dem wir durch die Anstellung von Hilfslehrern ein Ende machen müssen. Ich habe schon im Finanzausschuß einen Antrag auf Anstellung von Hilfslehrern eingebracht und ich erlaube, daß sich auch der Landtag diesem Antrag anschließt. Die Hilfslehrer sollen als Sprengellehrer angestellt werden, damit sie die entsprechende Stundenanzahl zusammenbekommen. Während auf dem Gebiet des Schulwesens in allen Kapiteln, die den lebendigen Unterricht betreffen, gespart wird und im Vorschlag bedeutende Abstriche gemacht wurden, sind die Kanzleierfordernisse der Bezirkschulräte und des Landeschulrates gestiegen. Für gedrucktes Papier wird mehr ausgegeben als für den Unterricht.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß es jetzt höchste Zeit ist, daß dem Lehrermangel in Niederösterreich durch die Anstellung von Hilfslehrern abgeholfen und die Schülerdichte in den Klassen herabgesetzt werde. (Beifall.) Dann spricht

Abgeordneter Paupill

(soz.-dem.): Für das gewerbliche Fortbildungswesen sind in dem Vorschlag 150.000 S ausgewiesen. Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß das Land Niederösterreich nicht gewillt ist, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Das Land ist nämlich verpflichtet, 50 Prozent des un-

gedeckten Erfordernisses beizusteuern, während die anderen 50 Prozent von den Gewerbetreibenden aufzubringen sind. Seit Jahren ist das Land mit seinen Beiträgen im Rückstand. Das einzige, was zu begreifen ist, daß das Gebäude der aufgelassenen Taubstummenanstalt in Wiener Neustadt dem Fortbildungsschulrat übergeben wurde, damit er dort eine Lehrwerkstätte einrichtet. Die Drofflungen, die auf dem Gebiet des gewerblichen Fortbildungswesens gemacht werden, sind sehr bedauerlich, da doch diese Institution sehr ausgebaut ist und es sich hier um unsere Jugend handelt, die nach dem Verlassen der Elementarschule die Möglichkeit hat, sich weiter fortzubilden.

Der Berichterstatter Abgeordneter Klieber empfiehlt in seinem Schlußwort, die in der Debatte eingebrachten Resolutionsanträge zur Innehaltung, beziehungsweise Zurückweisung an die Landesregierung. Das Kapitel V und die Resolutionsanträge werden sodann angenommen.

In der Landtagsitzung am Freitag, den 15. Dezember, gelangte zunächst das Kapitel VI, „Straßen“, zur Verhandlung. Berichterstatter Abgeordneter Klieber hob die starke Drofflung dieses Kapitels hervor. Das Kapitel weist ein Erfordernis von 3.055.800 S (etwas mehr als 4 Prozent des Gesamterfordernisses) auf. Da die Bedeckung 380.400 S beträgt, ist das Nettoerfordernis 2.675.400 S. Beim Aufwand für die Bezirksstraßen ist ein Mindererfordernis von 1,8 Millionen eingesetzt, die Beiträge zur Bedeckung von Elementarschulen sind um 50.000 S niedriger, die Straßentrafikation um 100.000 S geringer veranschlagt. Das Minus beim Personalaufwand für das Straßenpersonal beträgt 742.000 S. Als Beitrag zum Verwaltungsaufwand notleidender Bezirke sind 150.000 S vorgesehen.

In der Wechselseite spricht zunächst

Abgeordneter Püchler

(soz.-dem.): Wie es in dem Vorschlag heißt, mußte das Erfordernis für Straßenausbau mit Rücksicht auf den bedeutenden Einnahmefall des Landes im Jahre 1934 eine starke Drofflung erfahren. Der Vorschlag sagt dann weiter, daß diese Maßnahme sich deshalb verantworten läßt, weil von der Landesregierung verbindende Zusagen gemacht wurden, daß aus Bundesmitteln für den Ausbau und der Instandhaltung der autonomen Straßen der entsprechende Betrag zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen hoffen, daß diese Zusage auch eingehalten wird, denn sonst könnte es passieren, daß unsere Straßen verfallen.

Der Bund hat seinerzeit erklärt, daß er für die aus der staatlichen Verwaltung in die Obhut des Landes übergegangenen Straßen jährlich einen Betrag von 150.000 S flüssig machen wird, damit das Land diese Straßen erhalten könne. Trotz mehrmaligen Betreibungen hat aber der Bund die Überweisung dieses Betrages in den Jahren 1931, 1932 und 1933 unterlassen. Wir wollen nur hoffen, daß die oben erwähnten Zusagen des Bundes, bei denen es sich um weit höhere Beträge handelt, besser eingehalten werden.

Der Herr Landeshauptmann ist ja auch Straßensekretär des Landes und ich möchte ihn ersuchen, daß er bei der Bundesregierung darauf dränge, daß die versprochenen Mittel auch rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, damit mit den Erhaltungsarbeiten und dem Ausbau der Straßen gleich zu Anfang der Bauzeit begonnen werden kann. Heuer sind wir auf vielen Straßen mit den Arbeiten zu spät in den Herbst hineingekommen. Künftighin sollen die Bezirksstraßenämter für die Personallasten zur Gänze selbst aufkommen. Das entspricht wohl dem Gesetz, bedeutet aber doch eine starke Belastung für die Bezirksstraßenämter. Wenn sie diese Belastung schon auf sich nehmen müssen, dann soll auch das Land wenigstens seine gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen und für den Sachaufwand aufkommen, den das Land zu bestreiten hat. Die Frage der Krankenversicherung der Straßenaufwärtter und Straßenschlichter bedarf dringend einer Regelung. Das

Dienstverhältnis jener Straßenaufwärtter,

die bei der Übergabe einiger Straßen in die Bundesverwaltung vom Bund übernommen wurden, ist auch noch nicht geregelt; diese Leute müssen noch immer als Tagelöhner arbeiten. Das Land sollte sich dafür einsetzen, daß das Dienst- und Arbeitsverhältnis dieser Leute endgültig festgesetzt wird. Die Christlichsozialen Partei beruft sich jetzt gern auf das päpstliche Rundschreiben Quadragesimo anno. Wir sind mit diesem einverstanden, was in diesem Rundschreiben über die Arbeiterfrage steht, wir möchten nur, daß Sie sich auch stets, wenn es um das Koalitionsrecht der Arbeiter geht, das schon Papst Leo XIII. anerkannt hat, und auch in allen anderen Arbeiterfragen tatsächlich an dieses Rundschreiben halten (Beifall).

Die Bauern gegen den Faschismus.

Abgeordneter Mascho (chr.-soz.): Wir sind im Waldviertel, was das Straßewesen anlangt, tiefmützlich bedacht. Wir verstehen schon, daß Projekte, welche Millionen kosten, bei den knappen Mitteln nicht im Handumdrehen durchgeführt werden können.

Wenn unser Landeshauptmann bei irgendeiner Führertagung in der letzten Zeit deswegen angegriffen wurde, weil er sich gegen den Faschismus ausgesprochen hat, so sage ich folgendes: Unser Landeshauptmann Reither ist in Niederösterreich nicht nur der Führer der Bauern, sondern der Führer des ganzen christlichen Volkes im Lande, das einmütig hinter ihm steht. Wenn heute hier in diesem Hause über die Berufsständische Ordnung auch von der linken Seite gesprochen wurde, so freute es mich. Es freute mich, daß der Herr Landes Püchler zur Erkenntnis gelangt ist, daß Quadragesimo anno die einzige Rettung bedeutet, um aus den Zuständen, die uns der Kapitalismus bescherte,

herauszukommen. Mussolini sagt selbst, der Faschismus sei keine Exportware. Das ist richtig. Man kann aus Italien Orangen und Zitronen ausführen, aber nicht den Faschismus. (Sehr richtig!) Wir brauchen in Österreich einen kräftigen, stämmigen Baum, von dessen Früchten sich alle Stände ernähren können, und das ist die berufständische Ordnung, wie sie unser heiliger Vater empfiehlt.

Das päpstliche Rundschreiben steht auch im Gegensatz zum Faschismus, denn dieser und der Katholizismus sind nicht ein und dasselbe.

Abgeordneter Ernst (christ.-soz.) tritt für die Behebung der Verkehrsbeschwerden in der künftigen Welt ein.

Abgeordneter Püchler (christ.-soz.) verweist auf die tiefgehenden Veränderungen im Verkehrsleben, die vom Überhandnehmen des Automobils begleitet sind. Da der Verkehr von den Eisenbahnen wieder auf die Straßen rückverlegt wird, ist ihr entsprechender Ausbau ungemein dringend. Das heutige Straßenbudget wirkt depressierend. Sorge macht es mir, daß die Straßenausgaben nicht mehr die fünfzigprozentigen Beiträge zum Personalaufwand erhalten. Sie werden infolgedessen keinen Straßenschotter mehr kaufen können und die Straßen werden sich noch weiter verschlechtern. Der Verkehr steigt und die Pflege der Straßen sinkt. Gewiß wird im Vorschlag bei allen Kapiteln gespart, aber vielleicht wäre es doch noch möglich, weitere Beiträge für die Straßen aufzubringen. Die Landesregierung ist bei der Einteilung der rückständigen Steuern dem kleinen Besitzer gegenüber nicht gerade tolerant.

Dennoch machen die Rückstände mehrere Millionen Schilling aus, weil gewisse Herren einfach nicht zahlen wollen. Es scheint, daß diese Herren die Zahlung hinauszögern, weil sie auf eine Regimeänderung warten, die sie von der Zahlungspflicht enthebt.

Damit nicht wieder ein Blatt schreibt, es sei nur ein einzelner Bauer, der für die Demokratie ist, bekenne ich, auch ich bin gegen den Faschismus, weil ich genau weiß, daß es auf den Höhen der Menschheit Leute gibt, die nach dem Grundsatz leben: Was braucht ein Bauer einen Hut, für so einen dummen Kerl ist eine Zipfelhaube gut.

Ich habe an diesem Kapitel wohlwollende Kritik geübt, weil ich weiß, daß ein guter Wille vorhanden ist.

Abgeordneter Kaiser (christ.-soz.) stellt den Antrag, den Ausbau der Straße Ramekberg-Nabensheim über Brombühl in die Wege zu leiten. Abgeordneter Fischer (christ.-soz.) stellt sich für die Vereinfachung von Mitteln ein, um die für den Fremdenverkehr höchst wichtige Straße Reinfeld a. d. G.—Singerin—Bayerbach neuzeitlich ausbauen zu können.

Abgeordneter Klieber stellt im Schlußwort fest, daß es erquicklich ist, daß im Laufe der Debatte auch wohlwollende Worte für die Förderung des Fremdenverkehrs gesprochen und die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs hervorgehoben wurde.

Der Vorschlag des Kapitels „Straßen“ wird einstimmig genehmigt.

Eine Erklärung des Präsidenten.

Präsident Alois Fischer gibt dann folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages und insbesondere Herr Landesrat Schneidmahl haben bei mir Beschwerde darüber geführt, daß in der heutigen Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Landesrat Schneidmahl in der gestrigen Sitzung des Landtages über das Verbreitungsverbot verschiedener niederösterreichischer Zeitungen konfiszieren wurden. Der Wortlaut der konfiszieren Stellen ist mir nicht bekannt. Insofern dieselben jedoch nur wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in der öffentlichen Sitzung des Landtages enthalten haben sollten, stelle ich fest, daß die Konfiszierung solcher nur wahrheitsgetreuer Berichte über die Landtagsverhandlungen enthaltender Stellen nicht im Sinne der gesetzlichen Vorschriften gelegen wäre, weshalb ich die Angelegenheit bei den zuständigen Stellen weiter verfolgen werde.

Sodann gelangt das Kapitel VII, „Wasserbauten“, zur Verhandlung. Der Berichterstatter bemerkt, daß auch bei diesem Kapitel das Erfordernis stark gedroffelt werden mußte. Das Erfordernis beträgt 970.800 S, das sind 1,3 Prozent des Gesamterfordernisses. Dieses Kapitel wird ohne Debatte angenommen.

Die restlichen Kapitel werden nun rasch ohne jegliche Wechselseite verabschiedet.

Als Nachtrag zum Kapitel V, „Unterrichtswesen“, gelangt ein Resolutionsantrag des Abgeordneten Hein (soz.-dem.), in welchem die Landesregierung aufgefordert wird, im Sinne des Abganges eine Anzahl von Hilfslehrern einzustellen, zur Annahme. Der Antrag wird der Landesregierung zugewiesen.

Die Vorschläge des Landesjugendamtes (Erfordernis und gleiche Bedeckungssumme von 1.294.300 S), des Landesarmenfonds (Erfordernis und gleiche Bedeckungssumme von 1.494.500 S), des Landeshaushalts (Erfordernis 23.642.500 S mit gleicher Bedeckung), des Landeslehrerpenfionsfonds (Erfordernis und gleiche Bedeckungssumme 12.195.500 S) werden gleichfalls ohne Wechselseite genehmigt. Der Vorschlag wird sodann als Ganzes angenommen.

Herausgeber, Eigentümer, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Josef Seidlmaier, Redakteur, Wien I, Wallnerstraße 6 A. — Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ A. G., Wien V, Nechte Wienzeile 97.

Unterm Verbreitungsverbot

Die Regierung hat unser Blatt, die „Eisenwurz“, unter „Verbreitungsverbot“ gestellt. Vom 14. Dezember 1933 bis 13. März 1934, also auf die Dauer von drei Monaten, ist der Verkauf des Blattes in Trafiken oder durch Koloraturen verboten. Die Zeitung kann den Abonnenten lediglich durch die Post zugestellt werden. Sobald uns das Verbreitungsverbot zur Kenntnis kam, haben wir sofort alle Vorkehrungen getroffen, um das Blatt unseren Lesern rechtzeitig zuzustellen. Wenn es diesmal auch noch nicht überall geklappt haben sollte, so bitten wir das zu entschuldigen; wir werden jedenfalls schon diese Woche die Umstellung des ganzen Apparates so vollzogen haben, daß eine klägliche Zustellung der Zeitung erfolgen kann.

Warum das Verbreitungsverbot über unser Blatt verhängt wurde, wissen wir nicht. Es ist uns vom Bundeskanzleramt, das solche Verbote verfügt, auch keine Mitteilung zugegangen. Wir werden den Grund wahrscheinlich auch nie erfahren, es sei denn, wir wären neugierig genug, darnach zu fragen. Aber wir sind gar nicht neugierig darauf! Es interessiert uns nicht, warum wir verboten wurden.

Wir und unsere Leser haben also damit zu rechnen, daß wir jetzt in einer Art „kleinem Ausnahmestadium“ erscheinen. Das legt beiderseitige Pflichten auf. Jeder Teil muß seinen Pflichten treu und gewissenhaft nachkommen. Wir wollen den Weg, den uns unsere Pflicht auferlegt, nämlich: die Interessen der unteren Massen kräftig zu wahren, konsequent und unbeirrt weitergehen, komme, was da wolle. Wir haben bei der Gründung des Blattes vor Jahren ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Sache der Arbeiterklasse und zum Sozialismus abgelegt und glauben, mit Stolz sagen zu können, daß in dieser Beziehung kein Makel an uns haftet. Diese Treue zur Idee bleibt unerschütterlich. Und gerade jetzt, wo alles „sozialistische“ verpönt und bedroht ist — jetzt wird sich erst recht zeigen, daß nur der Mut und die Stärke zum Kampf befähigt ist; für Kleinmütige und Weichen. Kurzum für alles, was sich feige und verächtlich duckt, ist jetzt kein Platz. Wir werden also weiter den Kampf führen, so wie wir es bis jetzt getan haben und gewohnt waren.

Und unsere Leser? Sie werden dem Blatte jetzt erst recht die Treue bewahren und unerschütterlich zu ihm stehen. Treue um Treue! Die Gegner sollen nicht triumphieren. Das einzige Sprechrohr, das die Arbeiterklasse des Wahlkreises besitzt, darf und wird nicht verloren gehen. Wir müssen durchhalten, auch wenn uns das Verbreitungsverbot finanzielle Opfer auferlegt, die uns jetzt gewiß nicht leicht fallen. Wir haben früher ähnliche Zeiten erlebt. Im Ausnahmestadium waren Konfiskationen und Zeitungsverbote tägliche Erscheinungen. Je mehr aber unsere Presse verfolgt wurde, um so mehr wuchsen Opfermut und Beharrlichkeit. Ahnen wir den Vätern einer ruhmvollen Vergangenheit nach und zeigen wir, daß die heutige Generation die gleichen Tugenden besitzt, die zur Überwindung aller Ausnahmestadien geführt haben.

Vor allem muß unsere erste Antwort auf das Verbreitungsverbot

die Gewinnung tausend neuer Leser

für die „Eisenwurz“ sein. Unser Blatt, das jetzt schon die größte Auflage aller im Wahlkreis erscheinenden Blätter hat, muß die meistgelesene Zeitung werden. In jede Wohnung des Arbeiters, Angestellten, Kleinwerbetreibenden und Kleinbauern muß die „Eisenwurz“ hinein und die arbeitereifrigen Mütter hinaus. Die ganze Parteimitgliedschaft muß sich in den Dienst der Werbung stellen, bei jeder Zusammenkunft muß die erste Frage sein: „Bist du schon Leser der „Eisenwurz“? Wenn du es nicht bist, dann fülle den Abonnamentzettel ein aus, die Zeitung wird dir dann laufend mit der Post zugestellt. Unsere Vertrauensmänner und Koloraturen erteilen bereitwilligst Auskünfte und nehmen Anmeldungen von neuen Abonnenten entgegen.

Spendet aber auch für den Truchfonds.

den wir während des Verbreitungsverbotes schaffen wollen, damit wir die finanziellen Opfer, die uns die Situation auferlegt, leichter tragen können. Jede, auch die kleinste Gabe, ist willkommen.

Am Ende des Verbreitungsverbotes müssen wir, wenn alles zusammenfällt, stärker dastehen als vorher. Und es wird wieder einmal das Dichterwort wahr werden: „Ihr hemmt uns, aber ihr bezwingt uns nicht!“

Bischofskonferenz und „Ybbstal-Zeitung“.

Wie sehr der Beschluß der Bischofskonferenz, daß sich die Geistlichen aus dem politischen Leben zurückziehen sollen, den Herren im schwarzen Talar wider den Strich geht, zeigt ein Artikel in der „Ybbstal-Zeitung“, der die Verwunderung und den Groll kaum verwinden kann. Natürlich hat der im Verbrechen und Entstellen „vielschwerdender“ Schreiber bereits herausgefunden, daß für den Beschluß der Bischöfe die Erkenntnis maßgebend war, daß

der Parlamentarismus in seiner bisherigen Form der Vergangenheit angehört und nicht mehr aufzusehen wird.

Wie verlogen diese Argumentation ist, beweist schon die Tatsache, daß nicht nur jene Geistlichen zurücklegen sollen, die im Nationalrat und den Landtagen gesessen sind, sondern auch jene, die in den Gemeinden und Bezirksvertretungen tätig sind, also Körperschaften, die erstens auch dann bestehen werden, wenn der „bisherige“ Parlamentarismus verschwinden sollte, die überhaupt nur der lokalen Verwaltung dienen und, wie beispielsweise der Fürsorgeamt, mit Politik gar nichts mehr zu tun haben.

Nein, fingerfertiges Vaterlein! Deine Lesart ist falsch! Die Bischöfe haben diesen Beschluß gefaßt, weil sie erkennen, daß die politische Betätigung der geistlichen Herren der Kirche nur Schaden bringt. Würden sich die Geistlichen nur mit Religion beschäftigen — wie es sich auch gehört —, das Verhältnis zwischen Kirche und Volk wäre ein ganz anderes. Und die Stellung der Kirche zum Volk würde weiter gewinnen, wenn die streitbaren Geistlichen auch aus den christlich-sozialen Redaktionsstuben verschwinden.

Die Voralpenstraße.

In einem Aufruf wendet sich das Aktionskomitee zur Förderung des Baues der Voralpenstraße an die Bevölkerung, indem nochmals auf die Bedeutung und Dringlichkeit dieses Baues vom verkehrstechnischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt hingewiesen wird. In der Tat würde dieser Straßenbau viele wichtige Gemeinden durch unmittelbare Verbindung mit den großen Verkehrsstrahlen aus ihrem „Dornröschenschlaf“ reizen, auch der Fremdenverkehr in eines der schönsten Gebiete Österreichs würde dadurch mächtig gefördert. Mehrere hundert Arbeitslose könnten auf viele Monate hinaus Beschäftigung finden, was angesichts der trostlosen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ein wahrer Segen wäre. Vom Ybbstal über Steyr — Gmunden gibt es viele tausende Arbeitslose, die seit Jahren auf Arbeit warten und keine bekommen können. Dieser Straßenbau würde wieder einiges Leben in unser Gebiet hineindringen, daher müssen alle öffentlichen Faktoren zusammenwirken, um der Realisierung dieses Projektes zum Siege zu verhelfen.

Saisonarbeit und Arbeitslosenunterstützung.

Die Arbeitslosenämter haben seinerzeit zur Gleisneulage auf der Westbahnstrecke St. Peter in der Au Arbeiter aus den verschiedensten Ortschaften zugewiesen. Wer eine Arbeit zugewiesen bekommt, kann sie bekanntlich nur dann ablehnen, wenn er nachweist, daß er zu derselben nicht geeignet ist, ansonsten verliert er die Unterstützung. Aber es bedarf ja gar nicht erst eines besonderen Nachdruckes auf Arbeitslose, eine Arbeit zu übernehmen, denn jeder ist froh, wenn er wieder eine Beschäftigung hat. Daß ihm eine solche Beschäftigung nachträglich schweren Schaden bringt, daß er die Arbeitslosenunterstützung wochenlang nicht erhält, wenn er wieder arbeitslos geworden ist — damit rechnete allerdings keiner.

Folgender Fall — es ist kein Einzelfall — sei hier erwähnt. Ein Arbeiter aus Gr... wurde bei der Gleisneulage in St. Peter beschäftigt. Sein Parverdienst betrug in der Woche durchschnittlich 30 Schilling. Er ist Familienerhalter und hat für vier Köpfe zu sorgen. Da die Entfernung des Arbeitsplatzes von seiner Wohnung rund 80 Bahnkilometer beträgt, mußte er sich in der Nähe des Arbeitsplatzes ein Quartier mieten; er führte also mit seiner Familie einen doppelten Haushalt. Man kann sich danach vorstellen, wie die vier Menschen während dieser Zeit lebten. Wer aber be-

schreibt das Erlaunen des Arbeiters, als er nach Beendigung des Baues beim Arbeitslosenamt erschien, um sich wieder arbeitslos zu melden und ihm der Schalterbeamte mitteilte, daß er als „Saisonarbeiter erst nach Ablauf von fünf Wochen wieder Anspruch auf Unterstützung habe“. Verzweiflung erfaßte den Menschen, der sich jah ins Glend, ins Nichts gestürzt sah; er konnte den Sinn der Worte zunächst gar nicht fassen und begriff erst allmählich, als man ihm die „notverordneten“ Bestimmungen über die Behandlung der Saisonarbeiter klarmachte.

Der Mann ist also buchstäblich dafür bestraft, daß er „Arbeit genommen“ und seine Familie fünf Wochen dafür zu sitzen haben. Betrachtet man den Fall von der materiellen Seite her, so besteht kein Zweifel, daß er geschädigt ist; er wäre sicherlich nicht schlechter gefahren, wenn er zu Hause geblieben wäre und die Unterstützung weiter bezogen hätte. Wir glauben aber, daß die rein mechanische Anwendung der Bestimmungen über den Unterstützungsanspruch der Saisonarbeiter schon deshalb falsch ist, weil dieser Fall doch etwas anders liegt, als andere Fälle von Saisonarbeit. Der Gesetzgeber hat doch offenbar angenommen, daß es dem Saisonarbeiter während der saisonweisen Beschäftigung möglich ist, Ersparnisse „zurückzulegen“, daß er so viel verdient, daß er einige Zeit davon zu leben vermag. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber um eine Arbeit von nur einigen Wochen, also nicht um eine „saisonmäßige“ Beschäftigung; außerdem war der Lohn so hundsmiserabel und der Arbeiter ohnehin gezwungen, einen doppelten Haushalt zu führen, daß er unmöglich Ersparnisse machen konnte. Wir möchten den Lebenskünstler sehen, der unter solchen Umständen etwas „erübrigen“ kann! Um so verwunderlicher ist dieser Fall und all die anderen ähnlichen. Nicht einmal das Existenzminimum verdienen — und trotzdem noch eine Hungerfrist von fünf Wochen! — Mit solchen Methoden wird man dem Arbeiter das Bewußtsein, daß er im „Autoritätsstaat“ ein gleichberechtigtes Mitglied ist, nie und nimmer beibringen...

Der neue Vaugin.

Das rasche Advancement des Bundesbahnpräsidenten Vaugin — er ist Vizepräsident der Phönix-Versicherung und Präsident der Sirtenberger Patronenfabrik geworden — löst in Kreisen der Christlichsozialen immer mehr Unbehagen aus. So schreibt die „Salzburger Chronik“: „Da er kürzlich auch in den Verwaltungsrat der Phönix und anderer Gesellschaften gewählt wurde, wäre ein Bremsstoß in dieser Richtung sehr am Platze. Wer selbst in zahlreichen, wohl dotierten Unternehmen sitzt, kann vom Volke trotz schwerer Zeit keine Opfer verlangen...“ Ganz richtig! Ob aber die Kritik Herrn Vaugin genieren wird? Wir bezweifeln es! Nächsten wird er den Eisenbahnern ja doch wieder von den schweren Zeiten erzählen und von ihnen Opfer verlangen.

Bezirk Amstetten

Amstetten. Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden! So tönt es in den Tagen des Weihnachtsfestes allerorts. Bei der Heimwehr aber nicht. Was ein echter Faschist ist, dem wird auch das Weihnachtsfest zum Anlaß einer kriegerischen Maschade. Vergangenen Sonntag hatte der Heimgang in Amstetten eine Weihnachtsfeier, an der auch Kinder teilnahmen. Bößlich stiegen Heimwehrler mit Karabinern besetzt, die sie von der Gendarmerie geholt hatten, die Stiege zum Gimmeraal hinauf. Wahrscheinlich wurden diese „Friedensinstrumente“ zu „lebenden Wildern“ benötigt, die die Heimwehr stellte. — So sieht ihr Friedensfest aus! Ohne Mordwerkzeug keinen Schritt. Wo aber bleibt das Christentum, auf das sich diese Serchäften bei jeder Gelegenheit berufen? — Eine andere Weihnachtsfeier veranstalteten die Kriegsinvaliden, bei der Pfarrer Dorrer eine Rede hielt, mit der jeder einverstanden sein konnte. Kein Wort über Politik, rein menschlich schilderte er die Bedeutung des Festes. Die Veranstalter sollten bei der Bezirkshauptmannschaft im Konzept alles vorlegen, was gesungen und geredet wurde; da das unmöglich war, erwidern während der Veranstaltung ein Gendarm, der sich alles anhörte, aber keinen Grund zum Einschreiten fand. Frage: War bei der Feier der Heimwehr auch ein Gendarm und fand er keinen Anlaß zum Einschreiten? Oder sind Gewehre etwa ein Mittel, den von der Regierung „verordneten“ Weihnachtsfrieden zu fördern?

Amstetten. Eislaufplatz. Der Arbeiterturnverein hat seinen Eislaufplatz in der Breinbachertrasse eröffnet. Er ladet alle Freunde des Eisportes herzlich ein. Die Preise sind in einem mäßigen Rahmen gehalten und können in bezug auf das fabelhafte Eis direkt billig genannt werden. Kinder zahlen 15 Groschen, Arbeitslose 20 Groschen, Erwachsene 40 Groschen. Saisonkarten für Kinder 3 S, für Erwachsene 5 S 50, und für Arbeitslose 4 S.

Amstetten. Weihnachtsfeier. Der Verein „Freie Schulkinderfreunde“ veranstaltet am Montag, den 25. Dezember seine Weihnachtsfeier, die heuer mit einem bunt zusammengestellten Programm aufwartet. Der Verein hofft, daß die Veranstaltung, die nur auf Vereinsmitglieder beschränkt ist, gut besucht wird. Nach der offiziellen Feier Weihnachtsbescherung.

Amstetten. Die Noten Falken werben. Die Noten Falken haben für sich die Zeit gekommen, zu werben. Der Erfolg ist gewiß. In treuer Gemeinschaft werden sie ihre Horsttage verbringen. Eine Bitte haben sie aber an Dich. Du Arbeiterfrau, du Mutter! Du sollst ihnen auch dein Kind schicken!

Amstetten. Winterhilfe und wachsende Not. Diese Woche hat die Gemeinde mit der Brennmaterialausgabe begonnen. Es gelangen 70 Tonnen Kohle und 170 Raummeter Holz zur Verteilung. Die im Genuß der normalen Unterstützung stehenden Arbeitslosen werden direkt von der Gemeinde beteiligt, alle übrigen (Notständler, Ausgesteuerte und sonstige bedürftige Personen) durch das Fürsorgeamt. Bei dieser Brennmaterialaktion konnte erstmalig in diesem Jahre die fortjährende Not in Amstetten festgestellt werden. Folgende Zahlen sollen dies veranschaulichen: Im Vorjahr gab es rund 400 Personen, die in die Winterhilfeaktion einbezogen waren; heuer sind es 550. Voriges Jahr hatten noch mehr als 200 die normale Arbeitslosenunterstützung, heuer nur mehr 120 Personen. Die Zahl der Ausgesteuerten ist von 35 auf 190 gestiegen, Notständler wurden 180 gezählt. Eine Bundesunterstützung hat Amstetten bis zum heutigen Tage noch nicht erhalten. Die privaten Sammlungen bleiben gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres weit zurück. Es stellt sich immer mehr und mehr heraus, daß die Durchführung der Winterhilfe unter dem Protektorat der Bundesregierung, der Hilfsaktion sehr geschadet hat, worunter natürlich die Bedürftigen am meisten zu leiden haben. Selbst Christlichsoziale geben zu, daß das ein Mißgriff war. Solange die Winterhilfeaktion unter der politisch neutralen Leitung der Gemeinde und des Fürsorgeamtes durchgeführt wurde, konnte sich die politische Spannung nicht so auswirken, wie das heuer leider der Fall ist. Daß die allgemeine Wirtschaftsnote noch ihren Teil dazu beigetragen hat, haben wir das letztmal bereits dargestellt.

Ulmerfeld. Wo bleibt die Pietät? Als vor Jahren ein katholischer Priester unbilligste Neben gegen Andersdenkende hielt und hierauf Hunderttausende aus der römischen Kirche austraten, trat auch Genosse Ludwig Luftentwerner aus dieser aus. Jahre vergingen. Nun wurde Genosse Luftentwerner in Böhlerwerk im schönsten Mannesalter vom Tode dahingerafft. Mittwoch, den 13. Dezember, wurde der Tote von dort nach Ulmerfeld übergeführt, um am Friedhof im Familiengrab die letzte Ruhestätte zu finden. Aber wieder war es ein unbilliger Priester und ein gehorsamer Bürgermeister, die dem Tote die Grabruhe verweigerten und veranlaßten, daß der Leichnam in einen Winkel des Friedhofes, der früher als Ablagerungstätte benützt wurde, verscharrt worden ist. Vergessens haben die Angehörigen ihr Recht und verlangen, daß auf Kosten des Pfarrers, wie auch des Bürgermeisters von Ulmerfeld, der Tote erhumert und im Familiengrab beigesetzt wird. Dieser Fall herikaler Unbilligkeit ist leider kein Einzelfall und zeigt klar und deutlich die Ursachen auf, die auf die Austrittsbewegung aus der römischen Kirche zurückzuführen ist. Die sittenlosen Sozialdemokraten kennen solche „Sitten“ nicht. Die fünf sozialdemokratischen Gemeinderäte Ulmerfelds, wie auch Bürgermeister Genosse Lechner aus Hausmenning, welche Anteil an dem Friedhof hat, werden sicher nichts unberührt lassen, um diesen traurigen Zwischenfall in menschlicher Weise rasch beizulegen.

Ulmerfeld. Gemeinderatsitzung. Sonntag, den 10. Dezember, fand in Reithauers Gasthof eine Gemeinderatsitzung statt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei waren hierzu vollständig erschienen. Der Vorschlag mit 8407 S Einnahmen, 8890 S Ausgaben wurde genehmigt, doch wurde die Gemeindefinanzlage mit 40 und nicht wie die Antragsteller wünschten, mit 59 Prozent, und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten festgelegt. Als Hundesteuer wurden für Haushunde 3 S, für Luxushunde 5 S festgelegt. Die Fleischbeschaugebühren blieben unverändert und betragen bis zu S 250 pro Stück. Ein Ansuchen um Aufnahme in den Heimgangsverband wurde genehmigt, ein Ansuchen des Herrn Wagner aus Reinfurt um einen Mietzinsbeitrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Wir hoffen, daß keiner jener Herren Bürgerlichen auch einmal in die Lage käme einen gleichen Antrag zu stellen, denn sie könnten nur auf die Stimmen der Noter rechnen. Das Bürgertum scheint kein Entgegenkommen zu kennen. Ein Antrag des Herrn Reithauer, die Gemeinde möge seinen rund 500 Schilling betragenden

Seefische, Karpfen, Wild, Geflügel, Obst, Südfrüchte bei Pircher, Amstetten

Anteil an der Wasserleitung schenkungsweise gegen Befreiung seines Sohnes vom Wasserleitungsbeitrag entgegennehmen, wurde, da zu uneigennützig (!) niedergestimmt. — Zu den letzten zwei Gemeinderatsitzungen wurde noch zu bemerken, daß in beiden die Ernennung des Herrn Bundeskanzlers Dollfuß zum Ehrenbürger von Ulmerfeld abgelehnt wurde.

Bez. Waidhofen a. Y.

Waidhofen an der Ybbs. Einer aus der alten Garde gestorben. Mit der sterbenden Industrie Waidhofens gehen nun auch ihre markantesten Figuren unter der Arbeiterjacke dahin. Karl Gottsbacher, ein alter Parteigänger und Gewerkschaftsveteran, ist im 83. Lebensjahr verschieden und seiner vor Jahren heimgegangenen Frau im Tode nachgefolgt. Gottsbacher, zuletzt in den „Wenigverdienenden“ beschäftigt, konnte nicht mehr in den Genuß der Altersfürsorge gelangen, da er schon 1925 ausgeteuert war. Not, Krankheit und, nach dem Tode der Frau, auch Einsamkeit, waren die letzten Wegbegleiter unseres Vorkämpfers, so daß er mit Recht oft verbittert sein konnte, er, der ein ganzes Lebensalter der Bewegung gab, die jetzt von allen Seiten niedergedrückt wird wie nie seinerzeit. Erschütternd war die Teilnahme der Alten an diesem letzten Weg. Man konnte das Gefühl nicht los werden: Hier geht mit den Menschen das Werden einer ganzen Industrie zugrunde.

Waidhofen an der Ybbs. Silvesterfeier in Waidhofen. Am 31. Dezember bereiten sich in Salsianerjoch, Ybböserstraße, heimliche Dinge vor. Aus dem Programm kann nicht alles Überraschende verraten werden. Nebst künstlerischer Gediegenheit — es wirken das Arbeiterfalconorchester, der Arbeitergesangverein mit —, kommt der Humor voll zur Geltung. Unter anderem hat „Seicherl“ mit seinem „unzerrennlichen Struppi“ sein Erscheinen und seine Überraschungen zugesagt. Näheres ersichtlich auf den Plakaten. Wer sich einige gemütliche Stunden zu Silvester sichern will, der wende sich rechtzeitig um Vorverkaufstarten und Sicherung eines guten Platzes an Herrn Weiß (Konjum) und die Funktionäre.

Waidhofen an der Ybbs. Dank der Kinderfreunde. Am 17. Dezember fand in Waidhofen die Weihnachtsfeier der Kinderfreunde statt. Das Programm, dem infolge der Zensur jede sozialistisch-künstlerische Note fehlte, war heiter und fand ein dankbares Publikum. Einen breiten Raum nahm das Kinderturnen ein. Von den Kleinsten auf der Schneebank bis zu den temperamentvollen Pferdübungen der Jungen, zeigte der Arbeiterturnverein sein Bestes; die beiden Reigen unter der harmonischen Mitwirkung der Schrammeln und Sänger ergaben ein buntes Bild. Die Rezitation der kleinen Traudl und das Zitherduett Ellmayer-Seidenbacher mit Anneli Puggruber als Sängerin, gefielen sehr gut. Eine Glanzleistung an stummer

Pantomime bot die humoristische Darstellung „Das Monument“, bei der sich jeder Teilnehmer nach Herzenslust auslachen konnte. Verdient machen sich die Mandolinisten, die sich einbruchsoll Gehör verschaffen konnten. Einleitend wie abschließend gab ein Gesangstisch der Feier den würdigen Rahmen. Zum Gelingen der Feier sei den fleißigen und uneigennütigen Helfern aus dem Arbeiterturnverein, den Kinderfreunden und allen anderen herzlich Dank gesagt. Besonderen Dank aber den Spendern von Geld und Gughupfen. Alle Hausfrauen, die solche heifließen, hätten sehen sollen, wie die Kleinen schmausten! Bestimmt würde sich dann jede vornehmen, das nächstemal wieder teilzuhaben an der „Gughupparade“ der Kinderfreunde.

Waidhofen an der Ybbs. Neuerliche Aussteuerungen. In der letzten Zeit regnete es wieder Aussteuerungen von der Notstandsunterstützung. Es traf da auch Leute von der Heimwehr und von den Nazis, die dieses Los zwar den Marxisten immer gönnten, es aber selbst nicht erwarteten. Fernsicht und niedergeschmettert verlassen sie die Stempelstelle. Sie konnten es nicht glauben: Den Klassenkampf der Arbeiter auszurotten zogen sie aus, und stellten sich dem Klassenkampf der Kapitalisten zur Verfügung. Sie erhoben das Schwert des Verates und schlugen sich selbst damit zu Boden. Es konnte nicht anders kommen. Das Los der Arbeiterjacke trifft letzten Endes doch alle Arbeiter. Man brauchte die Heimwehr und die Nazi, um die Macht der Arbeiter zu brechen. Hält man erst den Marxismus für tot, dann schleudert man die Soldner selbst ins Glend, wirft sie weg wie ausgepreßte Zitronen. Was die sich jetzt wohl denken können, wenn sie hören, daß die Zahl der Arbeitslosen neuerdings gesunken ist?

Böhlerwerk. Kinoprogramm der Weihnachtswoche. Am Samstag, den 23. Dezember, läuft ein sehr erster Film: „Der träumende Mund“. Er zeigt die Tragik im Eheleben, wie wir sie tausendfältig in der Welt sehen. Der feinerzeit gezeigte Lehrsatz „Liebe, wie die Frau sie braucht“ wurde von den rein gefühlsmäßig veranlagten Besuchern etwas zu trocken lehrhaft empfunden. „Der träumende Mund“ rollt eine Seite des gleichen Themas in künstlerischer, mitreißender, begeisternder Form auf und spricht dadurch um so klarer zum Gefühl. Am 25. und 26. Dezember (Christtag und Stephanitag), sehen wir ein sehr heiteres Lustspiel „Die Serren vom Maxim“. Das Stück ist schon ausgestattet und wird sicher ein Lacherfolg werden.

Zell an der Ybbs. Nachrückung. Infolge Ausbleibens der Genossen Vizbürgermeister Florian und Gemeinderat Bodak schickten die beiden Ersatzmännchen in die Gemeindestube in Zell ein, und zwar: Johann Stühl und Johann Draxler. Als Vizbürgermeister wird von seiten der sozialdemokratischen Fraktion der Fraktionsobmann, Genosse Karl Nuhbichler vorgeschlagen. Näherer Bericht über die Gemeinderatsitzung vom 15. Dezember folgt nach.

Windhag. Aus der Gemeindestube. In der Gemeinderatsitzung vom 3. Dezember wurde der Gemeindevoranschlag

für das Jahr 1934 erledigt, der schon in der vorigen Nummer besprochen wurde. Der Voranschlag liegt in der Gemeindefanzlei auf und kann jedermann in denselben Einsicht nehmen. Herr Bürgermeister Schamberger hat sich sogar bereit erklärt, den Voranschlag auf Wunsch den Interessierten im Detail zu erläutern. Es wurde eine Weihnachtsbeteiligung für die Mernotdürftigsten beschlossen und wurden in das Beteiligungskomitee Herr Vizbürgermeister Wagner und die Gemeinderäte Raifberger, Spreitzer und Spahn gewählt. Für die Weihnachtsaktionen der Schulen in Windhag, Zell und Böhlerwerk wurden nach dem Verhältnis der dort unterrichteten Windhager Kinder Spenden bewilligt.

Windhag. Von der Winterhilfe der Heimwehr. Die Regierung appellierte seinerzeit im Namen der Gerechtigkeit an alle Bevölkerungskreise, sich ganz in den Dienst der allgemeinen Winterhilfeaktion zu stellen und alle Sonderaktionen zu unterlassen. Dieser berechnete Wunsch der Regierung wurde in unserem Gebiet auch von allen Parteien erfüllt. Nur die Heimwehler konnten ihrem Egoismus nicht widerstehen und mußten eine Sonderaktion durchführen. Auf diese Weise wurden der Gesamtaktion Mittel entzogen, um damit einzelne doppelt betreiben zu können auf Kosten der anderen. (Parteiagitator geht vor dem Volkswohl!) In anderen Gebieten hat man solchem Unfug gesteuert, indem man die Heimwehr vor die Wahl stellte: entweder Mitarbeit bei der Gesamtaktion oder Ausscheidung der Sonderbetriebe. Würde dieser selbstverständlichen Vorgang auch bei uns angewendet, so könnte mancher arme Teufel mitbetrieben werden, der sonst nichts bekommt.

Opponitz. Weihnachtsfeier. Am Dienstag, den 26. Dezember, findet im Saale des Herrn Ritt in Opponitz eine Kinderweihnachtsfeier statt. Musik sowie eine Märchen-Schulfilmbildführung, eine Tausch- und Geschenke für unsere kleinen Gäste werden diesen sowie auch allen Begleitpersonen einen recht frohen Nachmittag bereiten. Die Eltern und Begleitpersonen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Wir laden auch die Bevölkerung von Opponitz zu dieser Feier herzlich ein. Die Weihnachts-geschenke für die Kinder sind zur freien Verfügung bis Dienstag, den 26. Dezember, ausgestellt.

Opponitz. Aus der Gemeindestube. Am 16. Dezember trat der Gemeinderat zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung wurde verlesen und gefertigt. Sodann gelangte die Weihnachtsaktion der Gemeinde für die Arbeitslosen-Kinder, Altersrentner und Ortsarmen zur Beratung. Der Bürgermeister verwies auf die große Zahl der zu Beteiligten und bemerkte, daß die Gemeinde heuer in großer finanzieller Bedrängnis steht, daß die Einnahmen ständig sinken und die Ertragsanteile immer spärlicher werden. Die Gemeinde sei daher gezwungen, die Unterstützungsfälle heuer herabzusetzen. Die sozialdemokratische Fraktion benützte diese Gelegenheit und zeigte durch ihre Wortführer klar und deutlich auf, daß das heutige

System in Österreich die Wirtschaft nicht so, wie man es im Radio täglich hören und in den ganz- und halbfachistischen Blättern lesen kann, hebt und daß es schon bedeutend besser wird, sondern daß mit jedem Tag und mit jeder weiteren Anlehnung an die sogenannten „autoritären Methoden“ der Zusammenbruch der Wirtschaft und somit auch der Gemeinden näherrückt. Nicht zu reden von den Klänen der Heimwehrfaschisten, die für ganz Österreich den völligen Ruin für den Fall ihrer Verwirklichung bedeuten würden. Die Redner führten an, daß für alle möglichen Experimente in Österreich Geld genug vorhanden ist, nur nicht für die Armeen der Armen. Für die zu sorgen überläßt man den Gemeinden. Woher aber eine kleine Gemeinde die Mittel nehmen soll, darum kümmert man sich nicht. Nach längerer Debatte bewilligte der Gemeinderat über Antrag der Sozialdemokraten für jedes Arbeitslosentkind 4 Schilling, für besonders bedürftige Altersrentner 6 Schilling und für Ortsarme 10 Schilling, was bei der großen Zahl der zu Beteiligten einen Betrag von 500 Schilling ergibt. Über den Beitrag der Gemeinde zur Winterhilfe wird in der nächsten Sitzung verhandelt. Herr Engelbert Klinerer wird in den Heimatverband aufgenommen. Die Festsetzung der Hundesteuer für 1934 erfolgt in der gleichen Höhe wie 1933, und zwar: 2, 4 und 8 Schilling. Ein Ansuchen der Frau M. Wurmbrand um Erweiterung ihrer Pensionskonzession wurde unter Hinweis auf die Gewerbesteuer abgelehnt. Der Demission des Gemeinderates Johann Hauenschild aus wirtschaftlichen Gründen wird zugestimmt. Zum erfolgten Ausbau des Krankenhauses Waidhofen ist ein Beitrag von 6 Groschen pro Kopf der Bevölkerung beizutragen. Das Ansuchen des Werkbesters C. Pfeiflinger um Herabsetzung der Arealsteuer wurde befürwortet. Unter Allgemeines wurde beschlossen, der Ortshebamme einen Mietzuschuß von 25 Schilling zu gewähren. Dieser Betrag wurde früher als Entschädigung für die vom Gemeindevorstand an die Hebamme abgetretene Wohnung an diesen bezahlt und wird jetzt direkt der Hebamme überwiesen. Dem Arzt werden die beiden Zimmer wieder zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden für die Hebamme zwölf Kammern Brennholz pro Jahr bewilligt. Um 17.30 Uhr schloß der Bürgermeister die arbeitsreiche Sitzung.

Allgemeiner Konsumverein „Pöchlarn-Neuda“ Verkaufsstellen in: Neuda — Wieselburg — Scheibbs — Kienberg — Langau — Lackenhof — Gresten — Ybbs Amstetten — Mauer — Blindenmarkt — Loosdorf Hans Hörmann Elektrotechniker und Radiohaus Waidhofen, Unterer Stadtplatz

Advertisement grid for Amstetten and Waidhofen a. d. Ybbs. Includes: Der große Weihnachtsverkauf hat begonnen! Modenhaus Otto Götzl, Amstetten, Wienerstraße 23. Various shop advertisements for clothing, shoes, food, and services. Includes: OTO EBERL, Julius Exel, Josef Appeltauer, Ferdinand Hartl, Leopold Berger, Schlesinger-Schuhe, Rudolf Geyrhofer, Ph. M. Franz Körner, Karl Kraus, Alex. Paulczynski, Elektrizitätswerk der Stadtgemeinde Amstetten, Joh. Schindler, Alois Boissl, Franz Bauer, Karl Kammerhuber, Anton Wurzer, Moritz Greger, Rudolf Geringer, Anton Klinger, Franz Keplinger, Rudolf Pöchlhuber, Josef Grün, Josef Bruckner, J. Kaltenböck, Elektrizitätswerke der Stadt Waidhofen a. d. Ybbs, Hans Mann, Ludwig Greller, Ernst Klackl, Hans Eblinger.

Das Recht der Arbeitslosen

EINE SEITE FÜR DIE, DIE STEMPeln UND HUNGERN

Weihnachtswunsch 1933.

Wir wünschen keine Subventionen für geldschwere Direktoren.
Wir wünschen Arbeit den Millionen, so klingt's dem Engel in die Ohren.

Wir wünschen keine Aktienscheine für Herren, die die Löhne senken.
Wir wünschen, Engel, nur das eine: Rauscht du uns endlich Arbeit schenken.

Wir wünschen keine Dividende für Aufsichtsräte, die sanft schlafen.
Schluß mit dem Feiern unserer Hände, Das ist der Wunsch der Hungerklaven.

Wir wünschen keine Zollansaren, Wir wünschen uns und dieser Erde,
Wir, die wir stets die Opfer waren, Daß uns das Recht auf Arbeit verdel
Mag Straßberg.

Na, Ostpreußen arbeitslosfrei!

Die Nazi haben versprochen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Kaum drei Monate nach der Machtergreifung wollten sie dies Kunststück zusammenbringen. Nun, jetzt geben sie es schon billiger und sie erklären, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit „Jahre“ dauern wird. Aber Göring ließ schon vor Monaten vom Kreis Ostpreußen — einem vorwiegend agrarischen Gebiet — melden, daß „Ostpreußen arbeitslosfrei“ sei. Wie wurde dies gemacht?

Die deutsche Demokratie hat die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Für die Dauer der ungewollten und unerschuldeten Arbeitslosigkeit bekam jeder deutsche Arbeitslose die Unterstützung. Es ist klar, daß dem aristokratischen Herrn Göring dies nicht paßte, und es war das einer der Gründe, weswegen die Demokratie den Nazi in Deutschland verhaßt war. Denn Unterstützung der Arbeitslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit: das bedeutet im Sprachgebrauch der Nazi „Saulenzerrückführung“!

Herr Göring ließ also in Ostpreußen folgendes durchführen: Die Arbeitslosen, die im Bezug der Unterstützung standen, mußten sich bei den Bauern schon im Juli um Arbeit melden. Die Bauern nahmen natürlich sehr gern die Arbeitskraft der Arbeitslosen an, denn sie mußten den Arbeitslosen nur die reine Verpflegung und drei Mark pro Woche zahlen. So billige Arbeitskräfte konnten sie jederzeit brauchen. Tatsächlich aber kam den Bauern die Einstellung der Arbeitslosen noch billiger zu stehen: denn den Betrag, den bisher die Arbeitslosen als Unterstützung erhalten hatten, bekamen nun entweder die Landgemeinden zur Verteilung an die Bauern oder die Bauern selbst. Da in Ostpreußen ziemlich viel Großgrundbesitz (Landskinder) ist, ist es auf diese Art vorgekommen,

daß ein einziger Junker 2000 Arbeitslose einstellte und dafür 26.000 Mark in der Woche erhielt: so viel hatten die Arbeitslosen früher an Unterstützung. An Zählung brauchte er für die auf seinem Gut verwendeten Arbeitslosen im ganzen 6000 Mark wöchentlich zahlen und das Militär stellte ihm sogar Feldküchen zur Verfügung, damit er selbstmäßig für die eingestellten Arbeitslosen kochen könne. Die Unterbringung erfolgte in Baracken. Es war, bilanzmäßig betrachtet, ein glänzendes Geschäft für den Gutsbesitzer, ihm blieb noch Geld übrig und außerdem hatte er umsonst die Arbeitskräfte, die für ihn 12 Stunden im Tage schuften mußten.

So sieht die Arbeitsbeschaffung im Dritten Reich aus! Die Arbeitslosen werden Lohnklaven und die großen Herren machen dabei gute Geschäfte. Versteht man nun, warum von einer derartigen „Arbeitsbeschaffung“ auch unsere großen Herrn sehr begeistert sind? Begreift man nun, daß die Worte „Ostpreußen arbeitslosfrei“ bedeuten, daß ganz Ostpreußen in ein großes Arbeitszucht haus verwandelt wurde?

Das Dritte Reich unterstützt nicht mehr die Arbeitslosen, sondern die Unternehmer, die zu Schund- und Schandbedingungen die ehemals Arbeitslosen als Arbeitsklaven übernimmt. Das ist Herr Görings Rezept.

Ist also Ostpreußen arbeitslosfrei? Ja! Denn die Arbeitslosen, die mit dieser Lösung nicht einverstanden waren, wanderten ins Konzentrationslager oder mußten bei Nacht und Wind Haus und Familie verlassen. Dafür aber zählt Ostpreußen — wie wenn es Mittelalter wäre — fast ebenso viele Arbeitsklaven als früher Arbeitslose waren. Und manch dummer Arbeiter, der den Versprechungen der Nazi früher glaubte, als er arbeitslos war, ist als freier Mensch den Nazi zugelaufen, hat mitgeholfen, sie in den Sattel zu heben und nun — reiten sie auf ihm, er selbst ist als Arbeitsklave das Reittier!

Die Bestimmungen für die jungen Arbeitslosen.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz kennt vielfach in der Frage der Anspruchsberechtigung Altersgrenzen. Nun ist ja klar, daß für alte Arbeitslose (solche, die über 50 Jahre alt sind) die Bestimmungen milder sein müssen als für die jungen Arbeitslosen, die doch noch leichter unterkommen können als die Alten. Wer als alter Arbeiter heute aus dem Betrieb fliegt, für den ist ja die Lage sehr fürchterlich, da er tatsächlich für sein ganzes Leben nicht mehr damit rechnen kann, wieder in einer Arbeitsstelle unterzukommen. Aber es ist ein Unterschied, ob man die alten Arbeitslosen „begünstigt“ oder ob man den Bezug für die jungen Arbeitslosen „erschwert“. Die Begünstigung der alten Arbeitslosen fordern wir selber, die Erschwerung des Bezuges durch die jungen Arbeitslosen aber steht damit in keinem Zusammenhang.

Arbeitslose unter 17 Jahren.

Nach § 10 b des Gesetzes gebührt Arbeitslosen, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die (ordentliche) Arbeitslosenunterstützung nur dann, wenn sie „mangels Angehöriger gezwungen sind, sich selbst zu erhalten“. Es trifft dies natürlich nur für einen verschwindenden Bruchteil der Arbeitslosen unter 17 Jahren zu (Waisen ohne irgendwelche Verwandte), so daß man ruhig sagen kann, daß eine Bezugsberechtigung nicht in Betracht kommt. Natürlich gilt das auch für die Notstandsaushilfe.

Die Bedürftigkeitsprüfung.

Der Anspruch auf Unterstützung hängt (erst) von der „Gefährdung des Lebensunterhaltes“ und (dann) von der „bestehenden Notlage“ ab. Da bei der Bedürftigkeitsprüfung immer auch ein Einkommen naher Angehöriger berücksichtigt wird und die Zahl der jungen Arbeitslosen, die gar keine nahen Angehörigen haben, gering ist, so wirkt sich die Bedürftigkeitsprüfung vor allem sehr streng bei den jungen Arbeitslosen aus. Dazu kommt noch, daß bei minderjährigen Arbeitslosen und bei Arbeitslosen unter 30 Jahren strengere Grundsätze und niedrigere Höchstbeträge gelten, so daß ein junger Arbeitsloser, in dessen Familie noch jemand verdient, schon von Glüd reden kann, wenn er bei der Bedürftigkeitsprüfung als „würdig“ befunden wird.

„Überwiegend“ versicherungspflichtig.

Neben einer bestimmten Bedürftigkeit muß aber auch durch eine gewisse Dauer ein Beschäftigungsverhältnis vorgelegen sein. So bekommt ein Arbeitsloser nur dann die (ordentliche) Unterstützung durch 30 Wochen, wenn er in den letzten 10 Jahren durch mindestens sieben Jahre gearbeitet hat. Wie ist dies bei der nun schon Jahre dauernden Krise für einen jungen Arbeiter möglich? Ein Zweiundzwanzigjähriger müßte, um die Unterstützung — wenn er glücklich die Bedürftigkeitsprüfung bestanden hat — durch 30 Wochen zu erhalten, seit seinem 15. Lebensjahr ununterbrochen gearbeitet haben, damit er sieben Jahre nachweisen kann!

Für die Notstandsaushilfe ist gar gefordert, daß der Arbeitslose „überwiegend“ versicherungspflichtig gearbeitet haben muß.

An die Arbeitslosen unter 25 Jahren!

Die am 23. Oktober 1933 stattgefundene Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer hat über Antrag des Kammermitgliedes Nationalrat Schlesinger (Wiener Neustadt) einstimmig — also auch mit den Stimmen der christlichen Kammermitglieder — folgende Resolution gefaßt: „Die Richtlinien des Bundesministeriums für soziale Verwaltung sehen vor, daß Arbeitslose unter 25 Jahren

die Notstandsaushilfe höchstens ein Jahr beziehen dürfen, doch waren im Vorjahr über diesen Termin Verlängerungen bis äußerstens 18. Juni 1933 zugestanden worden. Die Aussteuerung bedeutet aber für jene, die ganz allein stehen und auf sich selbst angewiesen sind, Hunger, Not und Elend.

Diesem unerträglichen Zustand kann nur vorgebeugt werden, wenn den Ausgesetzten unter 25 Jahren wenigstens über die Wintermonate

wieder die Notstandsaushilfe gegeben wird. Die Vollversammlung fordert daher das Bundesministerium für soziale Verwaltung auf, diese Ausgesetzten wieder in den Bezug der Notstandsaushilfe zu setzen.“

Nun stehen wir knapp vor Weihnachten und das Ministerium hat noch nichts unter-

nommen, obwohl diese Forderung der Arbeiterkammer einigemal deutlich dem Ministerium in Erinnerung gebracht wurde. Auf den Straßen der Städte stehen singend und bettelnd die jungen Menschen, zu tausenden ziehen sie durch die bereisten und durchfrosten Landstraßen: von Arbeit und Unterstützung ausgestoßen, ist ihnen die Straße als letzte Zuflucht geblieben. Winter 1933/34!

Die Höhe der Unterstützung.

Dadurch, daß die jungen Arbeitslosen meist auf den niederen Satz Anspruch haben — wenn sie überhaupt die Unterstützung bekommen —, sind die täglichen Unterstützungssätze sehr gering. Der höchstmögliche Unterstützungssatz beträgt S 1'80 (niederer Satz) und in diesem Fall ist für die zehnte Lohnklasse die Unterstützung nicht höher als für die achte Lohnklasse. Die jungen Arbeitslosen der neunten und zehnten Lohnklasse beziehen also, obwohl sie für diese Lohnklassen Beiträge zahlen, die Unterstützung der achten Lohnklasse!

Die Notstandsaushilfe.

Ganz besonders groß sind beim Bezug der Notstandsaushilfe die Ausnahmebestimmungen, die für die jungen Arbeitslosen gelten. Wie wir oben dargestellt haben, ist der Bezug der NA. an viele schwierige Voraussetzungen gebunden. Selbst wenn aber diese Voraussetzungen sämtlich zutreffen, dann richtet sich die Höhe und die Dauer der NA. nach ganz besonderen Bestimmungen.

Schon der Höchstfuß der NA. ist ja niedriger als die M. Aber selbst von diesem gekürzten Höchstfuß beträgt die NA. für junge Arbeitslose maximal 70 Prozent, in der Mehrzahl der Fälle bloß 50 Prozent und auch diese Sätze werden noch bis zur Hälfte gekürzt, wenn in der Familie des jungen Arbeitslosen ein Familienangehöriger ein ganz kleines Einkommen oder eine Unterstützung hat. Unterstützungssätze von dreißig Groschen täglich sind keine Seltenheiten, sondern überaus häufig, im Verhältnis zur geringen Zahl der unterstützten jungen Arbeitslosen überhaupt.

Die Dauer der Notstandsaushilfe.

Wohl am härtesten ist die Bestimmung, daß die Notstandsaushilfe für die jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren nach einer bestimmten Dauer abläuft, mögen auch alle anderen Voraussetzungen für den Bezug gegeben sein. Nur Familienerhalter unter 25 Jahren können die NA. fortlaufend für die Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten. Die „Richtlinien“ für den Bezug der Notstandsaushilfe, die das Sozialministerium aufgestellt hat, geben nur in großen Städten (A-Gebieten) den jungen Arbeitslosen die Unterstützung durch höchstens 82 Wochen, in den B- und C-Orten währt die Notstandsaushilfe höchstens 20 Wochen! Dabei gelten diese Bestimmungen auch für Arbeitslose, die auf sich selbst angewiesen sind. Unbarmherzig folgt nach Ablauf der Bezugsfrist die Aussteuerung, ohne Rücksicht darauf, ob Arbeitsaussicht vorhanden ist oder nicht...

Eine Seite für die Jungen.

Unsere heutige Seite behandelt vor allem Fragen des Arbeitslosenrechtes, die die jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren angehen. Gesetz und Praxis sind besonders für die jungen Arbeitslosen sehr streng.

Was hat die Reaktion mit der arbeitslosen jungen Generation vor? Wie nimmt sie zu den Lebensfragen der Jungen Stellung? Die heutige Praxis der Arbeitslosenversicherung gibt Antwort: Der Jugend droht durch die Aussteuerung und Verelendung die Gefahr, daß sie wirtschaftlich, finanziell, moralisch und politisch verkommt. Da hilft vor dieser Gefahr kein Butterbrot und kein Zuckerl, das man in einem ganz unzulänglichen Arbeitsdienst gewähren will.

Jugend will vor allem eins haben: Arbeit und Brot, Beteiligungsmöglichkeit als freier Mensch in freier Menschenwürde!

Als Zeichen der solidarischen Verbundenheit der gesamten Arbeiterklasse mit unseren Jungen, unserer Avantgarde, besprechen wir heute einige Fragen, die für die jungen Arbeitslosen wichtig sind.

Gebt die Mitteilungen aus dieser Seite bei den Stempelstellen, an den Wohnplätzen, in den Betrieben weiter: Laßt Junge zu Jungen sprechen.

Unfallrente und Unterstützung

Eine Unfallrente soll den Verletzten für die Körper- und Erwerbseinbuße entschädigen, die er erlitten hat. Sie ist ein vermögensmäßig erworbenes Recht. Es wäre daher recht und billig, wenn der Bezug einer Unfallrente auf die Arbeitslosenunterstützung gar keinen Einfluß hätte.

Dies ist nun leider nicht so. In der Arbeitslosenversicherung wird der Arbeitslose, der im Besitz einer Unfallrente ist, wie ein „vermögender“ Mensch behandelt und gilt als „Doppelverdiener“, dem man stracks das Arbeitslosenunterstützungseinkommen schmälern oder streichen muß. Wie man sieht, ist die „Doppelverdiener“ in Österreich bereits seit Jahren gesetzlich bekämpft — allerdings nur bei den Arbeitslosen...

§ 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erklärt: „Bezüge aus öffentlichen Mitteln, welche mindestens die Hälfte der dem Arbeitslosen zukommenden Unterstützung ausmachen, vermindern um die Hälfte ihres Betrages das Ausmaß der Unterstützung. Doch darf in keinem Falle die Unterstützung unter ein Drittel des gesetzlichen Ausmaßes sinken.“ In's Deutsche überetzt bedeutet dies: Ist die Unfallrente — die hier auf einmal als ein Bezug aus „öffentlichen“ Mitteln angesehen wird! — in ihrem Tagesbetrag halb so groß wie die tägliche Unterstützung, dann wird gekürzt. Und zwar nicht die Unfallrente, sondern die Unterstützung gekürzt. Die Unterstützung wird nun um den selben Betrag der Unfallrente gekürzt, doch darf sie keinesfalls unter ein Drittel des gesetzlichen Ausmaßes sinken.

Ein Beispiel: Die Arbeitslosenunterstützung eines Arbeitslosen würde täglich S 2'60 betragen. Da er eine Unfallrente von 60 S monatlich (also 2 S täglich) bezieht und diese Rente daher größer ist als die Hälfte der vollen Unterstützung, wird die Arbeitslosenunterstützung gekürzt. Um wieviel? Um die Hälfte des Rentenbetrages, also um 1 S täglich: der Arbeitslose erhält also statt S 2'60 bloß S 1'60.

Die Regel des § 3 gilt nur für die (ordentliche) Arbeitslosenunterstützung, nicht aber für die Notstandsaushilfe gilt meist folgender Grundlag: Es wird der ganze Betrag der Rente (nicht bloß der halbe) von der Notstandsaushilfe abgezogen, doch darf wieder keinesfalls die Unterstützung unter ein Drittel des in Betracht kommenden Satzes der Notstandsaushilfe sinken. Allerdings wird, wenn es sich um eine größere Rente handelt, manchmal überhaubt „eine besondere Notlage“ angenommen und dem Arbeitslosen die Notstandsaushilfe verweigert. Wenn aber gekürzt wird, dann darf die Kürzung der Notstandsaushilfe nicht mehr als zwei Drittel ausmachen: ein Drittel der Notstandsaushilfe muß dem Arbeitslosen unbedingt verbleiben.

Würde man je darangehen, den großen Doppel- und Spitzenbedienern zwei Drittel ihres Einkommens zu beschneiden? Die würden weh und ach schreien, obwohl ihnen noch immer mehr bliebe als zwanzig Arbeitslosen zusammen...

Wem gehört die Zukunft?

Der Jugend und dem Sozialismus!
Jugend und Sozialismus sind eins!

Der Landwirt

BAUERN UND ARBEITER GEHÖREN ZUSAMMEN



Einschränkung der Milcherzeugung?

Wie man hört, plant die Regierung eine Verordnung, durch welche die Milcherzeugung eingeschränkt werden soll. Diese Absicht wird damit begründet, daß ein Milchüberschuß bestehe, der nicht abgesetzt werden kann. Die Milch, die als Frischmilch bei der Butter- und Käseerzeugung Verwendung findet, diese Werkmilch nun hat einen bedeutend niedrigeren Preis als die Frischmilch. Es wird also durch das Überangebot von Milch der Milchpreis sehr gedrückt. Frischmilch wird wenig verkauft, die Werkmilch ist auch nicht gut absetzbar, weil die Butter- und Käseerzeugung ebenfalls unter großem Absatzmangel zu leiden hat. Wie groß dieser Absatzmangel ist, geht ja daraus hervor, daß die Arbeitslosen einen Teil ihrer Unterstützung in Käse bekommen sollen. Wir stehen also der Tatsache gegenüber, daß die frische Milch nur schwer verkauft werden kann und auch die wichtigsten Milchprodukte, Butter und Käse. Deshalb plant die Regierung, die Milcherzeugung einzuschränken, damit durch das Überangebot nicht der Preis für Frischmilch und für Werkmilch gedrückt wird.

Die Höhe des Milchpreises ist für die Mehrzahl der Bauern sehr wichtig. Viele Bauern haben im Milchverkauf ihre wichtigste Geldquelle. Es ist also wichtig, den Milchpreis zu halten.

Ist aber die Einschränkung der Milcherzeugung das richtige Mittel, den Milchpreis zu halten, ohne daß jemand davon einen Schaden hat?

Wir haben gesehen, daß durch die Verordnung über die Einschränkung der Schweinemast viele Kleinbauern schwer getroffen wurden. Es hat viele gegeben, die durch die Mast von ein paar Ferkeln mit zugekauften Futtermitteln sich einige Einnahmen verschafft haben. Durch die Einschränkung der Schweinemast ist ihnen diese Möglichkeit genommen worden. Ähnlich wäre es auch bei der Milch. Es gibt viele Bauern, die einige Kühe halten, um durch den Milchverkauf zu Bargeld zu kommen. Da sie selten über genug Grund verfügen, müssen sie Futtermittel zukaufen. Es wäre vom Standpunkt der Landwirtschaft aus sehr bedenklich, diesen Landwirten den Verkauf der Milch zu verbieten oder auch zu erschweren. Man muß also etwas anderes unternehmen, um den Milchpreis zu halten.

Was soll denn geschehen?

Zuerst müssen wir einmal feststellen, warum denn die Milch unverkauflich ist. Gibt's auf einmal so viel mehr Milch, daß sie nicht mehr abgesetzt werden kann? Nein, das ist nicht der Grund, warum sie unverkauflich ist. Das immer wachsende Glend und die große Not sind die Ursachen dafür, daß die Milch unverkauflich geworden ist. Viele Arbeitslose und Kurzarbeiter können ihren Kindern nicht mehr soviel Milch geben, wie der Körper verlangt. Dazu kommt, daß die infolge von Zöllen und Steuern so gestiegenen Zucker- und Kaffee-

preise den Kaffeegenuß für viele Zehntausende fast unerschwinglich gemacht haben. Gerade zum Kaffee ist aber sehr viel Milch verbraucht worden. Der Rückgang des Milchverbrauches ist für Wien allein mit 150.000 Litern pro Tag errechnet worden.

Wenn man die Absatzstockung der Milch bekämpfen will, kann man die Erzeugung einschränken. Das will die Regierung tun; man kann aber auch den Absatz verbessern, und das schlagen wir vor. Dazu ist vor allem einmal notwendig, die Kaffee- und Zuckerpreise zu senken. Dann wird wieder mehr Kaffee getrunken und dadurch mehr Milch verbraucht. Es ist aber auch notwendig, den Frischmilchpreis selbst zu verbilligen. Jede größere Verbilligung des Frischmilchpreises wird zu bedeutenden Absatzsteigerungen führen. Wir wissen schon, welche Bedeutung der Milchpreis für die Bauern hat. Wir können uns schon vorstellen, wie viele Bauern Angst bekommen, wenn von einer Senkung des Milchpreises die Rede ist. Ist diese Angst aber berechtigt? Nein, denn

eine Senkung des Frischmilchpreises bringt den Bauern ja gar keinen Schaden.

Seute ist es so, daß die Frischmilch wohl teurer ist, dafür aber nur wenig abgesetzt werden kann. Was nicht als Frischmilch verkauft wird, also der größte Teil aller Milch, wird zu einem bedeutend billigeren Preis zu Käse verarbeitet. Wenn man nun die Frischmilch billiger abgibt, so wird mehr davon verkauft und es muß weniger Milch zur Käseerzeugung verwendet werden.

Nachrechnen!

Der Bauer erleidet keinen Schaden, wie wir leicht zahlenmäßig beweisen können. Nehmen wir einen Bauern an, der täglich 10 Liter Milch verkauft. 4 Liter davon sind Frischmilch und erzielen einen Preis von 45 g, zusammen also für 4 Liter S 1'80. 6 Liter sind Werkmilch und dafür bekommt er 15 g für den Liter, zusammen also für 6 Liter 90 g. Für alle 10 Liter zusammen bekommt der Bauer S 2'70, das ergibt einen durchschnittlichen Literpreis von 27 g. Fällt nun der Frischmilchpreis sagen wir auf 40 g, dann wird der Bauer mehr, wir nehmen an, 6 Liter Frischmilch verkaufen. Für diese 6 Liter bekommt er, bei einem Literpreis von 40 g S 2'40. Es bleiben ihm nur mehr 4 Liter, die er als Werkmilch um 15 g verkaufen muß und wofür er 60 g bekommt. Der Gesamterlös beträgt also jetzt 3 S, das ergibt einen durchschnittlichen Literpreis von 30 g, also mehr als früher. Dasselbe Ergebnis kommt auch heraus, wenn nicht der einzelne Bauer, sondern eine Molkerei für viele Bauern die Milch verkauft. Die Bauern erleiden also durch die Verbilligung des Frischmilchpreises keinen Schaden und die Arbeitslosen können ihren Kindern doch ein Schälchen Milch kaufen.

Es ist also nicht notwendig, die Milcherzeugung einzuschränken, um die Krise zu bekämpfen. Wie wir gezeigt haben, gibt es auch noch einen anderen Weg; diesen Weg

kann man gehen, ohne daß die Kleinbauern fürchten müssen, daß sie keine Kühe mehr halten dürfen. Dieser Weg zeigt, wie die Arbeitslosen zu einem Tröpfchen Milch für ihre Kinder kommen, ohne daß die Bauern einen Schaden davon haben. Dieser Weg, den wir

vorschlagen, ist aber nur möglich, wenn die, die anzuschaffen haben, den guten Willen haben, wirklich zu helfen. Vielleicht geht's diesmal. Es kommt ja bald Weihnachten und damit auch der Friede für die, die eines guten Willens sind. b—

Oesterreichs Zuckerproduktion.

deren überraschende Entwicklung in den letzten zehn Jahren uns zeigt, daß man sich, bei dem nötigen Ernste, vielfach aus eigener Kraft helfen kann. Die Entwicklung der österreichischen Zuckerproduktion ist sowohl vom Produktionstechnischen

als wie auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet sehr lehrreich und — nachahmenswert. Zum besseren Verständnis der Frage seien einige notwendige Ziffern vorausgeschickt:

Jahr	Rübenerte in Meterzentnern	Eigenproduktion in Meterzentnern	%	Zuckereintrag in Meterzentnern	%	Jahreskopfgabe in Kilogramm
1919/20	742.000	52.100	6,2	786.080	93,8	13'75
1922/23	1.728.000	244.680	22	869.010	78	17'97
1923/24	2.418.000	472.500	31	1.025.935	68,5	22'93
1924/25	4.330.000	754.430	42,9	1.006.970	57	26'9
1925/26	4.800.000	800.000	40,5	1.180.990	59	30'32
1926/27	4.880.000	781.490	46	918.550	54	26'02
1927/28	6.725.000	1.100.000	53	970.760	47	30'02
1928/29	6.777.000	1.070.000	49	1.118.150	51	31'1
1929/30	6.912.000	1.203.910	52,7	1.082.500	47	33'9
1930/31	9.700.000	1.500.000	75	500.000	25	fehlt
1931/32	10.800.000	1.730.000	90	270.000	10	

Kaiser Aufstieg.

Um die wirklich respektable Leistung, die hier laut vorstehenden Zahlen vollbracht wurde, noch näher zu erklären, wollen wir einige Gegenüberstellungen in den Tabellenziffern vornehmen und deren Bedeutung aufzeigen: Im Jahre 1919/20 (Berichtsjahr) hatten wir eine Eigenproduktion an Zucker von nur 52.000 Meterzentner und eine Einfuhr von 786.080 Meterzentner, oder 93 Prozent des Konsumbedarfes, bei einer Jahreskopfgabe von 13 Kilogramm. Zehn Jahre später, 1931 bis 1932, hatten wir eine Eigenproduktion von 1.730.000 Meterzentner und nur mehr eine Einfuhr von 270.000 Meterzentner oder 10 Prozent des Gesamtbedarfes, mit anderen Worten, wir sind derzeit imstande, unseren Zuckerbedarf, wenn es sein müßte, zur Gänze selbst zu erzeugen (aus handelspolitischen Gründen geschieht dies aber nicht). Noch dazu ist die Verbrauchsquote für den Kopf der Bevölkerung von 13 Kilogramm im Jahre 1920/21 auf 42 Kilogramm für das Jahr 1932 gestiegen.

Die riesigen Vorteile dieser Entwicklung liegen auf der Hand. Wir wollen die wichtigsten davon hervorheben: Die Steigerung der Eigenproduktion um das etwa Zwanzigfache in der Menge, bringt, wenn man auch die „Arbeitskräfteersparung“ infolge Vervollkommnung und Modernisierung der Technik abrechnet, eine Verzehnfachung der Arbeitskräfte in Fabrik und auf dem Felde.

Die Steigerung der Kopfgabe auf das Dreifache beinhaltet einen erfreulichen Aufbau der Volksgesundheit und Ernährung, besonders für die Kinder.

Ein überragender volkswirtschaftlicher Vorteil dieser Entwicklung liegt aber in dem Entfall von fast neun Zehnteln der Einfuhr, ein Umstand, der einen

gewaltigen Aktivposten unserer Handelsbilanz darstellt.

Die mitlaufende

Erzeugung von Nebenprodukten.

insbesondere Melasse, Rübenschnittlinge usw., bedeutet einen wertvollen Zusatz zur Verbesserung unseres Futtermittelbedarfes erspart die Einfuhr von anderen Futtermitteln und ermöglicht vor allem eine mächtige Förderung der heimischen Viehmast und Milchproduktion, und bedeutet auch hierin wieder Einfuhrersparnisse an Fett, Fleisch und Molkereiprodukten, also neuerliche Besserung der österreichischen Handelsbilanz. Einige Worte noch über die Arbeiterfrage in dieser Sache. Hier gilt vor allem das Gebot, möglichst viele Zinlandarbeiter zur Rübenkulturarbeit einzustellen. Auch hierin ist von Jahr zu Jahr eine bedeutende Besserung zu bemerken.

Die Zahl der ausländischen Rübenarbeiter (hauptsächlich Slowaken) sinkt von Jahr zu Jahr.

Besonders die letzten drei Jahre beweisen diese Tatsache. Während im Jahre 1931 noch die Zahl der ausländischen Rübenarbeiter 15.493 betrug, ist sie im Jahre 1933, trotz einer bedeutenden Erhöhung der Rübenanbaufläche, also auch der Bedarfszahl an Rübenarbeitern, auf 8.700 gesunken, das heißt, sie hat sich fast auf die Hälfte verringert. Nach einem Urteil einer Sachkommission für diese Arbeitsfragen haben sich die inländischen Arbeitskräfte, insbesondere die aus dem Burgenland stammenden, bei der Rübenarbeit sehr gut bewährt und eingearbeitet. Das Bild der Gesamtentwicklung des österreichischen Zuckerrübenbaues und damit der Zuckerproduktion ist jedenfalls ein erfreuliches und vor allem — nachahmenswertes.

Marktberichte

Kindermarkt in St. Mary.

Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):
 Mastvieh Ochsen 1'30—1'52 1'10—1'28
 „ Stiere 1'10—1'15 1'05—1'09
 „ Kühe 1'05—1'10 1'00—1'04

Tendenz: Der Minderantrieb war gegenüber der Vorwoche um rund 100 Stück größer. Bei lebhaftem Marktverkehr wurden extrem und prima Ochsen um 2 bis 3 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht teurer verkauft; mittlere und mindere Ware sowie auch Kühe und Weidvieh notierten unbeeinträchtigt vorwöchentlich. Stiere verbilligten sich um 2 bis 3 Groschen pro Kilogramm.

Schweinemarkt in St. Mary.

Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):
 Fleischschweine lebend 1'40—1'46 1'30—1'39
 Ferkelschweine, lebend 1'39—1'45 1'36—1'38

Tendenz: Bei wechselndem Geschäftsgang erzielten Fleischschweine schwache Vorwochenpreise. Prima ungarische Herrschaftsschweine notierten vorwöchentlich, die übrigen Sorten Ferkelschweine waren um 2 bis 3 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht billiger.

Pferdemarkt in Wien.

V, Siebenbrunnensfeldgasse 3, beziehungsweise Kontumazanlage St. Morz.
 Pro Stück, beziehungsweise pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):
 Leichte Zugpferde 400,00—600,00
 Schwere Zugpferde 1000,00—1200,00
 Schlächterpferde (Höhlen) 0'80—0'95
 (Bankvieh) 0'44—0'60
 Wurfvieh 0'24—0'32

Stechviehmarkt in St. Mary.

Es notierten pro Kilogramm (in Schilling):
 Rälber, lebend 1'25—1'55
 ausgeweidet 1'50—2'10
 Lämmer, ausgeweidet, inländische 1'30—0'00
 Fleischschweine ausgeweidet 1'55—1'90
 Ferkelschweine, ausgeweidet 1'68—1'75
 Kühe, ausgeweidet 0'00—0'00

Tendenz: Bei anfangs lebhaftem Verkehr wurden lebende Rälber um 15 Groschen pro Kilogramm teurer gehandelt. Weidnerälber verteuerten sich in der mittleren und minderen Qualität um 10 Groschen, während prima Qualitäten feste Vorwochenpreise hielten. Weidnerfleisch sowie Weidnerferkelschweine notierten statt vorwöchentlich,

Zentral-Fischmarkt Wien.

Großhandelspreise pro Kilogramm (in Schilling):
 Karpfen, lebend, niederösterreichische 0'00—1'80
 Weißfische, lebend 0'00—0'00
 Forellen, lebend 10'00—11'00
 Gedönte, lebend 0'00—4'20

Preise in der Wiener Großmarkthalle (Alte Halle).

Im Großverkauf notierten pro Kilogramm (in Schilling):
 Rindfleisch, vorderes 1'70—2'35
 „ hinteres 2'00—2'50
 „ Braten 0'00—0'00
 „ Wurdfleisch 1'20—1'30
 Kalbfleisch 0'00—0'00
 Schweinefleisch, abgezogen 1'55—2'10
 „ Karree 0'00—0'00
 „ jung 1'70—2'10
 Speck 1'80—1'70
 Füll 1'80—2'00

Landwirtschaftliche Produktenbörse.

In- und ausländische Ware pro 100 Kilogramm in österreichischen Schillingen ab Wien, einschließlich Warenumsatzsteuer und Zoll.
Getreide:
 Weizen, Westbahn 35'50—36'00
 „ Wiener Boden 35'25—36'00
 „ Marchfelder 35'00—36'00
 „ Nordwestb. u. Fr.-Jof.-Bahn 34'50—35'00
 „ burgenländischer 35'25—35'75
 Roggen Marchfelder 21'00—21'75
 „ Wiener Boden 20'25—21'25
 „ burgenländischer 19'25—20'25
 „ sonstiger 18'75—21'00

Braugerste, prima 21'50—22'50
 Mittelqualität 19'00—21'00
 Futtergerste, inländische 0'00—0'00
 „ ausländische 13'75—14'25
 Mais 14'50—14'75
 Safer, inländischer 18'25—19'25

Mahlprodukte:
 Weizengrieß, inländischer 69'00—71'00
 Weizenmehl 6. gg. Spezial 69'00—71'00
 „ 0. g. Spezial 69'00—71'00
 „ Roggenmehl, 2er, inl. 60'00—64'00
 „ Weizenmehl, inl. 43'00—46'00
 Weizen-Futtermehl 7½ inl. 19'00—20'00
 „ 7½ ausl. 17'00—18'00
 „ 8er, inl. 14'00—15'00
 Roggenmehl I 35'00—36'00
 Schwarzwoggen 30'00—31'00
 Roggen-Futtermehl 15'00—15'50
 Weizenkleie, inländische 10'75—11'00
 Roggenkleie 10'75—11'00

Öl- und Hülsenfrüchte:
 Graumohn, inländischer, neu 115'00—118'00
 Bohnen, weiß inländische 0'00—0'00
 Kichererbsen, inländ. Vikt. 27'00—30'00

Knollen- und Wurzelfrüchte:
 Kartoffeln, Kipfler 14'50—15'00
 „ Zuli-Berle 13'50—14'00
 „ Früh-Kofen 9'50—10'00

Tendenz: Weizen hat normalen Absatz bei unbeeinträchtigten Preisen. Roggen ist ruhig und unbeeinträchtigt. Für Braugerste ist nur vereinzelt Kaufinteresse. Safer hat sich befestigt, Mais im Preise stark erhöht. Der Absatz in Feinmehlen hat sich lebhaft, Futtermehle liegen sehr fest, Kleien sind im Preise steigend.

So ist das Leben



Nachrichten aus Niederösterreich

Zwei Männer und eine Frau.

Eine Sache, die derart belittelt wird, kann unmöglich ganz gut ausgehen. Der eine Mann, ein Handelsangestellter — die Sache spielte sich in M u m a u ab —, war mit der Frau, um die sich handelt, verheiratet. Das war so weit in Ordnung. Aber der Ehegatte bemerkte, daß seine Frau zu einem anderen Manne, einem Mechaniker, in allzunähe Beziehungen geraten sei. So etwas kommt im Leben vor, ist aber für den zuständigen Gatten eine unerfreuliche Sache. Deshalb entschloß sich der Handelsangestellte, sich von seiner Frau scheiden zu lassen und führte den Entschluß auch aus. Aber den Mechaniker wollte der Handelsangestellte doch auch jetzt noch nicht in der Gesellschaft seiner Frau sehen. Weil er aber beide wiederholt zusammen sah, wurde er ärgerlich. Zwischen dem Handelsangestellten und dem Mechaniker entstand eine Feindschaft, die zu wiederholten merkwürdlichen Auseinandersetzungen führte.

Am 28. Oktober begegnete der Handelsangestellte den Mechaniker auf der Straße und rief diesem zu: „Bevor ich in der Tschekoslawakei fahre, schicke ich Sie über den Haufen.“ Der Mechaniker wartete die Fahrt des Handelsangestellten nach der Tschekoslawakei nicht ab, ging schnurstracks zur Gendarmerei und erstattete die Anzeige. Demzufolge hatte sich ein Schöffensrat des Kreisgerichtes Wiener Neustadt mit dem Fall zu befassen. Der Handelsangestellte meinte, er habe seine Worte gar nicht ernst gemeint. Der Mechaniker aber, befragt, ob er die Worte ernst aufgefaßt und ob er sich gefürchtet habe, sagte: „Zweifelhaft! Er hat ja schon einmal einen Hund gegen mich geheßt und ich traue mich gar nicht mehr auf die Straße.“ Der Verteidiger des Handelsangestellten sagte: „Hoher Senat! Daß ist doch keine gefährliche Drohung. Das sind nur die Worte des gehörnten Ehegatten.“ Der Handelsangestellte, nach seinem Kopfnicken zu schließen, schien mit der Argumentation seines Rechtsanwaltes einer Meinung zu sein. Nicht aber das Gericht, denn der Handelsangestellte wurde zu sechs Wochen Kerker verurteilt.

Er hatte sich selbst den Richter gemacht,

der 24jährige Bauernsohn Johann Schiller aus Wallendorf. Der Fall trug sich folgendermaßen zu: Im Hause seiner Eltern wurde wiederholt eingebrochen. Drei Wächter wurden vergiftet. Die ganze Familie befand sich wegen der steten Einbrüche und Diebstähle in einem Gefühl der Unsicherheit und im Zustand großer Aufregung. Der 39jährige Johann Schlemmer, wegen Einbruch und Diebstahl wiederholt vorbestraft, hatte im Hause Schiller dreimal eingebrochen. Im Oktober stand Johann Schlemmer vor einem Schöffensrat des Kreisgerichtes Korneuburg wegen der Einbruchsdiebstähle als Angeklagter. Der Senat hatte sich zur Beratung zurückgezogen, um über den Einbrecher ein Urteil zu fällen. Plötzlich sprang jemand blitzschnell aufs Podium und rief: „So, da hast du, daß du nicht mehr stehlen kannst.“ Drei Schüsse krachten — und der Angeklagte sank schwer verletzt zu Boden. Der Täter war der Bauernsohn Johann Schiller.

In der Vorwoche hatte sich nun Johann Schiller wegen der gegen ihn erhobenen Anklage der schweren körperlichen Beschädigung, Übertretung des Waffenspatents und wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit zu verantworten. Durch die drei Schüsse wurde Schlemmer schwer verletzt. Er mußte fünf Wochen im Krankenhaus zubringen. Zwei Kugeln stecken noch in seinem Körper, er ist nicht imstande, den Arm hochzuheben. Durch die Schüsse erschien auch die körperliche Sicherheit eines Justizwachebeamten gefährdet. Die Kugeln pfliffen hart an seinem Kopf vorbei, so daß sein Gesicht vom Pulver geschwärzt wurde. Schlemmer, der wegen der Einbrüche bei Schiller zu 18 Monaten Kerker verurteilt wurde, wurde aus der Haft zur Zeugnisaussage vorgeführt. Schiller gab seine Tat zu, mit der Begründung, daß seine Eltern und seine Schwester wegen der Diebstähle in ständiger Furcht lebten. Es habe im Hause keine ruhige Stunde gegeben. Er selbst sei maßlos aufgeregter gewesen. Nicht einmal heiraten konnte er, weil sich wegen der Unsicherheit seine Braut nicht ins Haus zu kommen wagte. Die Gemeinde stellte dem Angeklagten das beste Zeugnis aus. Johann Schiller wurde zu sechs Monaten Kerker verurteilt.

Das Geheimnis der „Kjöbenhavn“.

Nast fünf Jahre sind es her, daß das dänische Schulschiff „Kjöbenhavn“ der Ostasiatischer Kompagnie, auf dem sich mehr als 60 Seefadetten befanden hatten, spurlos verschwand. Das Schulschiff ging irgendwo im südlichen Teil des Atlantischen Ozeans verloren und trotz wiederholten Nachforschungsexpeditionen konnte bisher nicht das Geheimnis gelüftet werden, welches das Schicksal dieses Segelschiffes umgibt.

Letzte Meldung: „Es geht gut.“

Der Viermastler war zuletzt in Buenos Aires gewesen. Von dort sollte die Fahrt ums Kap der Guten Hoffnung aus dem Atlantischen Ozean in den Indischen Ozean führen. In den Dezembertagen des Jahres 1928 stand der Segler mit einem dänischen und einem norwegischen Dampfer durch drahtlose Telegraphie in Verbindung. Er meldete, daß es ihm gut gehe. Das waren die letzten Zeichen von dem Schulschiff.

Eine Nachforschungsexpedition.

Als mehrere Wochen verstrichen waren, ohne daß eine Nachricht von dem Schulschiff einlangte, wurde man unruhig. Die eingezogenen Erkundigungen ergaben bloß, daß die zwei erwähnten Dampfer zuletzt mit dem Schulschiff gesprochen hatten, das sich in südlicher Fahrt befunden hatte. Nun wurde eine Expedition ausgesandt. Der Kapitän des Expeditionsschiffes hatte den Auftrag, die Route, welche das Schulschiff um Afrika herum nach Australien einzuschlagen gehabt hätte, nachzufahren und unterwegs Erhebungen zu pflegen.

Was die Insulaner wissen.

Der dänische Kapitän kam auf dieser Fahrt auch nach der einsamen Insel Tristan de Cunha, dessen Bewohner nur durch ein- oder höchstens zweimal im Jahr anlaufende Dampfer Verbindung mit der übrigen Welt haben. Die Bewohner dieses Eilandes wuß-

ten zu erzählen, daß im Dezember 1928 schreckliche Stürme gewütet hatten und daß mitten im Sturm ein Viermastler wahrzunehmen war, der schwer gegen Wind und Wellen kämpfte. Wegen des hohen Wellenganges konnte dem Schiff nicht Hilfe gebracht werden. Am nächsten Tage habe das Meer Wrackstücke an die Küste geworfen. Der Kapitän stellte die weiteren Nachforschungen ein und fuhr nach Dänemark zurück.

Ein abenteuerlicher Plan.

Mit dem Bericht des Kapitäns gaben sich die Verwandten der Seefadetten des verschollenen Schulschiffes nicht zufrieden. Über ihr Drängen wurde eine zweite Expedition ausgerüstet und ausgesandt, doch sie hatte ebensowenig Erfolg. Hierauf taten sich die Angehörigen der verschollenen Seefadetten zu einer Vereinigung zusammen, um die Geldmittel für neue Nachforschungen aufzubringen, in der Annahme, daß einige der Insassen des Schulschiffes mit dem Leben davongekommen, sich auf irgendeiner entlegenen Insel gerettet hätten, wo sie auf Rettung warten. Die „Ostasiatische Kompagnie“ erklärte ihrerseits, denjenigen 150.000 Kronen zu geben, der zur Aufklärung des Geheimnisses, das das Schulschiff einhüllt, dienliche Angaben machen könnte.

Diese große Summe hat vier junge Norweger veranlaßt, Nachforschungen auf eigene Faust zu unternehmen. Zu diesem Zweck haben sie ein altes Lotsenboot erworben, es umgebaut und mit einem Rohölmotor versehen. Mit diesem Fahrzeug wollen sie eine Reise um die Welt ausführen und dabei alle Inseln im südlichen Atlantischen Ozean absuchen. Die Verwandten der Seefadetten setzen nun ihre ganze Hoffnung auf diese vier mutigen jungen Leute. Gute Fahrt dem modernen Wikingerschiff!

Die Verbrecher hatten einen Apparat bei sich, mit dessen Hilfe sie während der Blindierung den Polizeirundfunk überwachten, um festzustellen, ob Alarm geschlagen wurde.

Ein Polizeipräsident — verhaftet.

Der ganz ungewöhnliche Fall, daß der oberste Chef der Polizeibehörde einer Stadt wegen eines schweren Verbrechens verhaftet wurde, hat sich in Brüssel ereignet. Der Polizeipräsident hatte mit einem in den



Ruhestand besetzten höheren Polizeifunktionär eine große Benzintankstelle errichtet, wobei der Polizeipräsident, der natürlich als Geschäftsteilhaber anonym blieb, seinem Kompanion gegen eine hohe Provision Kunden zuführte. Die Kunden „beschaffte“ sich der Polizeipräsident auf ganz sonderbare Art. Man zeigte ununterbrochen Autofahrern an, daß sie zur Polizei und gab ihnen einen Wink, daß das Verfahren gegen sie eingestellt würde, wenn sie ihren Benzinbedarf bei dem aus dem Dienst ausgeschiedenen Beamten beziehen würden. Die Autobesitzer entsprachen natürlich prompt diesem „Wunsche“, worauf die Affäre spurlos verschwand. Außer dem Polizeipräsidenten und außer einigen anderen in die Affäre verwickelten Polizeifunktionären wurde auch der Benzinhändler und dessen zwei Söhne in Haft genommen.

Die Erbschaft nach einem Habsburger.

In Warschau sind die Behörden gegenwärtig mit der Berechnung der Erbschaftsteuer des kürzlich verstorbenen Erzbischofs Stephan von Habsburg in Sausch beschäftigt. Die Erbschaftsteuer allein dürfte zwei Millionen Zloty übersteigen. — Zwei Millionen Erbschaftsteuer, wie groß muß die Erbschaft sein!?

Das Neueste

Löwe stört beim Rasieren.

Im „Orpheum“ in Darmstadt kam es zu einem aufregenden Zwischenfall. In dem Varieté wurden Löwen vorgeführt; ein Darmstädter Friseur hatte angekündigt, er werde während des Löwendressuraktes einen Mann aus dem Publikum im Löwenkäfig rasieren, was auch geschah. Drei von den vier im Zwinger befindlichen Berberlöwen hielten auch in der gewohnten Weise auf ihrem Postament still. Dagegen stürzte sich der vierte Löwe in einem Augenblick, da ihm der Dompteur den Rücken zuwandte, auf den Rasierer, dem noch das Messer an der Kehle saß, und schlennderte den Mann mit einem Lakenhieb in die Gasse des Zwingers.

Der Dompteur konnte noch rechtzeitig dazwischentreten und Schlimmeres verhüten. Die Polizei verbot die Fortsetzung der Vorstellung. Das Umbringen ist oben in Deutschland der St. verboten. Unlautere Konkurrenz wird nicht geduldet.

Im Tanzlokal verbrannt.

In der Stadt Gampden im amerikanischen Unionsstaat Maine geriet ein Tanzpavillon in Brand, als dort gerade ein Dauertanzwettbewerb stattfand. Die meisten Tänzer und Tänzerinnen waren so ermüdet, daß sie die Ausgänge nicht rechtzeitig erreichen konnten, um ins Freie zu gelangen. Drei Personen fanden den Tod, zehn Personen wurden ernstlich verletzt. Der Pavillon wurde vollständig eingestürzt.

Lebertran heilt Wunden.

In der Wiener Biologischen Gesellschaft wurde über Untersuchungen berichtet, die sich damit beschäftigen, die günstige Wirkung von Ölen, Fetten und Metallverbindungen mit denselben auf die Zellatmung festzustellen. Dabei wurde für die Tatsache, daß Öl und Fette wundheilend wirken, eine neue Erklärung gefunden. Wie ein Assistent der Klinik Ranzi mitteilte, wurde in dieser Klinik seit einem Jahr mit einem Vitamin D haltigen Lebertran bei schlecht heilenden Wunden ausgezeichnete Erfolge erzielt. Darüber wird demnächst in der Gesellschaft der Ärzte ausführlich berichtet werden.

Bankräuber leisten Refordarbeit.

In Chicago überfielen sieben Banditen die Unity-Trust-Sparbank, überwältigten fünf Bankbeamte, verbanden ihnen die Augen, sprengten 335 Stahlfächer auf und entkamen mit einer reichen Beute an Schmuckstücken, Wertpapieren und Bargeld.

RÄTSELECKE

Lösung des Kreuzworträtsels Nr. 4.

Waagrecht: 1. Tier. 4. Monat. 7. Bunt. 11. Rum. 12. Va. 13. R. S. 15. Tor. 16. In. 17. Rege. 19. Bote. 20. Tu. 21. Eis. 23. Rimesse. 25. Fee. 26. Tage. 28. Till. 30. Wade. 31. Oft. 32. Naiv. 34. Rebe. 36. Azur. 38. Gut. 40. Untreue. 43. Tal. 45. El. 46. Ende. 47. Agil. 48. De. 49. Neu. 51. Ge. 53. Et. 54. Ren. 55. Trog. 56. Namen. 57. Herd.

Kreuzworträtsel Nr. 5.

1	K	2	A	3	N	4	T	5	I	6	N	7	R	8	I	9	N	10	N	11	S	12	L
13	A	B	O	14	D	15	O	16	N	17	E	18	R	19	N	20	A	21	R	22	A	23	R
24	B	25	E	26	T	27	E	28	T	29	A	30	G	31	E	32	M	33	U	34	E	35	D
36	E	37	R	38	H	39	M	40	E	41	H	42	E	43	H	44	A	45	S	46	E	47	20
48	L	49	B	50	E	51	I	52	N	53	T	54	S	55	O	56	L	57	30	58	N	59	20
60	L	61	L	62	I	63	A	64	N	65	E	66	N	67	G	68	E	69	R	70	A	71	D
72	K	73	S	74	T	75	E	76	R	77	V	78	A	79	A	80	R	81	E	82	G	83	20
84	4	39	R	40	E	41	N	42	M	43	A	44	L	45	Z	46	I	47	M	48	E	49	20
50	T	51	U	52	E	53	R	54	P	55	A	56	R	57	I	58	S	59	A	60	H	61	O
62	E	63	T	64	E	65	H	66	O	67	E	68	R	69	N	70	E	71	R	72	E	73	O
74	R	75	E	76	N	77	T	78	I	79	E	80	R	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90

Waagrecht: 1. Soldatenschenke. 7. Ablaufgraben. 13. Stadt in Finnland. 14. Wetter. 16. Papagei. 17. Ruhelager. 19. Stodwerk. 20. Matt, erschöpft. 21. Persönliches Fürwort. 22. Hoc mense, abgefürzt. 24. Lebensbund. 25. Ausruf. 26. Chemisches Zeichen für Selen. 27. Knochen. 28. Einzelvortrag. 31. Schlingpflanze, Mehrzahl. 32. Ungetrimmt. 34. Holzmaß. 36. Wappenvogel, Mehrzahl. 38. Feldmaß. 40. In, französisch. 41. Zeichen. 43. Zivilingenieur, abgefürzt. 44. Reines Eractens, abgefürzt. 45. Pforte. 47. Europäische Hauptstadt. 49. Seemannsruf. 51. Quadrillesfigur. 52. Musikinstrumente; Tierwaffe, Mehrzahl. 54. Griechische Göttin der Morgenröte. 55. Rentner. 56. Zahnarzt.

Senkrecht: 1. Aberseclitung. 2. Bindewort. 3. Glend. 4. Im Dienst, abgefürzt. 5. Wahrlicher Schriftsteller, † 1896. 6. Schwimmbogel. 7. Beweglich. 8. Jrländer. 9. Anschrift an Unbekannte. 10. Schwein. 11. Griechischer Kriegsgott. 12. Verkaufsbude. 15. Nähspr. 18. Schaubühne. 20. Sumpffieber. 23. Bergwerke. 25. Altörmischer Dichter. 27. Vorwort. 28. Nebenfluß der Warthe. 29. See, englisch. 30. Beschäftigt. 33. Männliches Haustier. 35. Tor. 37. Spulgestalt. 39. Gerle. 41. Märchen. 42. Mib. 44. Pflanze. 46. Einz. holländisch. 47. Amerikanischer Dichter, † 1849. 48. Gewässer. 50. Ausruf. 52. Nachlaut. 53. Royal navy, abgefürzt.

Die aktuellsten Bilder der Woche



Der Anarchistenaufrastand in Spanien. Oben: Auf den Schnellzug Barcelona—Sevilla wurde ein Bombenanschlag verübt. Der Zug stürzte über eine Brücke hinab. Zehn Personen fanden den Tod, gegen dreißig wurden verletzt. — Rechte obere Ecke: Verhaftung von Anarchisten, in deren Reihen meistens Arbeiter stehen.



Unten: Das Ramadanfest der Mohammedaner hat am 18. Dezember mit großen Gebeten begonnen. Es ist das größte religiöse Fest des Islams. Unser Bild zeigt gläubige Mohammedaner, die ihr Ramadangebet verrichten.



Links: Rockefeller schwer erkrankt. Der 84-jährige amerikanische Petroleumkönig John Rockefeller ist an einer Grippe schwer erkrankt. Man „fürchtet“ für das Leben des Alten.

Rechts: Ein Autobus, der Holz als Triebstoff verwendet, wird jetzt in Berlin erprobt. Gewöhnliches Brennholz wird vergast, und dieses Gas treibt den Motor.



Weihnachten 1933.

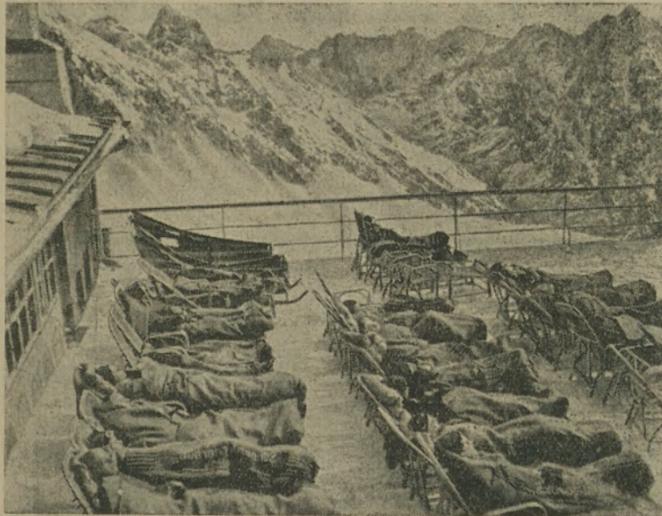
Rechts oben: Der Verkauf von Christbäumen in den österreichischen Städten ist heuer weit schwächer als in früheren Jahren. Wie vielen Arbeitslosen strahlt heuer kein Weihnachtsbaum!

Links daneben: Weihnachten, wenn man viel Geld hat. Man fährt mit der Drahtseilbahn auf die fast 3000 Meter hohe Zugspitze und sonnt sich nach dem Skilaufen vor dem Hotel.

Rechts daneben: Weihnachten, wenn man gar kein Geld hat. In der Wärme stube scharen sich die Massen der Obdachlosen um den Ofen und denken über die gerechte Verteilung der Güter auf dieser Welt nach.

Linke untere Ecke: Gänse, Mehe, Fasanen, Enten und andere Federbraten liegen als Weihnachtsbraten bereit. Werden heuer alle ihre Käufer finden? Wem bleibt noch so viel, daß er einen solchen Braten auf den Weihnachtstisch stellen kann?

Rechte untere Ecke: Weihnachten der Sportler. Die Massen der Wintersportler sammeln sich vor den Bahnhöfen, um drei Tage in den verschneiten Bergen verbringen zu können.



TAGDIENST- NACHTDIENST

Copyright by Amoseta Verlag, Wien-Leipzig

Ein einzelner Herr ist entweder aufregend oder langweilig, drei Herren, die sich um eine Dame bemühen, sind gewöhnlich nett. Grete fühlte sich außerordentlich wohl. Jeder ihrer Begleiter gab auf den anderen acht, daß er sich nicht zuviel erlaubte, jeder versuchte, sich von seiner besten Seite zu zeigen und die anderen beiden bei ihr auszustechen.

Sie kamen zu einem herrlichen Gartenfest. Es gab erleuchtete Tanzparketts unter freiem Himmel, es gab wundervolle Fernblicke und lauschige Winkel mit versteckten Bänken.

Sie lachten alle vier sehr viel, die Herren tranken genügend, Grete sehr mäßig. Sie hatte sich geschworen, nie mehr als zwei Gläser an einem Abend. Es fiel ihr auch nicht schwer, dieses Wort zu halten, es nötigte sie niemand zum Trinken.

Sie tanzte mit Meller, mit dem Direktor, mit Fremden, die ihr die Herren vorstellten, sie ließ sich bewundern und Komplimente machen, und sie freute sich, wenn sie ein prüfender Blick aus Frauenaugen streifte. Sie wußte, man konnte an ihr nichts ausfehlen.

Grete ging, vom Tanz erfrischt, mit dem Hoteldirektor in einem dunklen Laubengang spazieren. Er erzählte in leichtem Plauderton vom internationalen Verbrechertum, das sich hier an der Riviera zusammenfand. Von Mädchenhändlern, Rauschgiftschmugglern, Hochstaplern, Betrügnern, die ihr Geld hier anbrachten, bevor sie heimgeholt wurden und für Jahre in den Kerker wanderten.

„Es gibt zwei Gruppen Verbrecher“, sagte er, „organisierte und Einzelgänger. Die kleinen Defraudanten, die hier ihr Geld anbringen, kann man nicht zu den wirklichen Kriminellen rechnen. Die treten als harmlose Gäste auf. Einzelgänger sind die Hochstapler, und Banditen sind die Rauschgiftschmuggler und die Mädchenhändler. Die stehen unter einer einheitlichen Regierung, wenn man so sagen darf.“

„Wirklich?“ fragte Grete schauernd. „Ja. Wer der Führer ist, weiß natürlich niemand. Aber die Leute werden von irgendwo dirigiert, das ist klar. Dabei teilen sich diese edlen Erwerbszweige in feindliche Lager, die Rauschgift, die weiße Frucht. Es ist sehr kompliziert, sich da auszukennen.“

„Kennen Sie sich aus?“ „Leider nicht. Für Hochstapler habe ich einen Blick, aber einen Banditen halte ich fast immer für einen Ehrenmann. Man weiß ja wirklich kaum, wo der legitime Handel aufhört und das Verbrechen beginnt.“

Ein eleganter Herr kam ihnen entgegen. „Oh, Herr Direktor, bitte auf ein Wort. Die Dame wird entschuldigen.“

Der Hoteldirektor wandte sich an Grete: „Sie verzeihen, Fräulein, eine wichtige geschäftliche Besprechung, wenn Sie erlauben...“

„Bitte“, sagte Grete und setzte sich auf eine Bank. Es war sehr angenehm hier, von der Ferne klang Musik herüber und schräg gegenüber saßen die beiden Herren und sprachen eifrig. Sie lehnte den Kopf an die Banklehne zurück und schloß die Augen.

Jemand berührte ihre Hand. Sie richtete sich auf und sah, daß Tom neben ihr saß. Sie war so erschrocken, daß sie keinen Ton hervorbringen konnte.

„Warum bist du mir davongelaufen?“ fragte Tom leise und eindringlich.

Grete antwortete nicht. Sie hatte noch nicht ihre Fassung erlangt.

„Ich habe mich sehr gefreut, wie du auf einmal weg warst. Ich habe dich sehr lieb gewonnen, Kleine.“

Grete schwieg noch immer.

„Vielleicht habe ich mich ungeschickt oder brutal benommen“, fuhr er fort. „Aber glaube mir, du bist viel selbst schuld dran. Wenn ein Mädchen gleich am ersten Tag so nett zu einem Mann ist...“

Grete stand auf. Auch Tom war sofort auf den Beinen. „Willst du mit mir tanzen?“ fragte er.

„Nein, ich möchte nur, daß du mich zu meinem Tisch begleitest. Ich möchte dich mit Direktor Körning bekanntmachen.“

Danke, ich kenne Körning.“

Das hatte Grete gewußt. Sie wollte nur sehen, was der Name für eine Wirkung ausübte.

„Was will Körning von dir?“ fragte Tom. „Warum nimmt er sich deiner so an?“ „Das ist meine Sache“, antwortete Grete kühl. „Legst du Wert darauf, daß er von unserem Gespräch erfährt?“

„Nein.“

„Na, dann verschwinde, bevor Direktor Bautier dich bemerkt.“

„Er wird mich nicht so bald bemerken, er unterhält sich mit einem meiner Freunde.“

„Dann werde ich ihn rufen“, sagte Grete schnell.

„Es ist nicht notwendig. Ich gehe schon. Aber wann kann ich dich wiedersehen?“

„Überhaupt nicht.“ „Überhaupt nicht? Na, ich schäme, in ein paar Tagen.“

Er verneigte sich und ging. Als er beim Hoteldirektor vorbeikommt, hüpfelte er leicht. Einen Augenblick später verabschiedete sich der Fremde und Bautier kam zu Grete zurück.

„Sagen Sie, Herr Direktor“, fragte Grete, „kennen Sie in Monte Carlo einen gewissen Tom Köppler? Einen Deutschen?“

Der Direktor dachte nach. „Tom Köppler?“ wiederholte er langsam. „Es ist ja möglich, daß ich ihn einmal kennengelernt habe, aber ich erinnere mich nicht. Es sind so viele Deutsche bei uns im Hotel.“

11.

Grete verliert den Posten.

Frau Meller fieberte wieder einmal ein wenig. Sie lag im Bett und war sehr schwach. „Ich schlafe jetzt immer bis Mittag“, jammerte sie, „und dabei bin ich den ganzen Tag so müde, daß ich mich kaum bewegen kann. Haben Sie kein stärkendes Mittel, Schwester?“



„Willst du mit mir tanzen?“ fragte er.

„Nein“, sagte Grete. „Aber ich glaube, Sie haben noch ein Pulver im Necessaire. Ich werde mal nachsehen.“

Sie ging zum Kleiderschrank und wollte ihn öffnen.

„Nein, nicht diesen Schrank!“

„Aber ich habe die Tasche damals selbst hineingegeben. Da, links unten.“

Grete griff in die Ecke und holte die kleine, belle Ledertasche heraus.

„Na gut, jetzt machen Sie den Schrank wieder zu.“

Was hatte Frau Doris nur? Warum sollte Grete nicht in den Schrank sehen. Was war da los?

Nun blicke sie erst recht genauer hin.

Ein Kleid hing neben dem anderen, Vormittagskleider, Nachmittagskleider, Mäntel.

Radio Programm

Wocheneinteilung: Montag 25. Dezember bis inkl. Sonntag 31. Dezember

Montag, 25. Dezember. 8.30: Orgelvortrag. — 9.00: Frühkonzert. — 9.50: Als das Christkind zu Bruck und Bumpfi kam. — 10.10: Chorvorträge. — 10.40: Traum von Capri. — 11.00: Unterhaltungskonzert. — 13.20: Orchesterkonzert. — 15.05: Bücherstunde. — 15.30: Nachmittagskonzert. — 17.00: Weihnacht bei spanischen Hirten. — 17.30: Kammermusik. — 18.30: Die Caba der Weifen. — 19.00: Wiederstunde. — 20.00: „Der lustige Krieg.“ — 22.20: Abendkonzert.

wissen? — 18.20: Bild in die Zukunft. — 18.45: Die Bundestheaterwoche. — 18.55: „Don Carlos“, Oper. — 22.35: Schneeberichte. — 22.45: Abendkonzert.

Dienstag, 26. Dezember. 10.30: Lächelnde Weisheit. — 10.50: Sonaten. — 11.30: Österreichs Volkstanz der Weihnachtszeit. — 12.00: Unterhaltungskonzert. — 14.35: „Don Pasquale.“ — 16.50: Zwei Marionettentheater. — 17.15: Aus Balletten. — 18.20: Weihnachtsen in der Provence. — 19.00: Franz Lehár: Juntopotpourri. — 20.40: „Winterlegende.“ — 22.40: Tanzmusik.

Freitag, 29. Dezember. 15.15: Elternhaus und Turnverein. — 15.25: Jugendstunde. — 15.50: Wiederstunde. — 16.35: Frauenstunde. — 17.00: Berühmte Schmuckstücke. — 17.25: Clara Schumann. — 18.10: Die blaue Silbretta. — 18.35: Frühliches Handwerk. — 19.00: Kinderspielzeug fremder Völker. — 19.25: Das Feuilleton der Woche. — 19.55: Tanzmusik. — 21.30: Orchesterkonzert. — 22.30: Tanzmusik.

Mittwoch, 27. Dezember. 15.15: Jugendliche sammeln Briefmarken. — 15.30: Das Problem der Anschauung. — 15.55: Konzertstunde. — 16.35: Jugendstunde. — 17.00: Erfolg und Mißerfolg. — 17.20: Stunde österreichischer Komponisten der Gegenwart. — 18.10: Über Blutarmut. — 18.35: Wirtschaft und Fürsorge. — 19.00: Militärkonzert. — 20.20: Zeitfunk. — 20.35: Orchesterkonzert. — 22.25: Esperanto-Auslanddienst. — 22.40: Wärmusik.

Samstag, 30. Dezember. 15.35: Jugendbühne. — 16.25: Chorvorträge. — 17.00: Lustige Geometrie. — 17.25: Nachmittagskonzert. — 18.30: Zeitfunk. — 19.00: Unterhaltungskonzert. — 20.05: Liebe und Haß bei Verdi. — 22.00: Abendkonzert.

Donnerstag, 28. Dezember. 15.15: Bakteriologie für die Hausfrau. — 15.25: Kinderstunde. — 15.50: Aus Tonfilmen. — 16.35: Ausrüstung des Skifahrers. — 16.50: Aus der Geschichte des Kalenders. — 17.15: Wieder und Arien. — 17.55: Was muß der Praktiker vom neuen Wechselgesetz

Sonntag, 31. Dezember 8.00: Bedruf. — 8.05: Frühkonzert. — 9.20: Turnen. — 9.40: Ratgeber der Woche. — 10.00: Orgelvortrag. — 10.30: Junge Menschen erzählen. — 10.50: Wiederstunde. — 11.20: Geistliche Stunde. — 12.00: Unterhaltungskonzert. — 14.45: Rückblick auf die land- und forstwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1933. — 15.10: Bücherstunde. — 15.35: Kammermusik. — 16.35: Eine halbe Stunde Kurzweil. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.30: Elegie des Bergangenen. — 19.00: Klavierkonzerte. — 19.50: Peter Kofegger: Neujahr in der Waldheimat. — 20.05: „Trübsal-Trübsal“ von Johann Nestroy. — 21.45: „Silvesterfeier.“ — 0.05: Unterhaltungskonzert.

Das vollständige Programm des Wiener Senders und aller europäischen Sender bringt die billige hiesige Radiozeitung, der „Rundfunk“. Preis 25 Groschen, in allen Trafiken und Verschleißstellen erhältlich.

Aber da, ganz in der Ecke, da hingen, rosa, schwarz, weiß und grau, Abendkleider. Zwei erkannte Grete, die hatten sie damals im Modesealon bewundert und Grete hatte Frau Meller verboten, sie zu kaufen.

Da hatte sie jetzt die Bescherung. Vier Kleider kaufte auch die leichtsinnigste Frau nicht, um sie in den Kasten zu hängen und sich heimlich an ihnen zu erfreuen.

„Sie sollten doch gescheiter sein, Frau Doris.“

„Natürlich, ich soll gescheiter sein. Sie gehen jeden Abend tanzen, mein Mann geht jede Nacht aus, mich laßt ihr da allein liegen und ich soll gescheit sein. Ich will nicht gescheit sein! Ich will auch etwas vom Leben haben. Wenn ich nichts machen soll, wie Liegenkuren halten und essen, dann hätte ich ja im Gebirge bleiben können.“

„Sie sind zur Kur da und nicht zum Vergnügen“, sagte Grete geduldig. „Sie müssen mal dazusehen, daß Sie gesund werden.“



„Erzählen Sie mir doch nicht, daß Sie glauben, daß ich gesund werden kann. Ich habe einem Arzt meine Röntgenaufnahme gezeigt und gesagt, sie ist von meiner Schwester. Und der hat mir erklärt, ich soll das arme Mädchen leben lassen und machen lassen, was sie will, denn sie hat soundsfo kein Jahr mehr zu leben.“

„Das muß ein Idiot sein“, sagte Grete mit Überzeugung. „Ich habe die letzte Aufnahme dem Primar hinausgeschickt, und er ist außerordentlich zufrieden.“

„Das ist nicht wahr.“

„Ich kann Ihnen die Stelle aus dem Brief zeigen.“

„Natürlich, die Stelle, eigens für mich präpariert. Wenn ich nicht den ganzen Brief sehe, glaube ich Ihnen kein Wort.“

„Es sind ganz intime und persönliche Dinge in dem Brief, Frau Meller. Dinge, die nur mich angehen.“

„Eine gute Ausrede ist einen Taler wert.“

„Wenn Sie wollen, ich zeige Ihnen die Seite aus dem Brief. Ich glaube, da steht nichts Verhängliches drin.“

Frau Meller hatte sich scheinbar beruhigt. „Sagen Sie, Schwester Grete, flirten Sie mit allen Männern, die in Ihre Nähe kommen?“

„Nein? Wieso?“

„Na, zum Beispiel mit dem Herrn Primar. Ganz der Unnahbare, und Ihnen hat er sich genähert.“

Grete konnte doch nicht sagen: „Weil ich gesund bin und alle anderen im Hause krank waren.“ Sie ging in ihr Zimmer und holte den Brief.

Frau Meller beruhigte sich, als sie ihn las. Der Primar schrieb wirklich, daß er nach den Röntgenbildern den Eindruck habe, Frau Meller gehe es besser, er legte Grete ans Herz, besonders auf die Diegekur und auf reichliche Ernährung zu achten. „Es wäre doch fein, wenn man die Frau nächsten Sommer mit dem Kind zusammenkommen lassen könnte“, schrieb der Primar.

Frau Meller versprach, nachdem sie die Seite dreimal gelesen hatte, von nun an brav und solid zu sein, um acht ins Bett zu gehen und die ganze Nacht im Bett zu bleiben. Sie trank sogar die Milch ohne

Protest und schien wirklich bald eingeschlafen zu sein.

„Na, wohin gehen wir heute Abend?“ fragte Körning, als sie nach dem Abendbrot in der Halle zusammenkamen. „Mal ins Kasino?“

Grete war noch nie im Kasino gewesen. Aber sie wollte nicht mit, sie hatte kein Geld, um zu spielen.

„Sie werden für mich sehen“, schlug Körning vor.

Das Kasino enttäuschte Grete. Sie hatte es sich anders vorgestellt. Viel prächtiger und eleganter. Und die Spieler wirkten alle so schäbig und häßlich!

Körning erklärte ihr die Prominenten. „Das ist ein russischer Prinz, der vor dem Krieg sein ganzes Vermögen hier verspielt hat. Die Kasinoleitung setzt ihm eine kleine Pension aus. Jetzt spielt er nicht mehr und rührt auch keine Karte an. Er dient gewissermaßen als Schauobjekt für die Amerikaner. Das dort ist ein Dollarkönig. Er verspielt jedes Jahr eine gewisse Summe, dann ist er zufrieden und fährt wieder weg. Wenn er einmal gewinnt, so bleibt er so lange, bis das Gewonnene und das Mitgebrachte weg sind. Ich glaube, wenn er keine eigene Nacht hätte, müßte er jeden Sommer Zwischendurch heimfahren. So viel verspielt er. Und dort ist eine gewerbsmäßige Kupplerin, wenn sich ein Interessent für Sie findet, so spricht sie morgen bei Ihnen vor. Aber dann wenden Sie sich nur an mich, ich werde der Dame schon zeigen, wo sie hingehen soll. Und dort...“

Sie kamen zu einem Spieltisch. „Da ist ein Tisch, Anfänger haben Glück. Bitte, setzen Sie irgendwohin, soviel Sie wollen. In einer halben Stunde werden wir weitersehen.“

„Bleiben Sie nicht da?“

„Bitte, entschuldigen Sie mich, aber ich möchte drinnen Trente et quarante spielen. Wenn Ihr Geld alle ist, kommen Sie zu mir.“

„Na, schön.“ Es wurde gerade ein Platz am Spieltisch frei und Grete setzte sich nieder.

Sie setzte auf ein Feld, sie wußte nicht, was es zu bedeuten hatte. Rufe ertönten, dann wurde ein sonderbarer Teller, in dem eine weiße Kugel lag, in Bewegung gesetzt, alles hielt den Atem an, die Kugel sprang in dem Teller hin und her, er drehte sich langsam, schließlich blieb er stehen, die kleine Kugel sprang noch ein paarmal hin und her und dann fiel sie schließlich in ein Fach.

Eine Stimme sagte auf Französisch etwas an und hinter Grete flüsterete Herr Meller: „So nehmen Sie schon Ihr Geld.“

„Wirklich?“ Sie hatte plötzlich einen ganzen Haufen von Geldscheinen vor sich liegen.

„Jetzt sehen wir auf Noir“, kommandierte Meller.

Grete gehorchte und gewann. Sie setzte unter seiner Führung auf alle möglichen Felder und Zahlen, die sie nicht verstand, verlor und gewann wieder, aber hatte noch immer mehr Geld, als sie gehabt hatte, als sie zum Tisch kam.

Plötzlich fühlte sie sich beobachtet. Sie wußte nicht, woher, sie blickte auf und sah, sich gegenüber, ein rosa Kleid, das sie kannte. Über den Tisch hin sah sie ein hoch gerötetes Gesicht mit weit aufgerissenen Augen an. In dem Augenblick bemerkte auch Meller seine Frau.

Grete stand auf und ging um den Tisch herum. Auch Frau Doris kam ihr entgegen. Meller lief ihr nach und brachte Geld und Spielmarken. „Gretechen, Sie vergessen das Geld.“

„Das gehört Körning“, sagte Grete ungeduldig.

„Wir müssen Sie nichts vormachen“, flüsterte Frau Meller aufgeregt. „Ich weiß, daß es meinem Manne gehört.“

„Nein, Körning hat es mir gegeben“, sagte Grete harmlos. „Da kommt er ja, Sie können ihn fragen.“

„Herr Direktor“, rief Frau Doris Körning entgegen, „wem gehört das Geld da?“

„Fräulein Grete Pulke natürlich.“

„Und wer hat es ihr gegeben?“

„Ich will nicht indiskret sein.“

Frau Meller durchbohrte Grete mit einem Blick. „Na also!“

„Wir gehen nach Hause, Frau Meller“, sagte Grete, als ob nichts geschehen wäre. „Sie sollten schon lange im Bett liegen.“

„Wir kommen mit“, rief Meller eilig dazwischen.

„Wir gehen allein“, entschied Frau Doris. Als sie das Kasino verlassen hatten, wollte sie sofort loslegen. Grete kannte das an der Art, wie sie mit den Worten: „Bitte, liebe Schwester“, begann. Aber Grete hatte keine Lust, hinter dem Rücken des lauschenden Chauffeurs große Krach aufzuführen.

„Sie dürfen jetzt nicht reden, die Nachtlust schadet Ihnen“, sagte sie.

Frau Doris schwieg. Sie fuhren die nächstlichen Straßen entlang zum Hotel. Aber im Zimmer, als sie allein waren, ließ sich der Redestrom nicht aufhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor



Weihnachtslied.

Stille Nacht, heilige Nacht...
Mutter, hast du uns Brot gebracht?
Ach, uns hungert so sehr,
Können's ertragen gar schwer.
Stille Nacht, heilige Nacht...
Wie der Frost in der Kammer kracht;
Wäre das Fischen doch warm!
Mutter, warum sind wir arm?
Stille Nacht, heilige Nacht...
Vater hat ins Spital man gebracht;
Mutter, was wird denn nun sein?
Kommt bald das Christkindlein?
Stille Nacht, heilige Nacht...
Kinder, es ist alles vordbedacht;
Wahrscheinlich muß es so sein.
Hört ihr's nicht singen sein?
Stille Nacht, heilige Nacht...

„War z'wida g'west!“

Das waren doch schreckliche Tage für Schwarzndöbling. Man kann sich denken: alles wird weihnachtlich. Über Felder und Wälder hat sich sanft eine weiße weiche Decke gelegt. Ganz Schwarzndöbling duckt sich unter der weißen Last und alles scheint darunter zu schlafen, verrieten nicht die blauen Föhnlein, die kräuselnd aus den Rauchfängen steigen, daß doch Leben da ist. In den Höfen schreien die Schweine, die sterben müssen, damit die Menschen frohe Weihnachten haben. In den Küchen duftet es nach Würsten und frischem Fleisch, nach frischem Brot und Backwerk und in der Stube ist schon etwas, wie wenn es vom Walde käme und vom Himmel. So bringt jeder Tag das Köstliche näher, umfächelt die Nase mit tausend Gerüchen und legt sich wohligh um alle Glieder. Und da kommt es plötzlich in das Dorf wie der Blitz aus heiterem Himmel: ein Bauernbursch aus Oberösterreich hat die Dienstmagd auf dem Hofe seines Vaters ermordet, weil sie von ihm ein Kind trug. Dafür wurde er vor dem Standgericht in Wels zum Tode durch den Strang verurteilt. Anfangs war ein gruseliges Wohlgefühlen da, eine Senfation, die sie so gern haben, wenn sie nicht selber in die Sache verstrickt sind. Daß manchmal einem ein Malhör passiert, das ist ja nichts Neues und bei den schönsten Leuten schon do g'west. Mein Gott, es ist halt menschlich, kost's holt a poor Willi und de Soch is erledigt.

„Owa“, sagt de Ripplin, wie f' so beim Zaun steht, d' Händ unterm Firta, „muß ma denn do glei oans umbeinga und so grausli!“

„Woast“, sagt de Kochbarin, „do geht's den Kerin noch nimma z'homn und se wiss'n nit, wo aus und ein. Weul f' a auf jeda Ebn oani steih' hobn! So an Kerl g'her't nit mehr ols da Strong!“

„Des sog i a“, moant d' Ripplin, „und mein Monn, der do i da Wölt umanond-kimmt, sogt dos'fölschwe, nia moant er, es is so vil a Schond für unsern Stond, weul de erste Todesstros in der Republik, de was mia ollt so verlongt hom — natirli für dos G'findl — an Bauernbursch treffa soll und dazu no an re i ch n.“

Da knarrte das Gassentor und der Rippl kam herein, in der Hand de Zeitung: „Owa knopp is femma, fünf Minutn späda und er hängt schol!“

„Was is denn?“, schrie ganz erregt die Ripplin. „Da Bundespräsident hot den Brei wieser begnadigt!“

„I hob ma's jo glei denkt“, sagte die Kochbarin, „wenn einer noch oano söld'n Lot in die Kirchn geht, so konn er nit schlecht sein! Und dos wird den Herrn Bundespräsidenten so z'Herz gonga sein, daß ern begnadigt hot!“

„Und vielleicht a, weul er von unsern Stond is!“, sagte der Rippl und murmelte für sich: „War z'wida g'west!“

Der Philosoph.



„Ich trinke niemals Bier, außer bei großen Anlässen!“
„Was nennst du große Anlässe?“
„Wenn ich ein Glas Bier trinke!“

Die Guillotine*).

In Köln (Deutschland) wurden vor einigen Tagen elf Arbeiter — Kommunisten — durch das Beil hingerichtet, die sich an einem Überfall auf SA-Leute beteiligt haben sollen, bei welchem Zusammenstoß zwei SA-Leute getötet wurden. Die Vollstreckung dieser grausamen Urteile erregte selbst in der bürgerlichen Welt Entsetzen und Abscheu.

Die Guillotine richtet gut,
Sie tötet ohne Wahl;
Es sauft das Beil,
Not rinnt das Blut,
Die Menschheit stöhnt in Qual.
Was sie in Frankreich einst vollbracht,
In Deutschland lebt's nun auf;
Stets tötet der Tyrannen Macht,
So will's voll wilder Leidenschaft
Der Weltgeschichte Lauf.
Was siebenhundertneunzigunddrei
Geklütet auf dem Schafott,
Das steht nun traurig auf aufs neu,
Aus Deutschlands tieffster Not.
Jedoch, so wie's in Frankreich war,
So wird's in Deutschland werden;
Der Weltgeschichte Wellengang
Wiederholt sich stets auf Erden.
Erst mordet der Tyrannen Wut
Nach hergebrachter Weise,
Dann fließt am End' ihr eignes Blut,
Das Schicksal geht im Kreise.
So lehrt uns die Geschichte klar;
Wer könnte dies bestreiten?
Nie weiß man, wie das erste Jahr
Abwechselft mit dem zweiten.

* Guillotine (Hinrichtungsmaschine), benannt nach seinem Erfinder Jean Guillotin, Arzt und Mitglied des Revolutionstribunals, der später nur durch die rasche Ermordung des Diktators Robespierre selbst der Hinrichtung mit seiner eigenen Erfindung entging.

Der Hofnarr. Königin Elisabeth von England hatte einen Hofnarren, Pace, der ihr die Wahrheit allzu deutlich sagte, und darum eines Tages vom Hofe verjagt wurde. Allmählich stellte sich aber das alte gute Verhältnis wieder her, Pace wurde von der Königin in Gnaden wieder aufgenommen. „Es sei alles vergessen“, meinte Elisabeth, „aber werde ich wieder meine Fehler von dir hören müssen?“ Pace schüttelte den Kopf. „Nein, ich mag nicht von Dingen reden, von denen bereits die ganze Stadt spricht.“

Wir haben geglaubt,

daß nunmehr alle Beamten und Angestellten usw. schon längst mit Begeisterung bei der Vaterländischen Front mitmarschieren. Um so mehr, als wir wissen, daß die Herren „Dienstvorsände“ es neben der schriftlichen Vorlage von Unterschriftenlisten auch sonst nicht an allerlei „überzeugenden“ Argumenten für diesen „freiwilligen“ Beitritt fehlen ließen.

Nun sind wir aus allen vaterländischen Himmeln jäh gerissen worden. Da lesen wir, daß eine Abordnung des Reichsverbandes der öffentlichen Angestellten beim Herrn Staatssekretär für Sicherheitswesen mit der Bitte vorgeschrieben habe, künftighin Bundesangestellte nicht mehr in die Ruzscharen der Nazi einreihen zu lassen. Auch für Rechtsanwälte, staatsanwaltschaftliche Funktionäre usw. wird diese Bitte vorgebracht.

Wir ahnungslosen Engel haben gemeint, diese Herrschaften wären schon längst in der Front aller braven Vaterlandsföhne und marschierten begeistert mit Kreuz und Fahnenstange. Aber der Mensch, der kann sich eben — irren.

Schwierige Auskunft.



„Was? Der Zug ist schon weg? Ist denn der Fahrplan geändert worden?“ — „Ja — jetzt fährt er früher — früher ist er später gefahren — aber später fährt er wieder später!“